D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Nr. 44
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

30. Oktober 1981
Preis 1 DM







# Auf dem rechten Auge blind?

*Von Günther Kruse*

Die Polizeiaktion gegen die fünf Neonazis in München sei „ein imponierender Erfolg im Kampf gegen den Rechtsextremismus", schlug der bayrische Innenminister Tandler sich an die Brust und der Polizei auf die Schulter. Ob es sich darauf bezog, daß die fünf nicht entwischt sind, ob es sich darauf bezog, daß sich die gepanzerten Fahrzeuge „bewährten" oder darauf, daß der gezielte Todesschuß einmal gerechtfertigt zu sein schien, ließ er im dunkeln. Immerhin sind die Kenntnisse über die Umtriebe der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD) des Friedhelm Busse so neu wahrlich nicht. Die SPD hatte schon vor Monaten ein Verbot gefordert. Aber wahrscheinlich könnte die folgende Erklärung, abgegeben am 18. August 1980, auch hierauf gelten: „Innenminister Gerold Tandler möchte nicht ausschließen, daß die gegenwärtig von der SPD – nicht nur vom bayrischen SPD-Vorsitzenden – zur Schau getragene ‚Sorge' um rechtsextreme Aktivitäten und „Allianzen" einen Versuch darstellt, von den bundesweit zu verzeichnenden Volksfrontaktionen der Jusos abzulenken."

Die VSBD hat nach Angaben ihres Vorsitzenden Busse etwa 100 Mitglieder, der Verfassungsschutz schätzt sie auf 90 und der Politologe Hennig, der einige von ihnen im Rahmen von Untersuchungen interviewt hat, nimmt eine Zahl von 200 an. Obwohl 1971 schon gegründet, wurde sie im wesent-

was den Kern militant neofaschistischer Gruppen angeht.

Bei aller behaupteten Gleichsetzung von „Rechts" gleich „Links", wie sie die bürgerliche Propaganda aufstellt, sprechen doch die Tatsachen selbst bei der Strafverfolgung eine andere Sprache. Einmal bisher hat sich der Innenausschuß des Bundestages, Anfang des Jahres, mit dem Rechtsextremismus befaßt, schon siebenmal dagegen mit dem „Linksextremismus". Wieviele Rechtsextremisten sind nach wie vor auf freiem Fuß, weil „auf Bewährung" verurteilt, obwohl sie Anschläge etc. verübt haben. Über das Münchener Massaker wird heute kaum noch gesprochen, der „Einzeltäter" ist tot. Was aber wäre die Reaktion der Staatsmacht, der Presse gewesen, mit wieviel Hausdurchsuchungen wäre die BRD überzogen worden, wenn dieser Anschlag der RAF hätte zugerechnet werden können? Wieviele mußten nicht schon monatelang in U-Haft sitzen wegen „Unterstützen einer terroristischen Vereinigung", weil sie Aufhebung der Isolationshaft für die RAF-Gefangenen forderten, und wieviele, die Nazipropaganda betrieben haben, sind nach wie vor auf freiem Fuß? Hausbesetzer werden wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung monatelang festgehalten, die VSBD aber wird erst jetzt zu einer solchen erklärt. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Ist die Justiz auf dem rechten Auge blind? Das wäre beinah zu harmlos, weil passiv, ausgedrückt. Es ließe z.B.

Ob es sich darauf bezog, daß die fünf nicht entwischt sind, ob es sich darauf bezog, daß sich die gepanzerten Fahrzeuge „bewährten" oder darauf, daß der gezielte Todesschuß einmal gerechtfertigt zu sein schien, ließ er im dunkeln. Immerhin sind die Kenntnisse über die Umtriebe der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD) des Friedhelm Busse so neu wahrlich nicht. Die SPD hatte schon vor Monaten ein Verbot gefordert. Aber wahrscheinlich könnte die folgende Erklärung, abgegeben am 18. August 1980, auch hierauf gelten: „Innenminister Gerold Tandler möchte nicht ausschließen, daß die gegenwärtig von der SPD – nicht nur vom bayrischen SPD-Vorsitzenden – zur Schau getragene ‚Sorge' um rechtsextreme Aktivitäten und „Allianzen" einen Versuch darstellt, von den bundesweit zu verzeichnenden Volksfrontaktionen der Jusos abzulenken."

Die VSBD hat nach Angaben ihres Vorsitzenden Busse etwa 100 Mitglieder, der Verfassungsschutz schätzt sie auf 90 und der Politologe Hennig, der einige von ihnen im Rahmen von Untersuchungen interviewt hat, nimmt eine Zahl von 200 an. Obwohl 1971 schon gegründet, wurde sie im wesent-lichen in den letzten Jahren vor allem im Münchener und Frankfurter Raum bekannt. Obwohl auch das von Staatsschützern und manchen politischen Kreisen geleugnet wird, geht auf ihr Konto die Ermordung zweier Schweizer Grenzpolizisten und die Verletzung eines weiteren Anfang dieses Jahres, als Schubert, der sich danach selber erschoß, Waffen aus der Schweiz in die BRD schmuggeln wollte.

Die Verbindungen zur verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann sind bekannt: Hamberger, ehemals Mitglied bei Hoffmann, dessen Aussage im Sommer mit zur Verhaftung des Wehrsportführers geführt hat, war unter den fünf gestellten Rechtsextremisten. Von Hoffmann wiederum führen verschiedene Verbindungen zu Gundolf Köhler, für dessen Alleinschuld am Münchener Massaker nicht viel spricht. Und international? Einer der in München Festgenommenen hielt sich zuvor in Frankreich auf, in Brüssel wurden vier Rechtsextremisten festgenommen, von denen zumindest drei vor kurzem bei einem Anschlag auf die Bank in Rennerod beteiligt waren, gegen die der jetzt verhinderte Anschlag offensichtlich wieder gerichtet war.

Das alles sind nur einige der bestehenden Querverbindungen. Nicht erwähnt sind z.B. die zur vor allem in Norddeutschland bestehenden „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) des Michael Kühnen, die für den Anschlag auf das Asylantenlager in Hamburg, bei dem zwei Vietnamesen getötet wurden, verantwortlich zeichnete. Die so gern aufgestellte These von isolierten Splittergruppen (und das tut beileibe nicht nur die CSU) ist offensichtlich unhaltbar. Im Gegenteil: Es existiert ein Netz engster Verbindungen im In- und Ausland, zumindest

che. Einmal bisher hat sich der Innenausschuß des Bundestages, Anfang des Jahres, mit dem Rechtsextremismus befaßt, schon siebenmal dagegen mit dem „Linksextremismus". Wieviele Rechtsextremisten sind nach wie vor auf freiem Fuß, weil „auf Bewährung" verurteilt, obwohl sie Anschläge etc. verübt haben. Über das Münchener Massaker wird heute kaum noch gesprochen, der „Einzeltäter" ist tot. Was aber wäre die Reaktion der Staatsmacht, der Presse gewesen, mit wieviel Hausdurchsuchungen wäre die BRD überzogen worden, wenn dieser Anschlag der RAF hätte zugerechnet werden können? Wieviele mußten nicht schon monatelang in U-Haft sitzen wegen „Unterstützen einer terroristischen Vereinigung", weil sie Aufhebung der Isolationshaft für die RAF-Gefangenen forderten, und wieviele, die Nazipropaganda betrieben haben, sind nach wie vor auf freiem Fuß? Hausbesetzer werden wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung monatelang festgehalten, die VSBD aber wird erst jetzt zu einer solchen erklärt. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Ist die Justiz auf dem rechten Auge blind? Das wäre beinah zu harmlos, weil passiv, ausgedrückt. Es ließe z.B. auch außer acht, daß der Rechtsextremismus gefördert wird – die Verbindungen von CDU/CSU über die NPD sind Legion, und Geldbeschaffungsaktionen wie Banküberfälle sind die Ausnahme bei Rechtsextremisten, in der Regel mangelt es daran nicht – auch wenn die Bourgeoisie gegenwärtig nicht zur Form einer faschistischen Diktatur als Herrschaft greifen will. Die Hetze gegen „Linksextremisten", wobei noch beliebig alles in eins gesetzt wird, hat äußere und innere Gründe. Äußere, weil die Bündnispolitik der BRD sich gegen die SU richtet und damit „gegen den Kommunismus". Innere, weil darüber die Politik, die von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht, getroffen werden soll. Im Gegensatz dazu behauptet der Rechtsextremismus ja einheitliche nationale Interessen – im Einklang mit der Bourgeoisie – die gewaltsam im eigenen Volk wie gegenüber anderen Völkern durchgesetzt werden müssen. Tandler exerziert vor, wie von den Ursachen des Rechtsextremismus abgelenkt werden soll: Der wahre Urheber des Münchener Anschlags sei die DDR, also „die Kommunisten".

Natürlich aber findet die Propaganda der Neofaschisten in der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche eine scheinbare Bestätigung. Nicht ohne Grund sind die meisten Rechtsextremisten junge Menschen. Ideologische Auseinandersetzung hiermit bleibt die Hauptaufgabe. Aber Verbot von Organisationen wie VSBD, ANS, Wehrsportgruppe Hoffmann und dessen Durchsetzung könnte doch deren Operationsraum einschränken, ihre Werbung behindern. Es müßte aber auch gegen Interessen und Handlungen der Staatsorgane durchgesetzt werden.




Mit über 200000 Teilnehmern war die Demonstration für nukleare Abrüstung in London am vergangenen Wochenende die größte englische Demonstration seit Kriegsende. Ähnliche Demonstrationen fanden auch in Paris, Rom und Brüssel statt.

## Guerillaoffensive in El Salvador
## In Nicaragua spitzt sich die Lage zu

*lup.* Die erfolgreiche Zerstörung der „Goldenen Brücke" über den Rio Lempa, den Guerillaeinheiten der FMLN am 15. Oktober durchgeführt hatten, bedeutet möglicherweise eine

te, waren so hergeholt, daß sich sogar der Botschafter Washingtons in Managua dagegen wandte und sich nicht einmal das State Department der Darstellung der „Washington Post" anschlie-



Mit über 200000 Teilnehmern war die Demonstration für nukleare Abrüstung in London am vergangenen Wochenende die größte englische Demonstration seit Kriegsende. Ähnliche Demonstrationen fanden auch in Paris, Rom und Brüssel statt.

Guerillaoffensive in El Salvador
In Nicaragua spitzt sich die Lage zu

lup. Die erfolgreiche Zerstörung der „Goldenen Brücke" über den Rio Lempa, den Guerillaeinheiten der FMLN am 15. Oktober durchgeführt hatten, bedeutet möglicherweise eine Wende zugunsten der Befreiungsbewegung in El Salvador. Die Brücke ist ein entscheidendes Bindeglied zwischen dem Zentrum und dem Osten des Landes. Einen weiteren Versuch der Guerillas, auch die parallel verlaufende Eisenbahnbrücke, über die der Verkehr gegenwärtig umgeleitet wird, zu sprengen, konnten die Truppen der Militärjunta nur mit Mühe und Not verhindern. Eine von den Regierungstruppen angekündigte Offensive von 3000 Soldaten gegen Guerillaeinheiten im Südosten des Landes scheint am Widerstand der Guerillas zu scheitern. Gegenwärtig wird auch von rechten bürgerlichen Zeitungen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß es den Guerillas gelingt, den Osten des Landes weitgehend unter Kontrolle zu bekommen, um dort möglicherweise eine provisorische Regierung zu bilden. Das von der Militärjunta angekündigte Wahlspektakel würde dadurch noch offensichtlicher zur Farce.

Unterdessen hat die „Washington Post" neue Berichte über eine kubanische Beteiligung am Bürgerkrieg in El Salvador lanciert, bei der die nicaraguanische Hauptstadt Managua die Rolle einer Drehscheibe spielen soll. Angeblich hätten sich von Managua aus 500 bis 600 kubanische Elitetruppen in nicaraguanischen Helikoptern in Richtung El Salvador auf den Weg gemacht, und zwar unter direkter Leitung des kubanischen Innenministers. Als Beleg wird u.a. die erfolgreiche Brückensprengung durch salvadorianische Guerillas angeführt. Die Aktion sei im Gegensatz zu früheren Anschlägen technisch so perfekt ausgeführt worden, daß auf eine Beteiligung kubanischer Spezialisten geschlossen werden müsse. Die Belege, die die „Washington Post" auch ansonsten anführte, waren so hergeholt, daß sich sogar der Botschafter Washingtons in Managua dagegen wandte und sich nicht einmal das State Department der Darstellung der „Washington Post" anschlie-ßen mochte. Der Zweck solcher Art Berichte liegt auf der Hand: Offenbar soll die Atmosphäre geschaffen werden für weiteren Druck der amerikanischen Supermacht gegen das unabhängige Nicaragua.

Dort verschärfen sich die inneren Widersprüche zusehends. Die wirtschaftliche Lage beginnt, dramatisch zu werden, vor allem auf Grund der Streichung früher zugesagter amerikanischer Wirtschaftshilfe und des Widerstands des privaten Kapitals. Die Regierung mußte vor kurzem das Scheitern ihres Wirtschaftsplanes für 1981 zugeben. Die Lage an der Atlantikküste, dem Gebiet der indianischen Minderheit, hat sich keineswegs entspannt. Steadmann Fagoth, der Führer der – ursprünglich keineswegs in Opposition zur sandinistischen Regierung stehenden – Indianerorganisation, hat sich nach seiner 41tägigen Inhaftierung nach Honduras abgesetzt, wo er zusammen mit angeblich 4000 Indianern neben den dort ebenfalls anwesenden Somozisten eine Armee zum Sturz der sandinistischen Regierung aufbaut.

Die Regierung Nicaraguas hat vergangene Woche vier führende Funktionäre des Unternehmerverbandes und 22 Funktionäre der KP sowie der KP-geführten Gewerkschaft verhaftet, sie wurden am Montag vor Gericht gestellt. Der Unternehmerverband hatte der Regierung vorgeworfen, die Wirtschaft des Landes ruiniert zu haben und nun einen „Genozid" an Regimegegnern vorzubereiten, die KP hatte der Regierung vorgeworfen, eine „kapitalistische Lösung der Krise" zu suchen. Die sandinistische Regierung will durch derlei Maßnahmen offenbar Spielraum für die Lösung der inneren Probleme gewinnen. Ob das so gelingt, bleibt abzuwarten.

## Ist in Frankreich alles anders?

*cof.* Über eine Million Menschen beteiligten sich in den europäischen Hauptstädten an den gewaltigen Friedensmärschen der Nachkriegsgeschichte. Deutlicher als in Bonn forderten in London, in Brüssel, in Oslo, Stockholm und Rom Transparente wie Redner „Abrüstung in Ost und West".

Anders in Frankreich. Vielleicht 50000 – wenige im Vergleich zu den übrigen Metropolen – waren dem Aufruf von KPF, CGT und ihren Jugendorganisationen gefolgt. Angeschlossen hatten sich die christliche Arbeiterjugend, Greenpeace und die trotzkistische „Kommunistische Revolutionäre Liga". Grüne, Radikale, die sozialistische Gewerkschaft CFDT und die Sozialistische Partei lehnten jede Beteiligung ab – weil sie sich nicht in eine prosowjetische Kampagne einspannen lassen wollten, sondern für Unabhängigkeit und Blockfreiheit eintreten (so die CFDT).

Doch es scheint fast, als feiere der französische Nationalismus bei den Sozialisten fröhliche Urständ' – hat doch Premier Mauroy seit seiner Regierungserklärung bei jeder Gelegenheit die nationale, auch atomare, Abschreckungsfähigkeit zur allein wirksamen Garantie französischer Souveränität erklärt und zuletzt auf dem Parteitag der Sozialisten am Wochenende im Verein mit dem ersten Sekretär Jospin vor neutralistischen Strömungen unter pazifistischem Deckmantel in Westeuropa gewarnt. Trotzdem – das französische Argument, aus einer Position der Stärke ein Kräftegleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau anzustreben ist nicht ohne weiteres identisch

übrigen Metropolen – waren dem Aufruf von KPF, CGT und ihren Jugendorganisationen gefolgt. Angeschlossen hatten sich die christliche Arbeiterjugend, Greenpeace und die trotzkistische „Kommunistische Revolutionäre Liga". Grüne, Radikale, die sozialistische Gewerkschaft CFDT und die Sozialistische Partei lehnten jede Beteiligung ab – weil sie sich nicht in eine prosowjetische Kampagne einspannen lassen wollten, sondern für Unabhängigkeit und Blockfreiheit eintreten (so die CFDT).

Doch es scheint fast, als feiere der französische Nationalismus bei den Sozialisten fröhliche Urständ' – hat doch Premier Mauroy seit seiner Regierungserklärung bei jeder Gelegenheit die nationale, auch atomare, Abschreckungsfähigkeit zur allein wirksamen Garantie französischer Souveränität erklärt und zuletzt auf dem Parteitag der Sozialisten am Wochenende im Verein mit dem ersten Sekretär Jospin vor neutralistischen Strömungen unter pazifistischem Deckmantel in Westeuropa gewarnt. Trotzdem – das französische Argument, aus einer Position der Stärke ein Kräftegleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau anzustreben ist nicht ohne weiteres identisch mit der Sympathie eines Helmut Schmidt für den NATO-Doppelbeschluß. Wenn französische Sozialisten sich gegen Pazifismus und Neutralismus wenden, fehlt beispielsweise nie der Hinweis auf das Münchner Abkommen von 1938: „Wir wollten Frieden und wir bekamen Krieg". Die Einlassung Jospins, Frankreich fühle sich durch Waffen, „die auf uns gerichtet sind, mehr bedroht als durch solche, die neben uns stationiert sind", scheint auch nicht ganz aus der Luft gegriffen – wenngleich sich dahinter die ziemlich zynische und nebenbei vermutlich illusionäre Hoffnung verbirgt, Frankreich könne einem atomaren Krieg in deutschen Landen unbeschwert zusehen und abwarten, wie sich die Sache entwickelt. Auf der anderen Seite fordert Mauroy die Europäer auf, „über eine gemeinsame politische Perspektive einer autonomen Verteidigung nachzudenken" – eine angesichts des „reinen" Pazifismus europäischer Wehrlosigkeit immerhin erwägenswerte Perspektive. Mit großen Teilen der französischen Friedensbewegung und der CFDT wird man sich wahrscheinlich gegen die „Force de frappe" für eine Verteidigung europäischer Blockfreiheit verbinden können.

## Die Krähen halten zusammen

*Von Friedemann Bleicher*

Die internationale Finanzwelt jubelt über den Tritt, den sie der sozialistischen Regierung Frankreichs verpaßt hat, noch ehe diese ihr Verstaatlichungsgesetz durch die politischen Instanzen bringen konnte. Kurz vor Torschluß haben gerissene Finanziers den Schweizer Ableger der auf der Verstaatlichungsliste stehenden Finanzholding *Paribas* von der Pariser Muttergesellschaft abgenabelt. Und die Schweizer Filiale, älteste Auslandsbank in der Schweiz, galt als Juwel des Gesamtkonzerns. So triumphiert die „Financial Times", es könne keinen lebendigeren Beweis für die fast schon tragische Naivität der französischen Regierung geben als die Flucht der *Paribas Schweiz* aus dem Netz der Verstaatlichungen. Offenbar hätten sich die Sozialisten zu sehr auf Verhandlungen und „fair play" verlassen.

Die Einzelheiten des Coups sind trotz seiner Publizität weitgehend unbekannt, zu verwickelt sind die Beteiligungsverhältnisse im einzelnen. Jedenfalls steht soviel fest, daß die Drahtzieher wenigstens mit einigen der Manager der *Paribas* in enger Verbindung stehen müssen. Die Schweizer *Paribas* war verfaßt als Aktiengesellschaft. Nach außen wenigstens schien es, als halte die Muttergesellschaft in Paris die Mehrheit der Aktien. Seit Ende 1980 aber waren erhebliche Teile des Aktienpakets an ausländische Tochtergesellschaften übertragen worden, ein weiterer Teil wurde im „Publikum" gestreut. Dies hat nun offenbar ausgereicht, um neue Mehrheitsverhältnisse herzustellen.

Zum Vollzug des Gaunerstücks war ebenfalls schon Ende 1980 in Genf eine unscheinbare Firma namens *Pargesa Holding S.A.* gegründet worden, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrates der *Paribas Schweiz* ist. Vor drei Wochen nun war das Kapital dieser *Pargesa* mit einem Schlag von 50000 auf 280 Mio. Franken aufgestockt worden. Kapitalgeber waren offenbar ein amerikanisches Investment Unternehmen (Becker), die kanadische Power-Corporation, Volvo Finance, die belgische Stahl- und Kohlegruppe Frère und wohl auch die Londoner Bank Warburg. Alle sind irgendwie mit der *Paribas-Gruppe* verbunden. *Pagesa* konnte nun die Aktienmehrheit an der *Paribas Schweiz* zusammenkaufen und so die Trennung dieser vom französischen Stammhaus, das am 1. Januar verstaatlicht wird, durchsetzen.

Der Schlag ist nicht der erste, der mit ausländischer Unterstützung gegen das Verstaatlichungsprogramm geführt wird. Anfang September etwa gab die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Parole aus: „Nicht parlamentarische Rückzugsgefechte, sondern allenfalls wirtschaftliche Schwierigkeiten und Reaktionen des Auslandes werden Mitterrand bei seinem Marsch in eine sozialistische Zukunft noch bremsen können."

Was hinter den Kulissen alles im Sinne dieser Drohung gespielt wird, lassen Vorgänge wie der genannte nur erahnen. Bekannt wurde auch, daß US-Konzerne die Umwandlung von Mehrheitsbeteiligungen der französischen *Matra-Gruppe* an Gemeinschaftsunternehmen in den USA in Minderheitsbeteiligungen verlangt haben. *Matra* selbst sollte ursprünglich ebenfalls verstaatlicht werden. Nach der US-Intervention aber begnügte sich die französische Regierung mit einer staatlichen 51%-Beteiligung. Zuvor schon hatte der US-Konzern *Continental Telephone* ein 400 Mio. $ Gemeinschaftsprojekt mit dem künftig verstaatlichten *Thomson*-Konzern platzen lassen.

Unverhohlen waren auch die Drohungen gegen eine eventuelle Verstaatlichung amerikanischer Tochtergesellschaften oder der *Hoechst*-Tochter *Roussel-Uclaf*. Und vergangenen Montag trafen sich 16 europäische und westdeutsche Bankenvertreter in London, um eine gemeinsame Marschroute abzustecken. Schwarz auf weiß wurde die französische Regierung des Bruchs internationalen Rechts bezichtigt. EG-Kommissar Narjes (CDU) hat angedeutet, Frankreich werde zum Fremdkörper in der EG.

So ungewiß der Nutzen der Verstaatlichungen ist, so falsch wäre es, ob dieser Aktionen nur gleichgültig mit den Schuldern zu zucken. Bereits angesichts dieses noch relativ harmlosen Verlustes seiner Pfründe findet sich der internationale Finanzadel zur Verschwörung zusammen. Es ist die Allianz derer, die, so wurde nebenbei bekannt, allein in Frankreich einen privaten Goldschatz im Wert von 150 bis 300 Mrd. Mark halten.

gen der Manager der *Paribas* in enger Verbindung stehen müssen. Die Schweizer *Paribas* war verfaßt als Aktiengesellschaft. Nach außen wenigstens schien es, als halte die Muttergesellschaft in Paris die Mehrheit der Aktien. Seit Ende 1980 aber waren erhebliche Teile des Aktienpakets an ausländische Tochtergesellschaften übertragen worden, ein weiterer Teil wurde im „Publikum" gestreut. Dies hat nun offenbar ausgereicht, um neue Mehrheitsverhältnisse herzustellen.

Zum Vollzug des Gaunerstücks war ebenfalls schon Ende 1980 in Genf eine unscheinbare Firma namens *Pargesa Holding S.A.* gegründet worden, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrates der *Paribas Schweiz* ist. Vor drei Wochen nun war das Kapital dieser *Pargesa* mit einem Schlag von 50000 auf 280 Mio. Franken aufgestockt worden. Kapitalgeber waren offenbar ein amerikanisches Investment Unternehmen (Becker), die kanadische Power-Corporation, Volvo Finance, die belgische Stahl- und Kohlegruppe Frère und wohl auch die Londoner Bank Warburg. Alle sind irgend-

Beteiligung. Zuvor schon hatte der US-Konzern *Continental Telephone* ein 400 Mio. $ Gemeinschaftsprojekt mit dem künftig verstaatlichten *Thomson*-Konzern platzen lassen.

Unverhohlen waren auch die Drohungen gegen eine eventuelle Verstaatlichung amerikanischer Tochtergesellschaften oder der *Hoechst*-Tochter *Roussel-Uclaf*. Und vergangenen Montag trafen sich 16 europäische und westdeutsche Bankenvertreter in London, um eine gemeinsame Marschroute abzustecken. Schwarz auf weiß wurde die französische Regierung des Bruchs internationalen Rechts bezichtigt. EG-Kommissar Narjes (CDU) hat angedeutet, Frankreich werde zum Fremdkörper in der EG.

So ungewiß der Nutzen der Verstaatlichungen ist, so falsch wäre es, ob dieser Aktionen nur gleichgültig mit den Schuldern zu zucken. Bereits angesichts dieses noch relativ harmlosen Verlustes seiner Pfründe findet sich der internationale Finanzadel zur Verschwörung zusammen. Es ist die Allianz derer, die, so wurde nebenbei bekannt, allein in Frankreich

## Verschärfung des Demonstrationsrechts?

**Nicht opportun, aber auch nicht notwendig, so zum x-ten Mal die Koalition**

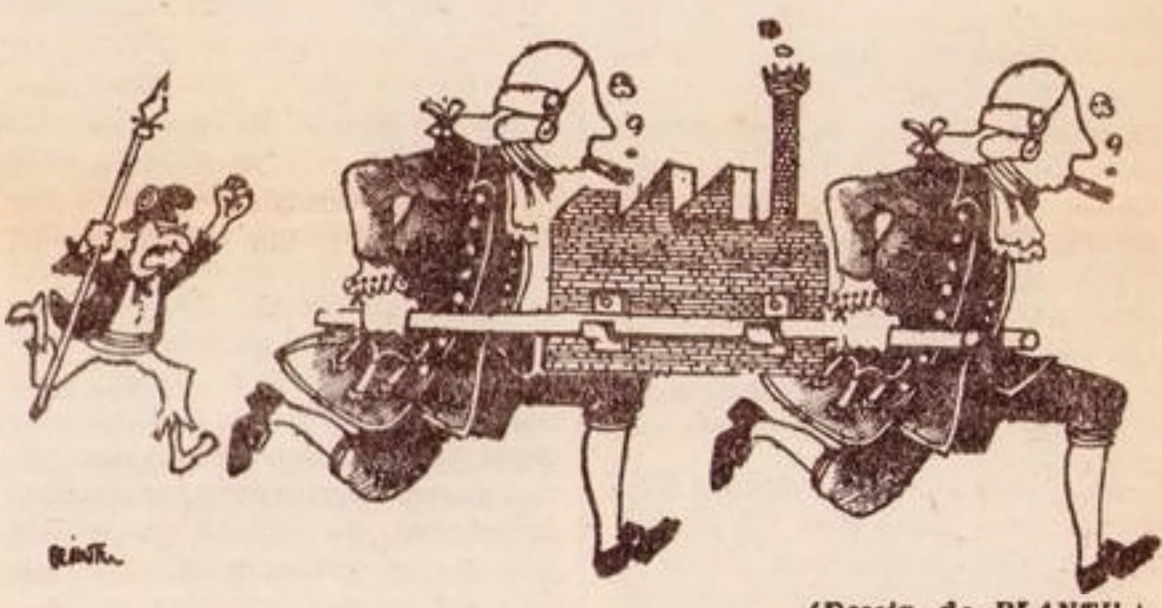
*bl.* Das Gefecht war müde. Tagesordnungspunkt im Deutschen Bundestag: Erste Lesung des Gesetzentwurfs der CDU in Sachen Demonstrationsrecht. Die SPD konnte unter dem Aspekt der Friedfertigkeit etwas Sonnenglanz der Bonner Demonstration vom 10. Oktober auf sich scheinen lassen. Dregger und Mitstreiter verwiesen stark angekratzt eben von demselben Ereignis auf die Rechtsunsicherheit des Bürgers. Der Inhalt des Gesetzentwurfs der CDU, der zum xten Mal unterbreitet wird: Sogenanntes Verbot der passiven Bewaffnung (Stichwort: Vermummung), Wiederherstellung des Landfriedensbruchstatbestandes in der vor 1970 geltenden Fassung, d.h. Möglichkeit zur Aburteilung jedes Anwesenden in einer Demonstration, die von der Polizei für gewalttätig erklärt worden ist.

Die Versammlungsfreiheit wird für *alle* gleich gewährt, heißt es sinngemäß im Grundgesetz. Das ist verteidigenswert. Aber die Gleichheit wird sofort zur Ungleichheit, weil sie nur für *friedliche* Versammlungen gilt. Dann kommen die Versammlungen, die eine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellen. Sie sind verboten. Versammlungen der Ausländer sind nur eingeschränkt möglich. Alle Versammlungen stehen unter dem Vorbehalt, daß sie nicht gegen die Sicherheit und Ordnung verstoßen.

Was sind Gefahren für die Sicherheit und Ordnung? Die Beeinträchtigung des Weihnachtseinkaufsgeschäfts; die angemeldete Route, weil diese „einen gewissen Symbolcharakter für extremistische Gruppen hat"; wenn die Versammlung Einfluß auf Geschehnisse im Ausland nehmen will; weil „die angekündigte Thematik wiederum erwarten läßt, daß sich Personen beteiligen, die diese Demonstration zum Anlaß nehmen, um gewaltsam ihre Ablehnung der US-Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen und sich besondere Gefahrenpunkte aus dem Zeitpunkt (22.30 Uhr) und aus der Tatsache, daß Fackeln mitgeführt werden sollen, ergeben"; weil die Worte „und jetzt ist Schluß" eindeutig zeigen, welche aggressive Haltung der Veranstalter zum Gesamtthema einnimmt; weil unter Berücksichtigung der Ereignisse in Berlin und Frankfurt „davon ausgegangen werden muß, daß mit den obigen Worten (jetzt ist Schluß) der Polizei der Kampf mit allen Mitteln angesagt wird" usw. usw. (alles Zitate aus Verbotsverfügungen).

Der immer wieder seit Jahren vorgetragene Gesetzesvorstoß der CDU ist nicht ohne Wirkung geblieben, was die *Praxis* betrifft. Nicht umsonst kontern SPD und Liberale bei der alljährlichen Debatte um das Demonstrationsrecht, daß die bestehenden Mittel voll ausreichen. Die Ordnungsbehörden können Versammlungen verbieten oder mit schikanösen Auflagen von der Änderung der Route durch menschenleeres Gebiet bis zu den Transparentstangen versehen. Das Vermummungsverbot findet sich in jeder Auflagenverfügung, neuerdings durch Verwaltungsgerichte verschärft: „Die Versammlungsteilnehmer dürfen keine Masken und Helme tragen, noch sich auf sonstige Weise unkenntnlich machen ... Dem Versammlungsleiter wird aufgegeben, diejenigen, die gegen diese Auflage verstoßen oder dies beabsichtigen, von der Versammlung auszuschliessen." Hinter jeder Demonstration läßt der Polizeipräsident schwerbewaffnete Polizisten und Gerät wie Wasserwerfer herziehen. Spritzt der Wasserwerfer Tränengas los, liegt der „Vermummungstatbestand" vor, wenn sich Teilnehmer Tücher vor Gesicht und Augen ziehen. Der Veranstalter wird im Fall der Nichteinhaltung der Auflagen mit Schadensersatz und Strafanzeige bedroht, wobei der neueste Vorschlag dieser freiheitlichen Versammlungsfreiheit die Bezahlung der Einsatztruppen der Polizei durch den Veranstalter beinhaltet. Der Todesschuß und die Verpflichtung der Polizeibeamten, diesen auch abzugeben, wurde in der letzten Woche in einem weiteren Bundesland, in Niedersachsen, eingeführt, ebenso die Ermächtigung, den Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren anzuordnen. Daß der Widerstand der SPD in Niedersachsen sich auf die Anwendungsfälle konzentrierte und nicht auf die Ablehnung von Todesschuß und Maschinengewehren, wird ihr kaum jemand danken.

Niemand hat erwartet, daß der Gesetzentwurf der CDU zum jetzigen Zeitpunkt wirklich durchsetzbar war. Es ist auch klar, daß die Vermummung als Gesetzesverbot noch mal eine ganz andere Zugriffsmöglichkeit auf jede Versammlung erlauben würde, als in Form der Auflagenverfügung. Wäre das Vermummungsverbot Gesetz, so *müßten* die Personalien eines jeden „Übertreters" festgestellt werden, um das Strafverfahren einzuleiten, während die Auflage „immer noch" angefochten werden kann. Ebenso muß an der Beibehaltung der Streichung des Landfriedensbruchsparagraphen in der alten Fassung festgehalten werden, die ein, wenn auch völlig ungenügendes Abfallprodukt der Kämpfe der 60er Jahre war. Dies aber als Erfolg zu verbuchen, ist angesichts der tatsächlichen *Praxis* von Versammlungsverboten, der faktischen Tatsache des Vermummungsverbotes, der *Praxis* der Anwendung des Landfriedensbruchsparagraphen mit Gefängnisstrafen von drei Jahren nicht realistisch. Der Zunahme der Gewalt auf der einen Seite entspricht eher eine immer offenere Politik der Bereithaltung der Mittel zur Einschränkung von Versammlungen.



(Dessin de PLANTU.)

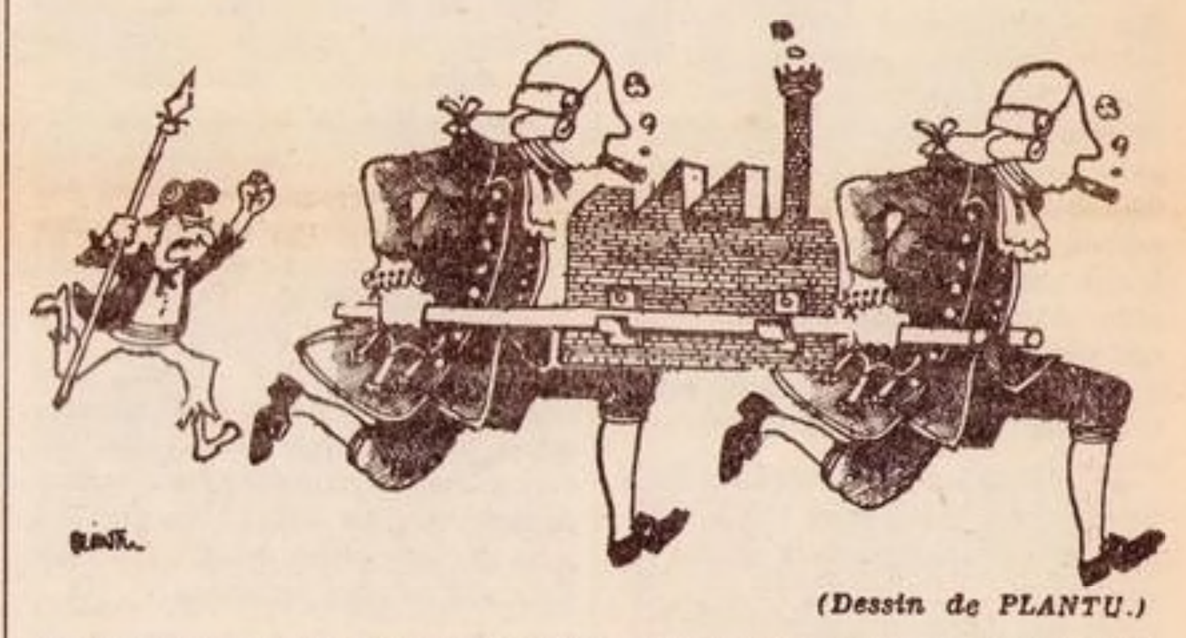
Der Adel des „ancien régime" schleppt das industrielle Kapital ins Ausland. Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten wurden die Manöver des Finanzkapi-

schen Grundordnung darstellen. Sie sind verboten. Versammlungen der Ausländer sind nur eingeschränkt möglich. Alle Versammlungen stehen unter dem Vorbehalt, daß sie nicht gegen die Sicherheit und Ordnung verstoßen.

Was sind Gefahren für die Sicherheit und Ordnung? Die Beeinträchtigung des Weihnachtseinkaufsgeschäfts; die angemeldete Route, weil diese „einen gewissen Symbolcharakter für extremistische Gruppen hat"; wenn die Versammlung Einfluß auf Geschehnisse im Ausland nehmen will; weil „die angekündigte Thematik wiederum erwarten läßt, daß sich Personen beteiligen, die diese Demonstration zum Anlaß nehmen, um gewaltsam ihre Ablehnung der US-Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen und sich besondere Gefahrenpunkte aus dem Zeitpunkt (22.30 Uhr) und aus der Tatsache, daß Fackeln mitgeführt werden sollen, ergeben"; weil die Worte „und jetzt ist Schluß" eindeutig zeigen, welche aggressive Haltung der Veranstalter zum Gesamtthema einnimmt; weil unter Berücksichtigung der Ereignisse in Berlin und Frankfurt „davon ausgegangen werden muß, daß mit den obigen Worten (jetzt ist Schluß) der Polizei der Kampf mit allen Mitteln angesagt wird" usw. usw. (alles Zitate aus Verbotsverfügungen).

ziehen. Der Veranstalter wird im Fall der Nichteinhaltung der Auflagen mit Schadensersatz und Strafanzeige bedroht, wobei der neueste Vorschlag dieser freiheitlichen Versammlungsfreiheit die Bezahlung der Einsatztruppen der Polizei durch den Veranstalter beinhaltet. Der Todesschuß und die Verpflichtung der Polizeibeamten, diesen auch abzugeben, wurde in der letzten Woche in einem weiteren Bundes-

buchen, ist angesichts der tatsächlichen *Praxis* von Versammlungsverboten, der faktischen Tatsache des Vermummungsverbotes, der *Praxis* der Anwendung des Landfriedensbruchsparagraphen mit Gefängnisstrafen von drei Jahren nicht realistisch. Der Zunahme der Gewalt auf der einen Seite entspricht eher eine immer offenere Politik der Bereithaltung der Mittel zur Einschränkung von Versammlungen.



(Dessin de PLANTU.)

Der Adel des „ancien régime" schleppt das industrielle Kapital ins Ausland. Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten wurden die Manöver des Finanzkapitals gegen das Verstaatlichungsprogramm der Regierung mit den „Flüchtlingen von Koblenz" verglichen – der Adel war während der französischen Revolution von 1789 ins Ausland geflohen und hatte in Koblenz eine „Gegenregierung" errichtet.

### Verfassungsbeschwerde aus Nürnberg abgewiesen

*kvz.* Gerade noch rechtzeitig vor dem Beginn der Prozesse in Nürnberg gegen die am 5. März aus dem KOMM heraus Festgenommenen, der am 3. November sein soll, hat das Bundesverfassungsgericht über eine Beschwerde entschieden. Die Verfassungsbeschwerde hatte sich gegen die hektographierten Haftbefehle, die Nichteinhaltung der Dienstliste der Ermittlungsrichter sowie die Bestellung eines Ermittlungsrichters gerichtet, der gar nicht in der Dienstliste vorgesehen gewesen sei. Das Bundesverfassungsgericht nahm die Beschwerde nicht zur Entscheidung an, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg habe. Unter bestimmten Bedingungen könne von der Dienstliste abgegangen werden und die Verwendung eines vervielfältigten Schriftstücks sei verfassungsrechtlich unbedenklich.

### Staatsanwalt beschafft sich Verteidigerakten

*kvz.* Zu einer ganzen Serie von Durchsuchungsaktionen unter Einsatz mehrerer hundert Polizeibeamter ist es Ende vergangner Woche gekommen. In Bremen wurden mehrere Wohnungen sowie das Büro eines Anwalts durchsucht, der in den Prozessen wegen der Ereignisse um das Rekrutengelöbnis vom 6. Mai 1980 verteidigt. Außerdem vertritt er Leute, die nach der Aushebung einer Spitzelwohnung des Bremer Verfassungsschutzes nun selbst verfolgt werden. Rechtsanwalt Horst Wesemann mußte zusehen, wie sich Staatsanwalt von Bock und Pollach just in Akten jenes Prozesses einlas, in dem dieser demnächst als Ankläger auftreten wird. Auch jene Wohnung, von der aus kürzlich das Verfassungsschützernest enttarnt worden war, befand sich unter den durchsuchten. Behaupteter Durchsuchungsgrund war Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung; Durchsuchungsbefehle wurden nicht vorgelegt. Selbiger Paragraph war auch Vorwand für Durchsuchungen in Stuttgart. Dort wurde u.a. die Redaktion der Stadtzeitung „s'Blättle" sowie die Wohnung des Schriftstellers Werner Schlegel durchsucht.

### Generalinspekteur: Mindestens 18 Monate Wehrdienst

*gkr.* In konzertierter Aktion sind der Generalinspekteur der Bundeswehr, Brandt, auf der Kommandeurstagung und der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Volland, auf der 11. Hauptversammlung seiner Organisation für eine Verlängerung der Wehrdienstzeit von derzeit 15 auf mindestens 18 Monate vorgegangen. Brandt forderte darüberhinaus die Einberufung ständig in der Bundesrepublik lebender Ausländer und eine Öffnung für freiwillig in die Bundeswehr eintretende Frauen. Volland ging hier gleich noch einen Schritt weiter: Frauen sollten, entgegen den auf der Hardthöhe angestellten Überlegungen, nicht nur in Unterstützungsverbänden Dienst tun, sondern auch in Kampfverbänden. So sollte auch nach 1987 die Personalstärke von 495000 Soldaten gesichert werden.

### Dritter Brokdorf-Erörterungstermin – eine Farce

*edd.Brokdorf.* Glaubten NWK und schleswig-holsteinische Landesregierung, denjenigen, die zu den 5500 Einwendern gegen die dritte atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung des AKW Brokdorf gehörten, 50 km weit weg von Arbeitsplatz und Hof in der Dithmarschen-Halle eine „neutrale Verhandlung über die Einwendung" vorspielen zu können, belehrten sie die Bauern aus der Gegend, ihre wissenschaftlichen Beistände, Gewerkschafter aus Hamburg und Bürgerinitiativen sowie die örtliche SPD und Grüne-Liste-Kreisräte eines besseren. „Die wollen unsere Existenz ruinieren, von den Arbeitsplätzen ist durch die hohe Rationalisierung im Unterelberaum wie bei Bayer in Brunsbüttel nichts zu sehen", legten ihre Vertreter klar. Die Elbfischer erklärten, sie werden zwar die Elbe und den Nordostseekanal mit ihren Schiffen blockieren, das Schmierentheater, den Erörterungstermin weitab von Brokdorf jedoch nicht mitmachen. Nachdem einige Einwender und ihre wissenschaftlichen Berater verhaftet wurden, weil sie auf einem Transparent die Einstellung des Baus und die Freilassung von Micheal Duffke forderten als Vorausbedingungen, um überhaupt zu reden, trugen die verschiedensten Gruppen, Bürgerinitiativen, einzelne Bauern und Fischer vor, warum es ihre sozialen Interessen nicht zulassen, daß sie hier tagelang erörtern, wo sowieso weitergebaut wird. Auf Aufruf der örtlichen BIU Brokdorf-Wewelsfleth wurde der Saal geschlossen unter Rücklassung einiger landwirtschaftlicher Gerüche verlassen. Nur die Herren von NWK und Landesregierung, „die dafür hochbezahlt werden, sich hier zu langweilen" (Bauer Hellerich aus Brokdorf), mußten in dem Mief bleiben, der ihr demokratisches Alibi weiterhin umgab.

### Geplanter Ablauf der vds-ASten-Konferenz

*jöf.Bonn.* Die ASten-Konferenz der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) beginnt am Samstag, dem 31.10. um 11 Uhr in den Räumen der Pädagogischen Hochschule Dortmund mit einer Plenarversammlung der teilnehmenden ASten. Hauptgegenstand der Beratung sind die Aktionen im Wintersemester, insbesondere der Vorschlag von MSB/SHB auf „bundeseinheitlichen Streik vom 7.–12.12.". Auf Vorschlag des vds-Vorstands soll das Plenum gegen 15 Uhr enden und von 16 bis 18 Uhr Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunkten stattfinden: Bildungsökonomie; wie weiter nach dem 10.10.?; BAföG und Soziales; Wohnen; Frauen; Hochschulalltag; Globalstrategie des Imperialismus. Am Sonntag soll von 10 bis 15 Uhr das Plenum über die vorliegenden Resolutionen ein Meinungsbild fassen. Da die ASten-Konferenz kein satzungsgemäßes Organ der vds ist, denkt sich der vds-Vorstand, daß dann die Beschlußfassung über die Vorgehensweise im Wintersemester im vds-Zentralrat gegen 15 Uhr stattfindet. Die Teilnahmegebühr für die ganze Konferenz beträgt pro Person 20 DM. Noch am Freitag abend findet eine Fraktionsberatung der Basisgruppen und linksunabhängigen ASten statt.

### Aktionswoche gegen Mittelkürzung in Rheinland-Pfalz

*Koblenz.* Die jeweils mit 300 Leuten doppelt so stark wie sonst besuchten Vollversammlungen der FH- und EWH-Koblenz beschlossen die Durchführung einer Aktionswoche gegen die Mittelkürzungen für die Studentenwerke durch die Landesregierung. An beiden Hochschulen wird eine Unterschriftensammlung für „Keine Erhöhung der Sozialbeiträge, Rücknahme der Mensapreiserhöhung, vollständige Bewilligung der von den Studentenwerken beantragten Landesmittel" durchgeführt. Bereits am ersten Tag unterschrieben an der EWH ca. 300 und an der FH 450 Studenten. Die Aktionswoche mündet in die Verwaltungsratssitzung am 29.9., wo auch ein Vertreter des Ministeriums zugegen sein wird. Inzwischen haben auch die ASten der FH Ludwigshafen, FH Landau und FH Germersheim sich der Kampagne angeschlossen. Aktionen wurden diese Woche an vielen Hochschulen in Rheinland-Pfalz durchgeführt.




# „Dieser Betrieb ist besetzt“

## Verstärkter Kampf bei VDM

*Frankfurt.* Seit dem 19./20.10. liefen Sozialplanverhandlungen zwischen der Betriebsleitung und Betriebsrat. Nun ist seit Montag der Betrieb besetzt, nachdem die Verhandlungen gescheitert waren. Die Betriebsleitung hatte den von Betriebsrat und IGM erarbeiteten Sozialplan rundweg abgelehnt.

Mit der Betriebsbesetzung soll jetzt Druck gemacht werden, auch um den Vorschlag der Betriebsleitung vom Tisch zu bekommen. Der Sozialplan läge unter jedem Niveau. Mit Faktoren, gestaffelt nach Betriebszugehörigkeit, von 450 bis 950 DM pro Jahr der Zugehörigkeit, würden Abfindungen zwischen 2250 DM (bei 5 Jahren) und 23750 DM (bei 25 Jahren) gezahlt werden. Ab dem 59. Lebensjahr wird sogar nur ein Pauschbetrag von 3000 DM sowie die Zahlung der Ausfallbezüge für 1 Jahr vorgeschlagen. Generell sollen für alle kleine Einmalzahlungen erfolgen. Jedenfalls hatte dieser Vorschlag die Wut im Betrieb nur noch gesteigert.

Nach der Besetzung hat die Betriebsleitung verkündet, sie wäre zu weiteren Verhandlungen nicht bereit und wolle vor's Schiedsgericht gehen. Die Arbeiter haben sich nicht beeindrucken lassen. Ein Flugblatt des Vertrauensleutekörpers wurde verteilt. Auch die Angestellten (von denen nur ein kleiner Teil

tert waren. Die Betriebsleitung hatte den von Betriebsrat und IGM erarbeiteten Sozialplan rundweg abgelehnt.

Mit der Betriebsbesetzung soll jetzt Druck gemacht werden, auch um den Vorschlag der Betriebsleitung vom Tisch zu bekommen. Der Sozialplan läge unter jedem Niveau. Mit Faktoren, gestaffelt nach Betriebszugehörigkeit, von 450 bis 950 DM pro Jahr der Zugehörigkeit, würden Abfindungen zwischen 2250 DM (bei 5 Jahren) und 23750 DM (bei 25 Jahren) gezahlt werden. Ab dem 59. Lebensjahr wird sogar nur ein Pauschbetrag von 3000 DM sowie die Zahlung der Ausfallbezüge für 1 Jahr vorgeschlagen. Generell sollen für alle kleine Einmalzahlungen erfolgen. Jedenfalls hatte dieser Vorschlag die Wut im Betrieb nur noch gesteigert.

Nach der Besetzung hat die Betriebsleitung verkündet, sie wäre zu weiteren Verhandlungen nicht bereit und wolle vor's Schiedsgericht gehen. Die Arbeiter haben sich nicht beeindrucken lassen. Ein Flugblatt des Vertrauensleutekörpers wurde verteilt. Auch die Angestellten (von denen nur ein kleiner Teil

in der IGM organisiert ist), vor allem aus dem technischen Bereich, ziehen langsam mit.

Die Aussichten darauf, was nach einer Schließung des Werkes kommt, bestimmen jetzt die Auseinandersetzungen. Was soll ein 50jähriger schon machen. Die Abfindung hält vielleicht 4, 5 Jahre. Dann Arbeitslosigkeit und hinterher, vielleicht noch vorgezogen, die niedrige Rente. Oder für die, die noch ländlichen Nebenerwerb haben – schlechte Aussichten. Ein Großteil der Arbeiter kommt eh aus Heddernheim oder Umgebung. Da drohen Umzug, Fahrtwege und -kosten.

Trotzdem war es nicht leicht, die Einheit für die Aktion herzustellen, ganz ist sie wohl immer noch nicht vorhanden. Einige befürchten, es käme so vielleicht gar kein Sozialplan zustande. Andere denken an die Drohung der Kapitalisten, sofort zu schließen, wenn die Zulieferbetriebe gefährdet werden. Hinzu kommt, daß es seit 30 Jahren keinen Streik mehr gab, außer vor kurzem, im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“. Und nun muß man in einer schwierigen Situation Paroli bieten.

Aber die Unterstützung in Frankfurt ist groß. Fast stündlich trafen am Dienstag und Mittwoch Solidaritätsbekundungen, auch erste Geldspenden, ein. Adressen kommen aus Metallbetrieben, aber auch aus dem öffentlichen Dienst und dem Handel. Die Ortsverwaltung der IGM hat nach anfänglichem Zögern jetzt Unterstützung zugesagt. Einige ihrer Mitglieder erklärten auch, daß der Verhandlungsstand so verbessert werden kann. Ob die Kraft ausreicht, nicht nur den besten Sozialplan durchzusetzen, sondern die Schließung zu verhindern, das ist noch nicht entschieden.

## „Der Druck ist groß, glaub mir das“

### Eindrücke von der Betriebsbesetzung bei VDM-Heddernheim

*acm.* Heddernheim, Dienstagmorgen, 9.30 Uhr. Schon von weitem sehen wir Arbeiter vor den Toren stehen. Am Morgen nach Beginn der Besetzung sind es hundert bis hundertfünfzig. Als wir auf das Tor zugehen, Zuruf: „Seid ihr von der Presse? Doch wohl nicht von der „Bild“-Zeitung? Die haben wir gestern schon verscheucht!“ Nach Klärung der Sachlage kommen wir ins Gespräch, wie die Aktionen begannen.

„Um drei Uhr nachmittags ging das los. Vorher gab's die Betriebsversammlung im Hof. Wenn man so will, 'nen wilden Streik. Der Betriebsrat hat geredet und verschiedene Leute von der Belegschaft. Ein Vorschlag war, sich aufzuteilen in Diskussionsgruppen und so 'ne ganze Weile zu diskutieren ... Aber diskutiert worden ist ja wohl genug. Dagegen haben sich dann auch viele gesträubt, hauptsächlich aus der Schlosserei ... Na ja, nachdem die von der Schlosserei aufgerufen haben, den Dr. Dreher zu holen, den Personalchef, sind wir halt losmarschiert. Den ham wir halt runtergeholt, aber der hat auch nichts Konkretes gesagt. Das ist ja auch 'nen kleiner Fisch. Steckt ja die ganze Metallgesellschaft hinter. Und wie wir dann gemerkt haben, daß das alles nur leeres Geschwätz

9.30 Uhr. Schon von weitem sehen wir Arbeiter vor den Toren stehen. Am Morgen nach Beginn der Besetzung sind es hundert bis hundertfünfzig. Als wir auf das Tor zugehen, Zuruf: „Seid ihr von der Presse? Doch wohl nicht von der „Bild“-Zeitung? Die haben wir gestern schon verscheucht!“ Nach Klärung der Sachlage kommen wir ins Gespräch, wie die Aktionen begannen.

„Um drei Uhr nachmittags ging das los. Vorher gab's die Betriebsversammlung im Hof. Wenn man so will, 'nen wilden Streik. Der Betriebsrat hat geredet und verschiedene Leute von der Belegschaft. Ein Vorschlag war, sich aufzuteilen in Diskussionsgruppen und so 'ne ganze Weile zu diskutieren ... Aber diskutiert worden ist ja wohl genug. Dagegen haben sich dann auch viele gesträubt, hauptsächlich aus der Schlosserei ... Na ja, nachdem die von der Schlosserei aufgerufen haben, den Dr. Dreher zu holen, den Personalchef, sind wir halt losmarschiert. Den ham wir halt runtergeholt, aber der hat auch nichts Konkretes gesagt. Das ist ja auch 'nen kleiner Fisch. Steckt ja die ganze Metallgesellschaft hinter. Und wie wir dann gemerkt haben, daß das alles nur leeres Geschwätz

ist, haben dann zwei oder drei Schlosser ... dazu aufgerufen, die Werkstore zu besetzen. Dann sind vielleicht 10 Leute hinterhergezogen und haben sich ans Tor gestellt ... dann waren es vielleicht 20 gewesen und dann wurdens 50, na ja, vielleicht auch 80 oder so. Dann sind se runtergelaufen zum Tor 3 ... wie gesagt, das waren fast alles Ausländer, sagen wir mal 60 bis 70 Prozent.“ Auf die ausländischen Arbeiter läßt er nichts kommen.

Am großen Eingangstor hängen eine schwarze Fahne und mehrere Transparente: „Wir lassen uns nicht nach Quadratmeter verkaufen“, „Vom Vorstand der Herr Sinnecker, will Groschen nur uns geben hier. Bei dem Sozialplan ohne Frage, streiken wir jetzt alle Tage.“ Als ich die Parolen notiere, fragt man mich, wozu. Das Mißtrauen ist groß, weil die Presse am gleichen Tag faustdicke Lügen über das Sozialplanangebot der Kapitalisten verbreitet hat. Meine Frage nach dem richtigen Sozialplanangebot der Kapitalisten werden – wie sich herausstellt –, von einem Betriebsrat – bereitwillig durch Zitate aus dem Entwurf beantwortet. Tatsächlich sind die Beträge deutlich geringer als beim ADLER-Sozialplan. Der Betriebsrat verweist darauf, daß sie selbiges Niveau mindestens erreichen wollen. Ob man schon was von der Geschäftsleitung gehört habe, frage ich. „Gar nichts, gar nichts.“

Man schickt uns zu Tor 3. Dort sind hauptsächlich ausländische Arbeiter versammelt. In einer Tonne brennt ein Feuer, Arbeiter wärmen sich auf. Auch hier Transparente am Zaun, wie auf dem Bild zu sehen. Auf dem Vorplatz spielen ein paar Arbeiter Fußball. Ein Radiogerät, am Pförtnerhäuschen angeschlossen, sorgt für Musik. Schüler der Gesamtschule sind mit einer Filmkamera unterwegs. Alles wird sorgfältig aufgenommen. Zurück am Haupttor frage ich nochmal, wie es am Montag abend weitergegangen ist. „Tja, 'nen Teil ist nach Feierabend nach Hause und andere sind hiergeblieben. Wir habens dann schichtweise gemacht ... Der Martin Berg (2. Bürgermei- [illegible] auch hier, hat sich solidarisch erklärt. Und das ist 'nen Vorteil, obwohl der ja nur Wählerstimmen und so sammelt ...“

Als ich nach Betriebsrat und Vertrauensleuten frage, gibt es etwas lange Gesichter. Der Betriebsrat hält sich zu sehr raus, heißt es. Und was mit den Vertrauensleuten sei. „Teils, teils. Die einen sind für die Besetzung, die anderen dagegen. Wie bei der Belegschaft gibts auch bei den Vertrauensleuten so Leute, ‚komm, das bringts sowieso nicht‘ ... und so.“ Nach der Durchsetzungskraft befragt, antwortet der Arbeiter: „Ja, wenn das hier so organi-

hier Transparente am Zaun, wie auf dem Bild zu sehen. Auf dem Vorplatz spielen ein paar Arbeiter Fußball. Ein Radiogerät, am Pförtnerhäuschen angeschlossen, sorgt für Musik. Schüler der Gesamtschule sind mit einer Filmkamera unterwegs. Alles wird sorgfältig aufgenommen. Zurück am Haupttor frage ich nochmal, wie es am Montag abend weitergegangen ist. „Tja, 'nen Teil ist nach Feierabend nach Hause und andere sind hiergeblieben. Wir habens dann schichtweise gemacht ... Der Martin Berg (2. Bürgermei- auch hier, hat sich solidarisch erklärt. Und das ist 'nen Vorteil, obwohl der ja nur Wählerstimmen und so sammelt ...“

Als ich nach Betriebsrat und Vertrauensleuten frage, gibt es etwas lange Gesichter. Der Betriebsrat hält sich zu sehr raus, heißt es. Und was mit den Vertrauensleuten sei. „Teils, teils. Die einen sind für die Besetzung, die anderen dagegen. Wie bei der Belegschaft gibts auch bei den Vertrauensleuten so Leute, ‚komm, das bringts sowieso nicht‘ ... und so.“ Nach der Durchsetzungskraft befragt, antwortet der Arbeiter: „Ja, wenn das hier so organi-

siert bleibt, dann kann man auch durchsetzen, daß die Arbeitsplätze hier erhalten bleiben. Aber im Grundprinzip geht es hier darum, den Sozialplan durchzusetzen, der vom Betriebsrat ausgearbeitet wurde. Bis jetzt ist noch keiner von der Geschäftsleitung aufgetaucht. Wenn nichts passiert, dann gehts halt weiter ... Wie die jetzt gesehen haben, daß wir die ganze Nacht hiergeblieben sind ...“, meint er und denkt an die Wirkung auf die unschlüssigen Kollegen. Er erzählt noch aus seiner Abteilung: „Da ist einer bei uns im Werkzeugbau, der ist 45 Jahre da ... Guck mal, wenn der mit 3000 Mark abgespeist wird ... du, da wirds dir doch kotzelend ... Und das hier ist doch 'ne Aktion, wo die Leute sehen, daß es welche gibt, die sich Gedanken machen, die sich da zusammenschließen ... Der Druck ist groß, glaub mir das. Ich hab heut morgen gehört, ich weiß aber nicht genau, ob das stimmt, daß bei Daimler und bei VW die Fließbänder stillgestanden haben, weil sie kein Material von uns kriegen. Wir machen ja die ganzen Speziallegierungen in der Gießerei bei uns ... und wir sind 'ne Zulieferfirma. Ja, was meinste, wenn das erstmal weitergeht hier, dann werden sich wohl noch verschiedenste Leute Gedanken machen.“

Am Nachmittag, so hören wir, treffen mehrere Solidaritätserklärungen aus Betrieb und Gewerkschaft ein. Das „Mobile Rhein-Main-Theater“ trägt Lieder vor, am Abend zeigt es einen Film über die Betriebsbesetzung bei VFW Speyer. Weitere Delegationen und Solidaritätserklärungen treffen ein. Die Stimmung ist trotz Kälte gut. „Wir können das wohl noch 'ne Woche durchhalten“, heißt es.

**Letzte Meldung**

**Die 10. Bundes-Angestelltentagung des DGB beschloß am 28.10. eine Unterstützungsresolution für die VDM-Arbeiter**

















*Bild 1+2:* Diskussionsgruppen vor der Werkskantine und dem Tor. *Bild 3:* Am Tor 3. *Bild 4:* Die Presse wird studiert, die Lügen unterstrichen. *Bild 5:* Laufend schenken Frauen vor dem Tor Tee und Kaffee aus.

## Eine konkrete Taktik entwickeln

*(Zu dem Artikel „Eine selbständige Opposition muß gegen den CDU-Senat aufgebaut werden", in KVZ Nr. 40, S. 2)*

Ich bin wahrscheinlich nicht der einzige, der sich über diesen Artikel geärgert hat. Zweierlei muß man an ihm kritisieren: Erstens enthält er tendenziell eine falsche Einschätzung über die Wirkung der Räumungsaktion, zweitens – und das ist fatal – entwickelt er eine falsche Taktik.

Sprüche wie „alle vergasen" o.ä., wie sie in der Erregung von Schaulustigen am Rande der Räumung gefallen sein mögen, als Beweis dafür zu nehmen, daß „es CDU und Springer gelungen ist, in großen (!) Teilen der Berliner Bevölkerung eine Pogromstimmung gegen die Besetzer zu erzeugen" (KVZ Nr. 40), ist schon abenteuerlich und belegt den Subjektivismus des Autors. Ich habe selbst in den Tagen nach der Räumung hitzige Debatten im Betrieb mit Kollegen gehabt. Natürlich war es zunächst schwer, sich statt über Steineschmeißen zu unterhalten über Zweck der Senatsaktion, über immer noch leerstehende 800 Häuser, über Leerstandssubventionen usw. Ein Kollege, der eine Weile der Debatte zuhörte, sagte: „Der Räuber schreit: Haltet den Dieb! Die haben selber jede Menge Dreck am Stekken." Damit hatte er die Situation treffend charakterisiert. Es liegt auf der Hand, daß die Hetze sich angesichts des Haufens von Fakten, die über die Wohnungsmisere bekannt sind und der Hektik und Brutalität, wie die Aktion durchgeführt wurde, nicht lange halten bzw. nicht die erhoffte Wirkung zeigen würde. Nach drei Tagen hatte sich Springer mit Rattay hinten, Rattay vorne bereits totgelaufen.

Der Autor läßt sich von „Feindbildern" der Springerpresse mehr beeindrucken als „große Teile der Berliner Bevölkerung". Er verwechselt die politische Schwäche des Senats mit seiner vordergründigen, demonstrativen Stärke. Diese politische Schwäche besteht in dem eskalierten Versuch, in der militärischen und publizistischen Konzentration auf die sicher umstrittenen Aktionsformen der Hausbesetzer das Umfeld der sozialen Probleme um die unmittelbaren Besetzungen aus dem Blickfeld zu bringen. Dieser Versuch mußte scheitern und ist es auch. Woher sonst die Feststellung im Artikel: „Die Unterstützung der Hausbesetzer ist trotz allem (!) deutlich gewachsen." Wie der Autor allerdings aus *seiner* Einschätzung zu dieser Feststellung kommt, ist mir schleierhaft.

Weiter wird dann festgestellt: „Das größte Problem für den Aufbau einer Opposition gegen die CDU liegt aber im Umfallen der SPD." Ehrlich gesagt, meine erste Reaktion war auch: Da hast du's mal wieder, die Schlappschwänze sind umgekippt. Aber bereits da war es selbst in der bürgerlichen Presse ein offenes Geheimnis, daß der Befehl zum Rückziehen des Mißtrauensantrages und zum Kniefall vor der CDU aus Bonn kam. Man konnte Vogels Bauchschmerzen bei seinem Angebot und wie die CDU ihn dann abblitzen ließ, regelrecht spüren. Natürlich hat er diese Bauchschmerzen nicht als besonderer Freund der Besetzer, sondern weil er weiß, was dieser Schwenk der SPD wieder an Einfluß*verlust* gebracht hat. Der Knüppel aus Bonn wird also die Widersprüche in der Berliner SPD

nats mit seiner vordergründigen, demonstrativen Stärke. Diese politische Schwäche besteht in dem eskalierten Versuch, in der militärischen und publizistischen Konzentration auf die sicher umstrittenen Aktionsformen der Hausbesetzer das Umfeld der sozialen Probleme um die unmittelbaren Besetzungen aus dem Blickfeld zu bringen. Dieser Versuch mußte scheitern und ist es auch. Woher sonst die Feststellung im Artikel: „Die Unterstützung der Hausbesetzer ist trotz allem (!) deutlich gewachsen." Wie der Autor allerdings aus *seiner* Einschätzung zu dieser Feststellung kommt, ist mir schleierhaft.

Weiter wird dann festgestellt: „Das größte Problem für den Aufbau einer Opposition gegen die CDU liegt aber im Umfallen der SPD." Ehrlich gesagt, meine erste Reaktion war auch: Da hast du's mal wieder, die Schlappschwänze sind umgekippt. Aber bereits da war es selbst in der bürgerlichen Presse ein offenes Geheimnis, daß der Befehl zum Rückziehen des Mißtrauensantrages und zum Kniefall vor der CDU aus Bonn kam. Man konnte Vogels Bauchschmerzen bei seinem Angebot und wie die CDU ihn dann abblitzen ließ, regelrecht spüren. Natürlich hat er diese Bauchschmerzen nicht als besonderer Freund der Besetzer, sondern weil er weiß, was dieser Schwenk der SPD wieder an Einfluß*verlust* gebracht hat. Der Knüppel aus Bonn wird also die Widersprüche in der Berliner SPD

noch anheizen.

Weizsäcker hat in der Parlamentssitzung Gift und Galle gespuckt über den am Morgen desselben Tages in der „Berliner Stimme" erschienen Leitartikel mit der Überschrift: „Machtdemonstration – Ein Toter". Dieser Artikel sagt einiges über die Stimmung in der Berliner SPD. Das alles sind aber für den Autor offensichtlich nur Scheinwidersprüche: „... Sieht sich die Bewegung schlagartig vor die Aufgabe gestellt, ohne die SPD eine selbständige Opposition (ziemlich strapazierter Begriff, W.L.) aufbauen zu müssen." Und dann kommt es noch dicker: „Vogel ist nicht weniger verhaßt als Lummer." Punkt. Womit es wieder einmal geschafft ist, sich der leidigen Analyse der konkreten Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien zu entledigen und sie unter den Allgemeinplatz „Vertreter des bürgerlichen Staates" zu kehren. Damit sind wir dann wieder bei der Politik der Beschwörung (mehr wird es sowieso nicht) der „selbständigen Opposition, die die sozialen Interessen des Volkes vertritt" gegen den angeblich monolithischen Block der bürgerlichen Parteien; was das konkret sein soll, erfährt man nicht, der Autor wird es auch nicht sagen können. Statt jedes Mitglied der Berliner SPD, mit dem man zu tun hat, aufzustacheln gegen die Knute aus Bonn und sie für eine Koalition mit der AL zu gewinnen; statt die vier Abweichler der FDP entsprechend zu geißeln wie eher überhaupt diese Partei als die SPD in ihrer Gesamtheit; stattdessen erleben wir wieder einmal eine Blüte der „Einheitsfront" der III. Internationale. Einfache Frage: Wie kann der CDU-Minderheitssenat gestürzt werden? Einfache Antwort: Durch Vorwärtstreibung der Widersprüche in der SPD hin zur Koalition mit der AL und Neutralisierung der vier Abweichler der FDP, notfalls durch Neuwahlen. Wie werden diese Widersprüche vorwärts und nicht rückwärts entwickelt? Durch eine konkrete Politik der Aktionseinheit gegenüber der Sozialdemokratie, die diese nicht schlicht mit der CDU gleichsetzt. Natürlich durch Stärkung der Arbeit außerhalb des Parlaments, durch Förderung der politischen Selbständigkeit der *ganzen* Bewegung gegen den CDU-Senat, aber eben mit dem Ziel, die entsprechende Konstellation im Parlament zu erreichen, die zum Sturz des CDU-Senats führt und nicht, indem dieses konkrete Ziel, mit dem viel Bewegungsraum für die demokratische Bewegung zurückerobert wäre, ausgespielt wird gegen den Ballon einer „selbständigen Opposition".

Es wird höchste Zeit, daß wir mit dem sektiererischen Quatsch der „selbständigen Oppositionen" Schluß machen, die geeignet sind, Bewegungen ihre konkreten Ziele zu rauben und, indem sie in die Isolation führen, anschließend den bürgerlichen Politikern das Feld ebnen. Radikale Politik hat nicht Ballons zum Ziel, sondern trägt dem Wunsch der Massen nach Veränderung im Sinne ihrer Interessen Rechnung, und zwar *schon jetzt*, in Form von konkreten Resultaten. Diese Resultate müssen auch und in manchen Situationen gezielt auf parlamentarische Konstellationen bzw. deren Veränderung hin durchgesetzt werden, wenn sie überhaupt zu anerkannten Machtpositionen werden können. Der KBW hat seine Aufgabe in dieser Entwicklung und er muß ihr nachkommen, wenn die „großen" Ziele verwirklicht werden sollen.

*W.L., Westberlin*

## Ist Westdeutschland militärisch überhaupt zu verteidigen?

*(zu dem Artikel über den Parteitag der Grünen in KVZ 41/81, S. 2)*

Ich möchte auf eine Einseitigkeit in dem Bericht über den ‚Parteitag der Grünen' hinweisen. Willi Preßmar kritisiert den Satz, „daß die Bundesrepublik unter den gegenwärtigen Bedingungen des Atomzeitalters *militärisch* nicht zu verteidigen ist" (Hervorhebung von mir, J.J.). Preßmar sieht die Grünen gleich „auf dem besten Weg ins Sektierertum". Der ‚grüne' Satz ist so falsch aber nicht, wenn die Schlußfolgerungen (Ablehnung jedweder militärischen Verteidigung) auch etwas übertrieben sind. In einem Krieg der Supermäche ist Westdeutschland mit Atomwaffen nicht zu verteidigen – das Ergebnis wäre vielmehr weitgehende Vernichtung, was den Begriff ‚Verteidigung' ad absurdum führt.

Mit anderen als Atomwaffen ist Westdeutschland aber nur höchst unzureichend zu verteidigen. Obwohl ich auch für ‚alternative Verteidigung' bin, eins wird man nicht wegbekommen, auch wenn man 10 Jahre über solchen Konzepten brütet: Sie sind und bleiben *militärisch* unzureichend, bieten keine *militärische* Lösung. Auf der Ebene militärischer Lösungsversuche kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus, uns entweder zu Tode oder eben nur unzureichend zu verteidigen. Es wird hier keine Patentlösung geben. Die Lösung muß mit anderen, mit politischen Mitteln gesucht werden. Das spricht nicht gegen Verteidi-

Ich möchte auf eine Einseitigkeit in dem Bericht über den ‚Parteitag der Grünen' hinweisen. Willi Preßmar kritisiert den Satz, „daß die Bundesrepublik unter den gegenwärtigen Bedingungen des Atomzeitalters *militärisch* nicht zu verteidigen ist" (Hervorhebung von mir, J.J.). Preßmar sieht die Grünen gleich „auf dem besten Weg ins Sektierertum". Der ‚grüne' Satz ist so falsch aber nicht, wenn die Schlußfolgerungen (Ablehnung jedweder militärischen Verteidigung) auch etwas übertrieben sind. In einem Krieg der Supermäche ist Westdeutschland mit Atomwaffen nicht zu verteidigen – das Ergebnis wäre vielmehr weitgehende Vernichtung, was den Begriff ‚Verteidigung' ad absurdum führt.

Mit anderen als Atomwaffen ist Westdeutschland aber nur höchst unzureichend zu verteidigen. Obwohl ich auch für ‚alternative Verteidigung' bin, eins wird man nicht wegbekommen, auch wenn man 10 Jahre über solchen Konzepten brütet: Sie sind und bleiben *militärisch* unzureichend, bieten keine *militärische* Lösung. Auf der Ebene militärischer Lösungsversuche kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus, uns entweder zu Tode oder eben nur unzureichend zu verteidigen. Es wird hier keine Patentlösung geben. Die Lösung muß mit anderen, mit politischen Mitteln gesucht werden. Das spricht nicht gegen Verteidi-

gung überhaupt, wie es die Grünen im Moment vielleicht formuliert haben, aber dafür, daß selbst Überlegungen zur ‚alternativen Verteidigung' für uns nur sekundäre Bedeutung haben können. Sie bleiben halt stets unvollkommen, und was uns an Waffen fehlt, werden wir an politischer Durchschlagskraft zu gewinnen haben. Im Ernstfall nützt uns die Blockfreiheit – d.h. die politische Möglichkeit, eine aggressive Supermacht maximal zu isolieren und bloßzustellen – vielleicht mehr als die eine oder andere militärische Komplettierung. Auf jeden Fall werden wir uns in dieser ‚Richtung Blockfreiheit' (s. KVZ 41, S. 1) zu komplettieren haben, und es ist kein ‚Schritt ins Sektierertum', sondern ein Schritt, der weitere Erkenntnisse ermöglicht, wenn man zunächst wie die Grünen feststellt, daß die Suche nach rein militärischen Lösungen vergeblich sein wird.

*J.J., Schortens*

## Nochmal zum DGB-Friedensaufruf

*(zu einer Reihe von Leserbriefen in früheren Nummern der KVZ)*

Der DGB-Bundesvorstand hat sich mit seinem Friedensaufruf in die öffentliche Friedensdiskussion eingeschaltet. Und nicht nur sich, sondern auch einen großen Teil seiner – auch inaktiven – Mitglieder. Es ist ja schließlich nicht so, daß zwei Millionen Gewerkschaftsmitglieder (das ist das Sammlungsziel) alles blind unterschreiben, was vom DGB kommt. Schon in diesem Sinne muß man diese Initiative positiv bewerten. Einige Leser schreiben, Friedensaufruf ja, aber nicht so.

So stellt sich aber die Frage nicht, wenn man die *heutigen* (und das ist erstmal entscheidend) Kräfteverhältnisse im DGB-Bundesvorstand betrachtet (tut man das auch für die *gesamte* Mitgliedschaft, wird es ähnlich sein). Die Frage stellt sich so: Entweder so, mit relativ offenen Formulierungen – oder überhaupt keine Stellungnahme. Glaubt Ihr denn wirklich, im DGB-Bundesvorstand hätte eine andere Fassung eine Mehrheit bekommen?

Trotzdem bringt dieser Aufruf die Leute – die es auch auf Haupt- und Bundesvorstandsebene gibt – in die Initiative, denen es darum geht, eine eigenständige Politik der Gewerkschaften unabhängig von Bundesregierung, NATO und Warschauer Pakt zu machen. Denn diese Kräfte suchen die Diskussion um diesen Aufruf, die anderen müssen sie fürchten. Deshalb würde es auch für die Gewerkschafter, die eine eigenständige Gewerkschaftspolitik fordern, ein schwerer Rückschlag, wenn man den DGB-Aufruf boykottieren würde.

Außerdem, was ist denn in der Vergangenheit passiert, wenn ein aktives Gewerkschaftsmitglied mit dem Krefelder Appell, dem Aufruf der Bertrand Russell-Friedensstiftung oder anderen im Betrieb Unterschriften gesammelt hat, oder wenn sich Kreisjugend- oder Frauenausschüsse an örtlichen Friedensinitiativen beteiligen wollten. Sie haben einen auf den Hut bekommen, weil alles „parteipolitisch gelenkt" wäre und der DGB eine andere Beschlußlage hat. Sich um inhaltliche Positionen zu streiten – soweit ist man in den meisten Fällen gar nicht gekommen.

Und jetzt – jetzt hat man die Möglichkeit, sogar den Auftrag, diese Auseinandersetzung zu führen. Statt sich um die Mängel zu streiten, die dieser Aufruf unbestritten hat (was aber auch bei den Kräfteverhältnissen im DGB-Bundesvorstand klar ist), sollte man lieber die Leserbriefspalten in der Gewerkschaftspresse mit Berichten über Diskussionen beim Unterschriftensammeln füllen. Das ist meiner Meinung nach die beste Methode, einerseits wesentlich mehr Gewerkschaftskollegen in die Diskussion einzubeziehen, andererseits aber auch eine konstruktive Debatte um Alternativen *in* der Gewerkschaft zu führen.

*G.A., Aachen*

## Positive Aspekte des Gesundheitstages wurden unterschlagen

*(Zu dem Artikel: „Versuch eines Resumees zum Gesundheitstag '81", KVZ 41, S. 6)*

Die Einschätzung: „Die erschlagende Fülle des Programms brachte es mit sich, daß sich jeder in seiner mitgebrachten Ideenwelt drei Tage lang bewegen konnte, ohne mit anderen Vorstellungen auch nur in Berührung zu kommen ... Es fehlte die kontroverse Diskussion ... Die gemeinsame Stoßrichtung ist noch nicht recht sichtbar" deckt sich überhaupt nicht mit meinem Eindruck des Gesundheitstages.

Für mich war der Gesundheitstag eine Veranstaltung mit dem Charakter einer Volksuniversität, bei der es unwahrscheinlich viel zu lernen gab, wo Ansätze entwickelt wurden, die über die kapitalistischen Verhältnisse hinausweisen.

Es wurden Kenntnisse vermittelt, die für mich als Otto-Normal-Verbraucher völlig neu und sehr hilfreich waren. Z.B.:

werkschaftskollegen in die Diskussion einzubeziehen, andererseits aber auch eine konstruktive Debatte um Alternativen *in* der Gewerkschaft zu führen.

*G.A., Aachen*

## Positive Aspekte des Gesundheitstages wurden unterschlagen

*(Zu dem Artikel: „Versuch eines Resumees zum Gesundheitstag '81", KVZ 41, S. 6)*

Die Einschätzung: „Die erschlagende Fülle des Programms brachte es mit sich, daß sich jeder in seiner mitgebrachten Ideenwelt drei Tage lang bewegen konnte, ohne mit anderen Vorstellungen auch nur in Berührung zu kommen ... Es fehlte die kontroverse Diskussion ... Die gemeinsame Stoßrichtung ist noch nicht recht sichtbar" deckt sich überhaupt nicht mit meinem Eindruck des Gesundheitstages.

Für mich war der Gesundheitstag eine Veranstaltung mit dem Charakter einer Volksuniversität, bei der es unwahrscheinlich viel zu lernen gab, wo Ansätze entwickelt wurden, die über die kapitalistischen Verhältnisse hinausweisen.

Es wurden Kenntnisse vermittelt, die für mich als Otto-Normal-Verbraucher völlig neu und sehr hilfreich waren. Z.B.:

– Daß beim Zahnarzt beim Plombieren das Polieren der Füllung in der Kassenleistung inbegriffen ist. Daß aber viele Zahnärzte (meiner auch) das Polieren – weil Extratermin – unter den Tisch fallen lassen, damit aber auch schon die Voraussetzungen für ein erneutes Erkranken des Zahns geschaffen ist.

– Ernährung und Stoffaufnahme der Haut können nur von innen erfolgen. Die Zufuhr von Nährstoffen von außen ist also völlig sinnlos. Teure Vitamincremes wirken also nicht am Ort ihrer Anwendung, sondern im Gesamtorganismus. Auch Haare können nicht von außen ernährt werden. Werbung, die dies verspricht, ist falsch.

– Bei Krebserkrankungen nur auf den Tumor zu starren, ist einseitig. Krebs kann sich nur entwickeln, wenn das Immunsystem des Körpers nicht mehr intakt ist. Das Immunsystem des Körpers wird angegriffen durch falsche Ernährung, unstabile soziale und psychische Verhältnisse, verseuchte Umwelt u.v.m. Eine erfolgversprechende Krebstherapie kann sich deshalb nicht auf „Stahl und Strahl" beschränken, sondern muß ganzheitlich vorgehen, also Ernährung, soziale und psychische Faktoren berücksichtigen.

(...)

Die Breite des Themenangebots fand ich insofern erfreulich, als man feststellen konnte, in wie vielen Bereichen sich etwas tut und neue Überlegungen angestellt werden in bezug auf mehr Nutzen für die Massen. Diese Entwicklung ist doch überhaupt Voraussetzung dafür, daß demnächst speziellere Kongresse stattfinden können, man sich über die Schwerpunkte vereinheitlicht.

Wie kann man dieser erfreulichen Entwicklung die fehlende Stoßrichtung *vorhalten?!*

*U.H., Hamburg*

## Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert rübergerettet

*(zu dem Artikel: „Die sanfte Macht der Familie ..." in KVZ 42/81, S. 2)*

Lieber Genosse Koenen,
wir finden, daß Dein Artikel über die CDA-Bundestagung weit, wirklich weit, hinter den Standpunkt z.B. von Renate Hellwig und Irmgard Blättel (beide CDU) gegen das Blüm-Papier zurückfällt. Was soll das heißen, wenn Du schreibst, die erregtesten Befürworter seines Antrags seien die „anderen weiblichen Delegierten" gewesen? Selber schreibst Du, daß von 421 Delegierten ganze 57 Frauen waren. Das stimmt doch schon merkwürdig. Dann soll es auch noch an denen gelegen haben? Was Blüm dort vorgelegt und verabschieden hat lassen, ist Linie und Programm der CDU. Was soll einen daran groß aufregen? Viel aufregender und interessanter finden wir, daß es immerhin ein paar dort gegeben hat (und wenn Du so willst, waren es von den anwesenden Frauen immerhin mehr als 10%), die sich gegen diese reaktionäre Programmatik gewendet haben. Und Irmgard Blättel ist sicherlich nicht wegen Parteienproporz im DGB-Vorstand.

Sachlich falsch ist es, wenn Du schreibst, daß der Bemerkung eines Delegierten „Renate, ich bedauere, daß Du das Erfolgserlebnis der Mutter noch nicht hattest" wie-

gerettet

*(zu dem Artikel: „Die sanfte Macht der Familie ..." in KVZ 42/81, S. 2)*

Lieber Genosse Koenen,
wir finden, daß Dein Artikel über die CDA-Bundestagung weit, wirklich weit, hinter den Standpunkt z.B. von Renate Hellwig und Irmgard Blättel (beide CDU) gegen das Blüm-Papier zurückfällt. Was soll das heißen, wenn Du schreibst, die erregtesten Befürworter seines Antrags seien die „anderen weiblichen Delegierten" gewesen? Selber schreibst Du, daß von 421 Delegierten ganze 57 Frauen waren. Das stimmt doch schon merkwürdig. Dann soll es auch noch an denen gelegen haben? Was Blüm dort vorgelegt und verabschieden hat lassen, ist Linie und Programm der CDU. Was soll einen daran groß aufregen? Viel aufregender und interessanter finden wir, daß es immerhin ein paar dort gegeben hat (und wenn Du so willst, waren es von den anwesenden Frauen immerhin mehr als 10%), die sich gegen diese reaktionäre Programmatik gewendet haben. Und Irmgard Blättel ist sicherlich nicht wegen Parteienproporz im DGB-Vorstand.

Sachlich falsch ist es, wenn Du schreibst, daß der Bemerkung eines Delegierten „Renate, ich bedauere, daß Du das Erfolgserlebnis der Mutter noch nicht hattest" wie-

hernde Heiterkeit gefolgt sei. Es gab darüber ziemliche Empörung, und zwar im ganzen Saal. Wenn Deine Position dazu wiehernde Heiterkeit ist, dann unterstelle sie nicht der CDA-Konferenz.

„Uff!" Und wieso unterschiebst Du den „ganzen süßen Brei" den vielen Frauen, die CDU wählen? Vielleicht weil Du nicht begriffen hast, daß es für Frauen nicht nur „Zwang zur Lohnarbeit" gibt? Das ist sicherlich für die Mehrheit so. Aber es hat doch auch gleichzeitig den Effekt, daß sie aus dem stupiden Hausfrauendasein rauskommen, die Hausarbeit auf das Notwendigste rationalisieren. Hast Du auch übersehen, daß es sich die Frauen gerade nicht mehr gefallen lassen, für gleiche Arbeit schlechter bezahlt zu werden als die Männer? Denn darauf läßt sich das Problem fast reduzieren, was Du die gehässigsten Seiten der Lohnarbeit für Frauen nennst. „Fast" deshalb, weil uns bekannt ist, daß es immer noch Arbeiten und Tätigkeiten gibt, die Frauen zugemutet werden, die aber kein Mann machen würde. Deine Darstellung über die drei Gehässigkeiten gegenüber den Frauen baut nur künstliche Widersprüche zwischen den Geschlechtern auf, die die Gewerkschaftsbewegung schon lange überwunden hat. Z.B. die Heinze-Frauen, die ja nicht in getrennten Gewerkschaften und ohne Unterstützung der Männer erfolgreich gekämpft haben.

Bei Deiner Bemerkung über den „geringen Dank" für die dreifache Belastung der Frauen kommt uns dann doch schon leicht die Galle hoch. Das mußt Du dir irgendwie aus dem letzten Jahrhundert rübergerettet haben. Für ein herzlicheres Dankeschön läßt sich heutzutage auch nicht mehr die Wäsche und der ganze notwendige Kram auf die Frauen abschieben – aus ganz praktischen Gründen. Kein Wunder, daß Du dann mit leicht trauerndem Unterton feststellst, daß die „freieren partnerschaftlichen Beziehungen" oft brüchiger sind. Das ist wirklich Kitsch hoch drei. Findest Du es nicht günstiger für die „Partner", wenn sie sich ohne größeren Aufstand und Einschaltung von Justiz trennen können, wenn sie das wollen? Ist es nicht so, daß gerade das bürgerliche Familienrecht aus Gründen der „Besitzstandswahrung" und der Altersversorgung Männer und Frauen zusammenzwingt, die *sich* nur noch gegenseitig bekämpfen, anstatt z.B. eine derartige Gesetzgebung? Da finden wir die Renate Hellwig wirklich fortschrittlicher, die in der Debatte und per Antrag darauf gedrängt hat, wenigstens die partnerschaftliche Ehe in das Blüm-Papier zu kriegen und damit die unterdrückerische Festschreibung der Rolle der Frau als Mutter zu verhindern.

Unserer Auffassung nach hatte die ganze CDA-Tagung die Aufgabe, die steigende Arbeitslosigkeit im Verlauf der Krise auf die Frauen in Form von „Mutterglück" abzuwälzen. Daß es bei diesem schlichten Versuch nicht geblieben ist, ist doch erfreulich. Einmal gibt es selbst in der CDU Widerstand dagegen (oder soll man sich darüber nicht freuen?), und zum anderen steht Norbert Blüm, der „CDU-Linke", jetzt endlich mal deutlicher da als das was er ist, ein Reaktionär.

Hättest Du Dir das Ganze nicht so zu Herzen gehen lassen, sondern mehr durch den Kopf, wären vielleicht auch Deine eigenen „Ressentiments gegen das Moderne" dabei auf der Strecke geblieben.

Einschaltung von Justiz trennen können, wenn sie das wollen? Ist es nicht so, daß gerade das bürgerliche Familienrecht aus Gründen der „Besitzstandswahrung" und der Altersversorgung Männer und Frauen zusammenzwingt, die *sich* nur noch gegenseitig bekämpfen, anstatt z.B. eine derartige Gesetzgebung? Da finden wir die Renate Hellwig wirklich fortschrittlicher, die in der Debatte und per Antrag darauf gedrängt hat, wenigstens die partnerschaftliche Ehe in das Blüm-Papier zu kriegen und damit die unterdrückerische Festschreibung der Rolle der Frau als Mutter zu verhindern.

Unserer Auffassung nach hatte die ganze CDA-Tagung die Aufgabe, die steigende Arbeitslosigkeit im Verlauf der Krise auf die Frauen in Form von „Mutterglück" abzuwälzen. Daß es bei diesem schlichten Versuch nicht geblieben ist, ist doch erfreulich. Einmal gibt es selbst in der CDU Widerstand dagegen (oder soll man sich darüber nicht freuen?), und zum anderen steht Norbert Blüm, der „CDU-Linke", jetzt endlich mal deutlicher da als das was er ist, ein Reaktionär.

Hättest Du Dir das Ganze nicht so zu Herzen gehen lassen, sondern mehr durch den Kopf, wären vielleicht auch Deine eigenen „Ressentiments gegen das Moderne" dabei auf der Strecke geblieben.

*Margrit Meyer, Margarete Kochanski, Frankfurt*

# Bonn und das Asyl
# Wir habens getragen sieben Jahr . . .

*Von Osman Pafaoglu*

Was Bonn in der Asylfrage mit der Öffentlichkeit einerseits und den Flüchtlingen andererseits treibt, übersteigt längst das Mittelmaß parlamentarischer Heuchelei, Lüge und Menschenverachtung und ist obendrein Verfassungsbruch. Die Debatte im Bundestag bei 1. Lesung des dritten Asylbeschleunigungsgesetzes hat davon wieder Kostprobe gegeben.

Die Damen und Herren von Regierung und Opposition gehen zum Zwecke der Endlösung des Flüchtlingsproblems mit den Zahlen von 1980 hausieren. Zwar waren es 1980 *relativ* – nämlich im Vergleich zu den frühen siebziger Jahren – viele Flüchtlinge, die Asylanträge gestellt haben. Der hurtig gegen Afghanen, Äthiopier, Bangladeshi, Türken und andere eingeführte Visumzwang brachte 1981 die Zahl der Ankömmlinge auf ein Drittel herunter. Zwar steigen die Zahlen seit Mitte 1981 wieder, aber behutsam wird vertuscht, daß dies auf das Konto der Polen geht, die ohnehin ein Bleiberecht haben. Wo noch größeren Flüchtlingsgruppen die Einreise gelingt, wird gezielt zugeschlagen. Bei den über Ost-Berlin eingereisten Tamilen, die zurückverfrachtet wurden. Bei den Afghanen, die als Transitreisende in Frankfurt den Sprung schafften, wird Transitvisumzwang eingeführt. Da eine Mausefalle aufgestellt, dort eine Ritze gestopft.

Zur Gebetsmühle der Diäten-Pharisäer gehört die „Verfahrensdauer von sechs bis sieben Jahren“. Richtig, die gabs *schon immer*, auch zu einer Zeit, als noch kaum einer übers Asyl sprach. Die Ostblockflüchtlinge seinerzeit wurden ruckzuck anerkannt, andere aber kamen in den Genuß der Rechtsstaatlichkeit – bis viele zermürbt waren und lieber ausreisten oder in die heimatliche Illegalität zurückkehrten.

Jetzt wird, wiederum bei Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, durch das neueste und seit 1978 dritte Asylbeschleunigungsgesetz das Gegenteil gemacht. In Anbetracht der gestiegenden Flüchtlingszahl ist die Zermürbungstaktik nicht mehr am Platze. Jetzt gehts über den Asylbeschleuniger. Wie diese Maschine aussieht? Und wie ihr Motor funktioniert? Beispiel Hessen mit dem Frankfurter Flughafen und seinem neuen Sammellager Eschborn, das offiziell am 1. November eingeweiht wird. Es wird, wenn das neue Gesetz in Kraft ist, so gehen:

Wem die Einreise über den Flughafen gelingt, wer einen Asylantrag im Sinne des Gesetzes stellt, wird mit dem behördlichen Asylbeschleuniger-Bus direkt vom Flughafen über die Autobahn in das Lager gefahren. Er wird ed-behandelt. Er bekommt gegen Ablieferung des Passes ein Papier, in dem steht, daß er im Lager wohnen muß, sich nur im Landkreis Main-Taunus aufhalten darf. Alles ist unter einem Dach: BKA, Bundesamt, Ausländerbehörde, Sozialamt, Alu-Essen, und, falls zur Asylbeschleunigung notwendig, Arzt und Krankenschwester. Für bis zu 500 Flüchtlinge gibt es 4 Pförtner und zwei Sozialarbeiter und einen Kraftfahrer. Der letztere ist wichtig. Denn ein Vertreter des Bundesamtes hat gesagt, er erwarte, daß nach vier Wochen über den Asylantrag bereits entschieden sei. Vielleicht wären es sechs. Dann braucht man den Kraftfahrer, um „die armen Schweine, denen kriminelle Elemente falsche Hoffnungen gemacht haben“ wieder zum Flugplatz zu bringen. Das ist die Prozedur gegen den, wie der Hessische Sozialminister sagt, „Asyltourismus“.

Der Gesetzentwurf, der im Parlament verhandelt wird, ist in zwei Punkten ganz besonders infam. Er autorisiert die Zurückweisung jedes Flüchtlings an der Grenze, der auf seinem Fluchtweg durch ein Land gekommen ist, wo er sich, gleich unter welchen Bedingungen, ohne Furcht vor Abschiebung in seine Heimat hätte aufhalten können. Zum Beispiel: Da die afghanischen Flüchtlinge nicht in Kabul in die Luft und in Frankfurt wieder niedergehen können, sondern über Pakistan fliehen müssen, können sie zurückgewiesen werden, weil sie per *Gesetzesdefinition* gar *keinen Asylantrag* stellen, egal, was sie sagen. Gleiches gilt z.B. für Eritreer, die über den Sudan fliehen. Und noch besonders infam: der gesetzestechnisch gut versteckte *dauernde* Ausschluß einer Arbeitserlaubnis für Asylbewerber, die nicht irgendwann anerkannt werden.

Die CDU/CSU will über den Bundesrat den Entwurf zu Fall bringen. Das Verfahren sei nicht genug beschleunigt. Nur in einem ist sich das Parlament einig: „Artikel 16 Grundgesetz darf nicht ausgehöhlt werden.“



Innenminister Maihofer war 1978 unter anderem darüber gestolpert und gestürzt, sein Nachfolger machte sich ans Ordnen: Gemeint ist die Praxis des Bundesgrenzschutzes, für Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz an den Grenzen Ausweispapiere zu fotografieren oder Daten anderweitig festzuhalten. Aber, obwohl von Baum von vornherein verurteilt, liegt erst jetzt, nach mehr als drei Jahren, eine neue Dienstanweisung vor, die am 1. November in Kraft tritt und vorerst für ein Jahr zur Probe gelten soll. Nach wir vor aber sollen Pässe mit Visa von Ostblockstaaten fotografiert werden, SED-Funktionäre oder sonstige Personen, die in Funktion bei Partei und Staat der DDR stehen gemeldet werden und alle die Grenzgänger gemeldet werden, die im Verdacht stehen, der DKP oder SDAJ oder wem auch immer angehören. Nach wie vor genug „Meldefälle“.

# Alternative Liste in Kreuzberg

**Nicht nur die Besetzung des Baustadtratsposten mit Orlowski (AL) zeigt positive Folgen / Schwerpunkt im Bereich Schulwesen**

*bes. Westberlin.* Nach einigen Wochen kann man schon ein gewisses Resümee über die Politik der AL in der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ziehen. Mit sieben Vertretern, davon fünf Mitglieder der AL, zog die AL nach ihrem Stimmenanteil von 16% in Kreuzberg in die BVV ein. Die BVV ist das Bezirksparlament in Westberlin. Nachdem mit der SPD mehr oder weniger die Wahl des Volksbildungsstadtrates mit AL-Stimmen abgesprochen war, hatte die SPD dem nichts mehr gegenüberzustellen, daß

Die Kompetenzen des Baustadtrates liegen auch bei der Stadtplanung und im Tiefbauamt. Allerdings kann z.B. mit den neuen Sparbeschlüssen der CDU-Regierung manches Projekt ins Wasser fallen. So z.B. der alte Wasserturm, der als Jugendfreizeitheim umgestaltet werden sollte, oder das geplatzte Freizeitbad Spreewaldplatz, was seit zig Jahren von den Parteien versprochen wird.

Meines Erachtens muß bei der BVV-Arbeit der AL-Fraktion besonders positiv hervorgehoben werden,

heitsstadtrat quer. Personalfragen wurden meistens mit Geschäftsordnungsanträgen (die BVV darf keine Personalfragen diskutieren, schon gar nicht über Leute, „die von der AL in die Schule eingeschleust werden könnten“) niedergebügelt. Trotzdem wurde aufgrund einer Anfrage der AL eine Personalstelle an einer anderen Hauptschule kurze Zeit später ordentlich besetzt, die bis dahin nur mit Zeitverträgen gefüllt war. Mehrere Anträge befassen sich mit dem Problem der „fliegenden Klassenzimmer“, wo selbst der

# Haushaltskrise immer tiefer

**Jetzt auch höhere Versicherungsbeiträge / Im DGB werden Kundgebungen vorbereitet**

*frb.* Die Wirtschaftskrise reißt auch die öffentlichen Haushalte immer tiefer in die Krise. Ständig waren etwa aus dem Wirtschaftsministerium in den letzten Monaten beschönigende Beruhigungspillen über die Wirtschaftslage zu hören. Zu Recht müssen Meinungsmacher und Politiker fürchten, daß die wirtschaftliche Krise zur politischen umschlägt. Nun hat die Wirklichkeit wieder einmal die Prognosen eingeholt, und da auf diesen rosaroten Prognosen der Haushaltsplan für das kommende Jahr aufgebaut war, mußte nun auch der Haushalt 1982 noch vor seiner Verabschiedung neu geschrieben werden.

Man erinnert sich, Anfang September war ein Platzen der Koalition über dem ersten Haushaltsentwurf nur dadurch verhindert worden, daß FDP und SPD ihre Vorbehalte zu Protokoll gaben. Die FDP wollte die Kürzung des Arbeitslosengeldes erneut aufs Tapet bringen, sollte die Arbeitslosigkeit höher steigen als damals unterstellt. Die SPD wollte bei einer weiteren Ver-

0,25%. Neuerlich also muß die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung diskutiert werden. Denn weshalb soll jede Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu einer Lohnsenkung führen, wenn damit bloß die Kapitalisten ihre Lohnkosten senken wollen?

Auch über eine Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen wird erneut diskutiert, über die Abschaffung des Steuersplittings oder über den Rüstungshaushalt. Alles Themen, deren breite Behandlung peinlich werden könnte. Die Furcht in Bonn ist groß geworden, weil sich die Unruhe in den Gewerkschaften nicht mehr zurückhalten läßt. Noch vor der für den 12./13. November geplanten 2. und 3. Lesung der Haushaltsgesetze im Bundestag werden die Gewerkschaften in verschiedenen Städten öffentliche Kundgebungen durchführen. Und zwar sind es nicht mehr nur die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die bisher vielfach den Vorreiter spielten. Jetzt ruft der DGB auf. Es ist praktisch das er-

ne Mausefalle aufgestellt, dort eine Ritze gestopft.

Zur Gebetsmühle der Diäten-Pharisäer gehört die „Verfahrensdauer von sechs bis sieben Jahren“. Richtig, die

behörde, Sozialamt, Alu-Essen, und, falls zur Asylbeschleunigung notwendig, Arzt und Krankenschwester. Für bis zu 500 Flüchtlinge gibt es 4 Pförtner und zwei Sozialarbeiter und einen

desrat den Entwurf zu Fall bringen. Das Verfahren sei nicht genug beschleunigt. Nur in einem ist sich das Parlament einig: „Artikel 16 Grundgesetz darf nicht ausgehöhlt werden.“

Alternative Liste in Kreuzberg

Nicht nur die Besetzung des Baustadtratsposten mit Orlowski (AL) zeigt positive Folgen / Schwerpunkt im Bereich Schulwesen

*bes. Westberlin.* Nach einigen Wochen kann man schon ein gewisses Resümee über die Politik der AL in der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ziehen. Mit sieben Vertretern, davon fünf Mitglieder der AL, zog die AL nach ihrem Stimmenanteil von 16% in Kreuzberg in die BVV ein. Die BVV ist das Bezirksparlament in Westberlin. Nachdem mit der SPD mehr oder weniger die Wahl des Volksbildungsstadtrates mit AL-Stimmen abgesprochen war, hatte die SPD dem nichts mehr gegenüberzustellen, daß mit SPD-Stimmen der Baustadtrat an Werner Orlowsky für die AL vergeben wurde. Die meisten Kreuzberger Bezirksverordneten der AL kommen mehr oder weniger aus der Mieterbewegung. So war auch Orlowsky lange Zeit Betroffenenvertreter am Kottbusser Tor, wo er eine Drogerie besitzt. Dort macht er auch heute noch mit seinen Kunden oder mit Betroffenen der Sanierungspolitik so manchen Gesprächskreis. Er ist zudem auch im Vermittlerkreis bei den Hausbesetzern tätig.

Den Baustadtratsposten wollte die AL schon allein deshalb haben, um einen gewissen Informationsvorsprung zu haben. Es wurde nicht davon ausgegangen, was nur juristisch möglich ist, denn da ist der Baustadtrat im Prinzip an die Weisungen des Senats gebunden, sondern um einerseits eine gewisse Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, und andererseits hat er schon z.B. die Verweigerungsbefugnis gegen Abrissgenehmigungen. Die Mieterräte äussern sich über die Besetzung des Ressorts Bau durch die AL auch positiv.

Eine Abrißverweigerung ist auch erst einmal ein gewisser Zeitgewinn, da die Abrißgenehmigung auf jeden Fall erst einmal verzögert wird. Mit dem neuesten BVV-Beschluß (mit Stimmen der SPD und AL) wurde von Seiten der BVV vom Senat eine noch größere Information über bevorstehende Räumungen verlangt. Auch das Konzept einer „Gesamtlösung“, wo in Kreuzberg ein Sonderausschuß mit den Betroffenen gegründet wurde, wurde von Herrn v. Weizsäcker abgelehnt. (Siehe auch KVZ 42, wo über diesen Beschluß ausführlich berichtet wurde.)

Die Kompetenzen des Baustadtrates liegen auch bei der Stadtplanung und im Tiefbauamt. Allerdings kann z.B. mit den neuen Sparbeschlüssen der CDU-Regierung manches Projekt ins Wasser fallen. So z.B. der alte Wasserturm, der als Jugendfreizeitheim umgestaltet werden sollte, oder das geplatzte Freizeitbad Spreewaldplatz, was seit zig Jahren von den Parteien versprochen wird.

Meines Erachtens muß bei der BVV-Arbeit der AL-Fraktion besonders positiv hervorgehoben werden, daß fast alle Anträge der AL und die der anderen Parteien vorher mit den Mitgliedern im Bezirk diskutiert werden. Schon einige Anträge sind von Mitgliedern abgelehnt worden und mußten zurückgezogen werden.

Die bisher wesentlichen Anträge der AL in Kreuzberg sind im Bereich Schulwesen gestellt worden. Die Schulmisere stellt sich in Kreuzberg besonders kraß, und da die SPD in 12 Bezirken auch heute noch sieben Volksbildungsstadträte stellt (dieser Stadtrat hat die meisten Kompetenzen), kann man zudem nicht gerade behaupten, daß die Laurien allein die Schulpolitik in Westberlin macht.

Die Situation an den Hauptschulen ist gekennzeichnet durch Raummangel, Lehrermangel, Mittelmangel und einem erstarkenden Widerstand seitens der Lehrer und der GEW in Zusammenarbeit mit den Schülern und Eltern. An der Freiligrath-Hauptschule haben die Lehrer im Freien unterrichtet, da noch gebaut wurde. Ihnen wurden disziplinarische Maßnahmen angekündigt, worauf die AL eine BVV-Sondersitzung einberufen hatte. Ihr Antrag gegen die Disziplinierung, sofortige Raumbeschaffung, indem der ansässige Schulzahnarzt aus der Schule auszieht in Räume des Bezirksamtes, und für beschleunigte Baumaßnahmen, damit der Unterricht gefahrenlos fortgesetzt werden kann, wurde von den Parteien CDU und SPD abgelehnt, mit dem Auftrag an das Bezirksamt, sofort Räume zu beschaffen. Kurze Zeit später stellte die SPD den Antrag auf Auszug der Praxis des Schulzahnarztes aus dem Schulgebäude. Dies ist auch beschlossen worden, nur stellt sich jetzt der CDU-Gesundheitsstadtrat quer. Personalfragen wurden meistens mit Geschäftsordnungsanträgen (die BVV darf keine Personalfragen diskutieren, schon gar nicht über Leute, „die von der AL in die Schule eingeschleust werden könnten“) niedergebügelt. Trotzdem wurde aufgrund einer Anfrage der AL eine Personalstelle an einer anderen Hauptschule kurze Zeit später ordentlich besetzt, die bis dahin nur mit Zeitverträgen gefüllt war. Mehrere Anträge befassen sich mit dem Problem der „fliegenden Klassenzimmer“, wo selbst der Tagesspiegel schreibt, daß der Hauptschulabschluß in Gefahr sei, weil es sogar Schulen gibt, deren Schüler Strassen weiter Unterricht haben und sie müssen von Stunde zu Stunden durch Kreuzberg reisen.

Nach dem Polizeiüberfall am Chamissoplatz (bei einem Stadtteilfest wurden zahlreiche Leute durch Polizeiknüppel verletzt, selbst der Wirt einer SPD-Stammkneipe wurde nicht verschont) stellte die SPD Kreuzberg beschlußmäßig fest, daß dieser Polizeieinsatz nicht den verhältnismäßigen Mitteln entsprach und forderte eine Überprüfung des Einsatzbefehls. Daher mag wohl auch bei dem neuesten Beschluß die Betonung auf Hinzuziehung der gewählten Organe des Bezirks bei Polizeieinsätzen liegen.

Nach einigen Wochen Politik in der BVV seit der Neuwahl kann man sagen, daß die parlamentarische Arbeit, gestützt auf die ausserparlamentarische (die sowieso wichtiger ist, gerade innerhalb eines Bezirks) schon Fortschritte macht. Selbst wenn man davon ausgeht, daß viele Anträge entweder nicht vom Ältestenrat auf die Tagesordnung gesetzt werden, in den Ausschuß verwiesen oder per Geschäftsordnung abgebügelt werden, ist es so, daß zumindest die SPD sich nach manchen Anträgen hingesetzt und überlegt hat, welche Teile sie davon später übernimmt. Und dies ist ja auch schon etwas. Die AL wird aber auf jeden Fall eine Menge von der Versiertheit der bürgerlichen Politiker (allein vom Sachverstand bei speziellen Angelegenheiten), die immer gute Argumente zur Hand haben, lernen müssen. Dazu soll auch die Einrichtung von speziellen Arbeitsgruppen dienen, die die Fraktion in ihrer Arbeit unterstützen sollen.

Im DGB werden Kundgebungen vorbereitet

*frb.* Die Wirtschaftskrise reißt auch die öffentlichen Haushalte immer tiefer in die Krise. Ständig waren etwa aus dem Wirtschaftsministerium in den letzten Monaten beschönigende Beruhigungspillen über die Wirtschaftslage zu hören. Zu Recht müssen Meinungsmacher und Politiker fürchten, daß die wirtschaftliche Krise zur politischen umschlägt. Nun hat die Wirklichkeit wieder einmal die Prognosen eingeholt, und da auf diesen rosaroten Prognosen der Haushaltsplan für das kommende Jahr aufgebaut war, mußte nun auch der Haushalt 1982 noch vor seiner Verabschiedung neu geschrieben werden.

Man erinnert sich, Anfang September war ein Platzen der Koalition über dem ersten Haushaltsentwurf nur dadurch verhindert worden, daß FDP und SPD ihre Vorbehalte zu Protokoll gaben. Die FDP wollte die Kürzung des Arbeitslosengeldes erneut aufs Tapet bringen, sollte die Arbeitslosigkeit höher steigen als damals unterstellt. Die SPD wollte bei einer weiteren Verschlechterung der Lage ihrerseits die Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm erneuern. Doch obwohl die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung nun überdeutlich revidiert werden mußten, haben die beiden Regierungsparteien auf eine neuerliche Kraftprobe verzichtet. Zu groß ist ihnen offenbar die Gefahr, die Kontrolle über die politische Diskussion zu verlieren.

Einschneidendster Punkt neben weiteren Streichungen beim BAFöG und bei der Arbeitslosenversicherung ist sicherlich die Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung um weitere 0,5% auf 4%. Im Unterschied zur zunächst vorgesehenen Verlagerung von Beitragsgeldern der Renten- zur Arbeitslosenversicherung bringt diese Erhöhung eine direkte Senkung der Nettolöhne um den halben Satz, nämlich 0,25%. Neuerlich also muß die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung diskutiert werden. Denn weshalb soll jede Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu einer Lohnsenkung führen, wenn damit bloß die Kapitalisten ihre Lohnkosten senken wollen?

Auch über eine Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen wird erneut diskutiert, über die Abschaffung des Steuersplittings oder über den Rüstungshaushalt. Alles Themen, deren breite Behandlung peinlich werden könnte. Die Furcht in Bonn ist groß geworden, weil sich die Unruhe in den Gewerkschaften nicht mehr zurückhalten läßt. Noch vor der für den 12./13. November geplanten 2. und 3. Lesung der Haushaltsgesetze im Bundestag werden die Gewerkschaften in verschiedenen Städten öffentliche Kundgebungen durchführen. Und zwar sind es nicht mehr nur die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die bisher vielfach den Vorreiter spielten. Jetzt ruft der DGB auf. Es ist praktisch das erstemal, daß die DGB-Gewerkschaften zu Aktionen aufrufen, die sich unmittelbar gegen die von der SPD geführte Bundesregierung richten.

## Veranstaltungen

**Dortmund**
Öffentliche Mitgliederversammlung des Bezirks Dortmund des KBW. Dortmund-Nette, Netter Hof, Dörwer Straße
*Sonntag*, 1. November 1981, 10.00 Uhr

**Freiburg**
Öffentliche Mitgliedervesammlung des Bezirks Südbaden des KBW.
*Freitag*, 30. Oktober 1981, 20.00 Uhr;Gasthaus Walfisch
*Samstag*, 31. Oktober 1981, 14.00 Uhr; Gasthaus Bakepeter

**Kommunistische Volkszeitung**

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

**Redaktion.** Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

# Kongreß „Alternativen Europäischer Friedenspolitik“

## Widersprüche und Ansätze zum Fortschritt in der Friedensbewegung

*kea. Westberlin.* Vom 23. bis 25. Oktober fand in Westberlin der Kongreß „Alternativen Europäischer Friedenspolitik“ statt. Veranstalter waren der „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa“ und der „Friedensarbeitskreis der Undogmatischen Jusos“.

### Eklat auf der Eröffnungsveranstaltung – Hintergründe

Die Eröffnungsveranstaltung, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Atomwaffenfreies Europa – eine mögliche Aktionsperspektive?“, kam über einleitende Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer nicht hinaus. Kongreßgegner verschiedener politischer Richtungen verhinderten durch ein Pfeifkonzert und Sprechchöre gegen die Podiumsteilnehmer Karsten Voigt (MdB/SPD) und Hans-Jochen Vogel (Fraktionsvorsitzender der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus) die weitere Diskussion. Zeitweise wurde das Podium besetzt, Farbeier und Klopapierrollen flogen durch die Luft. Wie kam es dazu?

Bereits im Vorbereitungsstadium des Kongresses hatten Teile des Westberliner „Informationskreis Frieden“ (ein Koordinationstreffen von ca. 100 Gruppen der Friedensbewegung oder sie unterstützenden Organisationen) eine stärkere Einbeziehung der „autonomen Friedensorganisationen“ und eine zeitliche Verlegung des Kongresses verlangt, da sie die Gefahr einer Instrumentalisierung der Friedensbewegung für SPD-Zwecke sahen. Diese Befürchtungen hatten insofern eine Grundlage, als ein Teil der Veranstalter in dem Kongreß durchaus die Möglichkeit gesehen haben dürfte, der in der Friedensfrage manövrierunfähig gewordenen SPD eine Bresche in die Friedensbewegung zu schlagen, was von führenden SPD-Politikern auch so verstanden wurde und sich in finanzieller und organisatorischer Unterstützung des Kongresses durch die SPD ausdrückte.

Die Vorgänge auf der Eröffnungsveranstaltung erklären sich aus dem Zusammenwirken von Vorbehalten innerhalb der Friedensbewegung gegenüber einer so verstandenen Kongreß-Konzeption mit der besonderen politischen Situation in Westberlin und der Rolle, die die SPD darin spielt. Die Ablehnung, auf die Vogel bei vielen Teilnehmern stieß, hat z.B. etwas zu tun mit dem Zurückziehen seines Mißtrauensantrags gegen Innensenator Lummer nach dem Tod des Demonstranten Klaus Jürgen Rattay. Gleichzeitig ist noch nicht vergessen, daß Vogel u.a. als ehemaliger Bundesjustizminister mit Verantwortung trägt am Ausbau der Hochsicherheitstrakte, am Kontaktsperregesetz und am Tod der Stammheimer RAF-Häftlinge. Es drängt sich aber die Vermutung auf, daß diejenigen, die bei der Eröffnungs-

Grundlage, als ein Teil der Veranstalter in dem Kongreß durchaus die Möglichkeit gesehen haben dürfte, der in der Friedensfrage manövrierunfähig gewordenen SPD eine Bresche in die Friedensbewegung zu schlagen, was von führenden SPD-Politikern auch so verstanden wurde und sich in finanzieller und organisatorischer Unterstützung des Kongresses durch die SPD ausdrückte.

Die Vorgänge auf der Eröffnungsveranstaltung erklären sich aus dem Zusammenwirken von Vorbehalten innerhalb der Friedensbewegung gegenüber einer so verstandenen Kongreß-Konzeption mit der besonderen politischen Situation in Westberlin und der Rolle, die die SPD darin spielt. Die Ablehnung, auf die Vogel bei vielen Teilnehmern stieß, hat z.B. etwas zu tun mit dem Zurückziehen seines Mißtrauensantrags gegen Innensenator Lummer nach dem Tod des Demonstranten Klaus Jürgen Rattay. Gleichzeitig ist noch nicht vergessen, daß Vogel u.a. als ehemaliger Bundesjustizminister mit Verantwortung trägt am Ausbau der Hochsicherheitstrakte, am Kontaktsperregesetz und am Tod der Stammheimer RAF-Häftlinge. Es drängt sich aber die Vermutung auf, daß diejenigen, die bei der Eröffnungs-

veranstaltung das Podium besetzten und eine Erklärung zur Unterstützung des Hungerstreiks in der Neuköllner Sonderhaftanstalt für Drogenabhängigkeit verlesen wollten, bestimmten politischen Kräften innerhalb des „Informationskreis Frieden“ zumindest gelegen kamen. Als dann in der Erklärung der Podiumsbesetzer, die hauptsächlich von RAF-Ideologie bestimmt war, der Havemann-Brief an Breschnew folgendermaßen kritisiert wurde: „Darin wird die Sowjetunion ebenfalls für die Hochrüstung verantwortlich gemacht – und so die Verantwortung gleichermaßen auf Ost und West verteilt; es ist der Versuch, die Friedensbewegung in eine antikommunistische Richtung zu lenken“, konnten sogar DKP-Anhänger Beifall klatschen.

### Die Stärken des Kongresses

Die Widersprüchlichkeit der Kongreß-Konzeption, nämlich Alternativen europäischer Friedenspolitik als Perspektiven der existierenden Friedensbewegung diskutieren zu wollen, unter gleichzeitiger Einbeziehung von SPD-Politikern wie Vogel und Voigt, die nicht nur nicht zur Friedensbewegung zählen, sondern sogar genau die Regierungslinie vertreten, die von der Friedensbewegung angegriffen wird, machte aber gleichzeitig eine Stärke des Kongresses aus. Auf der Eröffnungsveranstaltung hätte es gelingen können, und in einigen Arbeitsgruppen am folgenden Tage ist es teilweise gelungen, eine direkte politische Auseinandersetzung zwischen verantwortlichen SPD-Politikern, bzw. deren Positionen und wissenschaftlich fundierten Positionen der Friedensbewegung zustandezubringen, und das unter nicht geringer Anwesenheit einfacher SPD-Mitglieder, was auf die Meinungs- und Mehrheitsbildung in der Gesamt-SPD nicht ohne Wirkung bleiben kann.

Eine weitere Stärke des Kongresses war die Teilnahme von Vertretern der Friedensbewegung aus anderen europäischen Ländern, was zur Festigung der Verbindungen in der europäischen Friedensbewegung beigetragen hat.

### Stellungnahmen auf der Eröffnungsveranstaltung

Im mit fast 4000 Teilnehmern überfüllten Audimax der TU wies Erwin Beck von der Internationalen Liga für Menschenrechte in seiner Einleitungsrede auf die Bedeutung der organisierten Arbeiterbewegung für den Kampf um den Frieden hin. Unter großem Beifall rief er aus: „Uns fehlen noch die jungen Arbeiter, wir müssen sie gewinnen, damit wir siegriech sind für den Frieden!“

Johann Galtung begrüßte namens der norwegischen Friedensbewegung den Kongreß und sagte, daß es sehr wichtig sei, in ganz Europa Sitzungen wie diese durchzuführen. Galtung führte aus, daß es verschiedene Schritte gebe, die auf dem Weg der Abkoppelung von den Supermächten zur Blockfreiheit führten. Er differenzierte dabei nach verschiedenen Ländern, die sich in einem je verschiedenen Status befänden. Zwischen der strikten Blockeinbindung der Bundesrepublik und einer Neutralität nach dem Beispiel der Schweiz oder Schwedens gebe es noch verschiedene Stadien der Lockerung, was man an den Niederlanden und Dänemark oder Rumänien und Griechenland sehen könne. Galtung plädierte für eine neue Verteidigungskonzeption unabhängiger europäischer Staaten, die eine Kombination aus defensiver militärischer Verteidigung, Formen nichtmilitärischer Verteidigung und dem Guerilla-Prinzip darstellen müsse.

General a.D. Bastian ging darauf ein, daß der Kongreß in der Gefahr stehe, als SPD-Veranstaltung verstanden zu werden, was ihn als Vertreter des Krefelder Appells aber nicht hindere, daran teilzunehmen, da er die Möglichkeit sehe, Druck auf die SPD auszuüben. Im weiteren kritisierte Bastian den Vorschlag Willy Brandts für eine

wichtig sei, in ganz Europa Sitzungen wie diese durchzuführen. Galtung führte aus, daß es verschiedene Schritte gebe, die auf dem Weg der Abkoppelung von den Supermächten zur Blockfreiheit führten. Er differenzierte dabei nach verschiedenen Ländern, die sich in einem je verschiedenen Status befänden. Zwischen der strikten Blockeinbindung der Bundesrepublik und einer Neutralität nach dem Beispiel der Schweiz oder Schwedens gebe es noch verschiedene Stadien der Lockerung, was man an den Niederlanden und Dänemark oder Rumänien und Griechenland sehen könne. Galtung plädierte für eine neue Verteidigungskonzeption unabhängiger europäischer Staaten, die eine Kombination aus defensiver militärischer Verteidigung, Formen nichtmilitärischer Verteidigung und dem Guerilla-Prinzip darstellen müsse.

General a.D. Bastian ging darauf ein, daß der Kongreß in der Gefahr stehe, als SPD-Veranstaltung verstanden zu werden, was ihn als Vertreter des Krefelder Appells aber nicht hindere, daran teilzunehmen, da er die Möglichkeit sehe, Druck auf die SPD auszuüben. Im weiteren kritisierte Bastian den Vorschlag Willy Brandts für eine

sogenannte „Null-Lösung“. Der Vorschlag sei für die Sowjetunion unannehmbar und führe deshalb als westliche Verhandlungsposition mit Sicherheit zur Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. Außerdem verschleiere der Begriff „Null-Lösung“, daß das bereits bestehende strategische Nuklearpotential von dieser Lösung ausgenommen werden und weiter bestehen soll.

Wim Bartels, Sekretär des Interkirchlichen Friedensrates der Niederlande, gab der Überzeugung Ausdruck, daß die niederländische Friedensbewegung ihr Ziel, die Niederlande völlig frei von Atomwaffen zu machen, erreichen werde. Sehr großen Beifall erhielt Bartels für den Ausspruch: „Wir fangen an, die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen, und wir fangen an in den Niederlanden.“ Er wünschte der deutschen Friedensbewegung, daß sie hier dasselbe Ziel erreicht und sprach die Einladung aus, an der nächsten großen Friedensdemonstration der Niederlande in Amsterdam teilzunehmen.

Claude Bourdet, Präsident des französischen Friedensrates und Mitglied der PSU, beschrieb die Schwierigkeiten der französischen Friedensbewegung, nachdem seit 1977 durch die SPF und die KPF die Ablehnung der französischen Atombewaffnung aufgegeben wurde. Bourdet wies darauf hin, daß in weiten Teilen der französischen Öffentlichkeit die europäische Friedensbewegungen als pazifistische Schwärmerei dargestellt wird. Daß Mitterrand heute „vom nationalen Standpunkt Frankreichs aus“ die „force de frappe“ für notwendig hält, führte Bourdet „auf völlige Unkenntnis der tatsächlichen Sachverhalte und falsche Zahlen“, die teilweise aus dem westdeutschen Verteidigungsweißbuch stammten, zurück.

Rudolf Bahro, Vertreter der Russell-Peace-Foundation und der Grünen Partei, sagte, daß weder die „Kanzler-Partei, die den Nachrüstungsbeschluß stütze“, der Friedensbewegung angehöre, „noch die prosowjetische Position, die gleichzeitig die Friedensbewegung lobt und einen bevorstehenden Einmarsch in Polen rechtfertigt“. Gleichzeitig werde aber die Friedensbewegung nicht ohne die Teilnahme von sehr vielen Sozialdemokraten Erfolg haben.

Hans-Jochen Vogel, der nach der ersten Podiumsbesetzung zusammen mit Karsten Voigt den Saal verlassen hatte, kehrte später auf das Podium zurück und verlas unter Sprechchören wie „Vogel raus“ und „Vogel Mörder“ seine Rede. Kaum zu verstehen wiederholte Vogel dabei im wesentlichen Positionen Egon Bahrs, die dieser in seinen 10 Thesen zum „Forum Frieden“ der SPD* aufgestellt hatte. Der NATO-Doppelbeschluß wurde so begründet, daß wenn die Bundesregierung ihre Zustimmung zum Stationierungsteil des Beschlusses zurückziehe, die USA dann auch an den Verhandlungsteil nicht mehr gebunden seien und das Wettrüsten dann von beiden Supermächten aus weitergehe.

Vor dem Abbruch der Veranstaltung wurde noch der Eingang von zwei Grußadressen aus der DDR mitgeteilt. Die eine von Robert Havemann und die andere vom DDR-Friedensrat.

### Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Am Samstag, dem zweiten Kongreßtag, wurden dann in Arbeitsgruppen verschiedene Aspekte der Friedenspolitik behandelt. Über 1500 Teilnehmer beteiligten sich an 13 Arbeitsgruppen mit unterschiedlicher Themenstellung. Im folgenden gebe ich Auszüge eines Teils der mündlichen Berichte wieder, wie sie auf dem Abschlußplenum am Sonntag gegeben wurden.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit den Ursachen des Scheiterns der Friedensbewegung der 50er Jahre beschäftigte, kam zu folgenden Schlußfolgerungen. Die heutige Friedensbewegung hat keinerlei Grund zur Euphorie, da große gegenläufige Bewußtseinsströmungen in der Bevölkerung dann entstehen können, wenn gravierende wirtschaftliche Ereignisse eintreten und äußere politische Veränderungen als Bedrohung empfunden werden. Die Friedensbewegung muß ihre Selbständigkeit bewahren gegenüber dem Eigeninteresse politischer Parteien und Gruppierungen; sie darf sich nicht von solchen Organisationen instrumentalisieren lassen, sondern muß in diese Organisationen hineinwirken. Die Friedensbewegung muß „den Zusammenhang zwischen sozialer Abrüstung und militärischer Aufrüstung“ begreifen und dadurch ihre Argumentation gegenüber der Bevölkerung vertiefen.

Die AG, die sich mit den Internationalen Krisenherden und der Neuorientierung der US-Sicherheitspolitik befaßte, kam zu keinem einheitlichen Ergebnis. Vertreten wurde, daß eine Verlagerung des Kriegsschauplatzes von der Dritten Welt auf Europa stattfindet und daß die aktuelle Situation gekennzeichnet sei durch die Bemühung der USA zur „Wiederherstellung der Dominanz des US-Kapitals“. Auf Widerspruch stieß die folgende Aussage eines Referenten: „Selbst wenn die Sowjetunion ein Polizeistaat wäre, wäre für sie ein Atomkrieg keinesfalls das angemessene Mittel.“ Als gemeinsamer Nenner wurde das Ziel der europäischen Blockfreiheit festgehalten.

Folgende Überlegungen kamen aus der Arbeitsgruppe „Alternativen europäischer Sicherheitspolitik am Beispiel Skandinaviens, Österreichs und Jugoslawiens“. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen dem Begriff der Neutralität, als passiver Politik des Heraushaltens aus einem Krieg, und der Blockfreiheit, was aktive Bekämpfung der Kriegsgefahr durch eine demokratische Außenpolitik bedeutet. Die Politik der Blockfreiheit ist aktiv gegen die Vorherrschaft der Supermächte gerichtet und unterstützt die Unabhängigkeitsbestrebungen aller Länder, insbesondere der Dritten Welt, und zwar in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht und auf allen internationalen Ebenen.

Die Arbeitsgruppe „Frauen für den Frieden“ stellte fest, daß sie zumindest von den Veranstaltern „unterschätzt“ worden war. Über 150 Teilnehmerinnen mußten sich erst einen anderen Tagungsraum suchen, da der vorgesehene zu klein war. Die Arbeitsgruppe hat einen Offenen Brief an die Regierungschefs in Ost und West ausgearbeitet, in dem u.a. folgende Forderungen aufgestellt werden: globale und totale atomare Abrüstung, einseitige Abrüstungsschritte im Vertrauen auf Gegenseitigkeit; die Bundesregierung soll die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen nicht zulassen, d.h. „Rückzug der Unterschrift unter den ersten Teil des Nato-Doppelbeschlusses, damit der zweite Teil wirksam werden kann“. Als Kampfmaßnahmen der Frauen gegen die Kriegsvorbereitungen wurde angekündigt: „Passiver und aktiver Widerstand gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, Boykottmaßnahmen in der Familie, Steuerboykott, Streik, Verweigerung jeder Mitarbeit bei der Vorbereitung des Ernstfalls mit dem Gesundheitssicherstellungsgesetz.

* Abgedruckt im Materialband „Alternativen Europäischer Sicherheitspolitik“, der von den Kongreßveranstaltern herausgegeben wurde. Diese empfehlenswerte Sammlung friedenspolitischer Dokumente und Aufsätze verschiedener Standpunkte kostet bei Einzelabnahme 17 DM, bei Abnahme von 5 Exemplaren je 12 DM und bei Abnahme von 10 Exemplaren je 10 DM. Bezug über: Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, Friedrichshallerstr. 17, 1000 Berlin 33. Lieferung gegen Vorauszahlung auf das Konto: Rudolf Steinke, Postscheckkonto Berlin (West) 291 39 - 108

rungsteil des Beschlusses zurückziehe, die USA dann auch an den Verhandlungsteil nicht mehr gebunden seien und das Wettrüsten dann von beiden Supermächten aus weitergehe.

Vor dem Abbruch der Veranstaltung wurde noch der Eingang von zwei Grußadressen aus der DDR mitgeteilt. Die eine von Robert Havemann und die andere vom DDR-Friedensrat.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Am Samstag, dem zweiten Kongreßtag, wurden dann in Arbeitsgruppen verschiedene Aspekte der Friedenspoli-

Dominanz des US-Kapitals“. Auf Widerspruch stieß die folgende Aussage eines Referenten: „Selbst wenn die Sowjetunion ein Polizeistaat wäre, wäre für sie ein Atomkrieg keinesfalls das angemessene Mittel.“ Als gemeinsamer Nenner wurde das Ziel der europäischen Blockfreiheit festgehalten.

Folgende Überlegungen kamen aus der Arbeitsgruppe „Alternativen europäischer Sicherheitspolitik am Beispiel Skandinaviens, Österreichs und Jugoslawiens“. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen dem Begriff der Neutralität, als passiver Politik des

* Abgedruckt im Materialband „Alternativen Europäischer Sicherheitspolitik“, der von den Kongreßveranstaltern herausgegeben wurde. Diese empfehlenswerte Sammlung friedenspolitischer Dokumente und Aufsätze verschiedener Standpunkte kostet bei Einzelabnahme 17 DM, bei Abnahme von 5 Exemplaren je 12 DM und bei Abnahme von 10 Exemplaren je 10 DM. Bezug über: Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, Friedrichshallerstr. 17, 1000 Berlin 33. Lieferung gegen Vorauszahlung auf das Konto: Rudolf Steinke, Postscheckkonto Berlin (West) 291 39 - 108

Vorschlag für Aktionen anläßlich des Breschnew-Besuchs

Den folgenden Vorschlag für einen Aufruf zu einer Demonstration und/oder Kundgebung in Bonn am 22. November 1981 anläßlich des Breschnew-Besuchs haben „Die Grünen“ (Bundesvorstand), Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Alternative Liste (AL) Berlin, Initiative der Bertrand-Russell-Friedensstiftung und Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, Berlin vorgelegt.

Vom 23. – 25. November wird der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew die Bundesrepublik be-

die zunehmende Verbreitung von Atomreaktoren und das Wachstum der sie betreibenden Industrien die welt-

tiven im anderen Teil Europas:
– die Forderung der evangelischen Kirche in der DDR nach einem sozialen Friedensdienst
– die Forderung der polnischen Gewerkschaft Solidarność nach Senkung der Rüstungsausgaben auf ein Mindestmaß
– den von Robert Havemann initiierten Offenen Brief.
All diese Initiativen zeigen, daß eine blockübergreifende Friedensbewegung möglich ist. Dies ist für uns von besonderer Bedeutung, weil gerade die Ost-

# Vorschlag für Aktionen anläßlich des Breschnew-Besuchs

**Den folgenden Vorschlag für einen Aufruf zu einer Demonstration und/oder Kundgebung in Bonn am 22. November 1981 anläßlich des Breschnew-Besuchs haben „Die Grünen“ (Bundesvorstand), Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Alternative Liste (AL) Berlin, Initiative der Bertrand-Russell-Friedensstiftung und Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, Berlin vorgelegt.**

Vom 23. – 25. November wird der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew die Bundesrepublik besuchen.

Wir nehmen dies zum Anlaß, der Bevölkerung öffentlich deutlich zu machen, daß Abrüstung und die Verwirklichung der Menschenrechte in Ost und West notwendig sind.

Diese Initiative richtet sich nicht gegen den Besuch von Leonid Breschnew, denn wir begrüßen Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen.

Dieser Besuch fällt in eine Zeit, in der die westdeutsche Friedensbewegung ohne Vorbedingung dafür eintritt, daß keine neuen Atomraketen der USA in unserem Land stationiert werden und der Nachrüstungsbeschluß der NATO aufgekündigt wird.

Anläßlich des Breschnew-Besuchs wenden wir uns aber auch an die Regierung der UdSSR mit der Forderung, die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen.

Wir glauben nicht an die NATO-Lüge, nach der eine sowjetische „Vorrüstung“ durch eine amerikanische „Nachrüstung“ zu korrigieren wäre. Unabhängig davon aber stellen wir fest, daß sowjetische Mittelstreckenraketen heute auch die westeuropäischen Länder bedrohen, in denen bisher keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der NATO erleichtert, die Psychologie des Wettrüstens in der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Atomare Abrüstung einseitig zu beginnen, gilt in West und Ost, denn sonst kann sich jede Seite immer mit dem Hinweis auf die andere herausreden.

Seit über 25 Jahren findet zwischen den Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt ein gigantisches Wettrüsten statt. Hinzu kommt, daß durch die zunehmende Verbreitung von Atomreaktoren und das Wachstum der sie betreibenden Industrien die weltweite Verbreitung von Atomwaffen und das Risiko einer atomaren Auseinandersetzung ständig wachsen.

Solange unser Widerstand gegen den atomaren Rüstungswahnsinn auf einen Block beschränkt bleibt, kann der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden. In diesem Sinne wenden wir uns gegen das System der atomaren „Abschreckung“ in Ost und West und treten ein für ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal. Dies wird in dem Maße möglicher, indem die Staaten Europas ihre Souveränität gegenüber den „Führungsmächten“ durchsetzen. In diesem Zusammenhang treten wir ein für den Abzug aller fremden Turppen aus Ost- und Westeuropa.

Leonid Breschnew besucht die Bundesrepublik in einer Zeit, in der die Regierung der UdSSR – ähnlich wie 1968 in der CSSR – mit Interventionsdrohung gegen die polnischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vorgeht.

Wir aber müssen das Recht des polnischen Volkes unterstützen, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Nach wie vor stehen sowjetische Truppen in Afghanistan. Sie verletzen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und wir verurteilen dies genauso, wie wir uns andererseits auch gegen jegliche Einmischung der USA, z.B. in El Salvador, wenden. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und fordern den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan!

Frieden und Abrüstung sind im Osten und im Westen auf den Druck von unten und die damit verbundene gegenseitige Unterstützung angewiesen. Mit unserem Protest unterstützen wir auch die friedenspolitischen Initiativen im anderen Teil Europas:
– die Forderung der evangelischen Kirche in der DDR nach einem sozialen Friedensdienst
– die Forderung der polnischen Gewerkschaft Solidarność nach Senkung der Rüstungsausgaben auf ein Mindestmaß
– den von Robert Havemann initiierten Offenen Brief.

All diese Initiativen zeigen, daß eine blockübergreifende Friedensbewegung möglich ist. Dies ist für uns von besonderer Bedeutung, weil gerade die Ost-West-Konfrontation beide deutsche Staaten zur Aufmarschbasis und zur nuklearen Speerspitze des jeweiligen Blocks gemacht hat. Die Friedensbewegung darf sich auf die Verhandlungen zwischen Regierungen nicht mehr verlassen. Der Graben zwischen Ost und West kann nur von unten zugeschüttet werden. Das erfordert ungehinderten Meinungs- und Informationsaustausch der Friedensbewegungen und die Durchsetzung von Grund- und Menschenrechten in Ost und West! Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem Osten oder Westen, sondern untereinander loyal zu sein!

*Die Grünen, Bundespartei*
*Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz*
*Alternative Liste (AL) Berlin*
*Initiative der Bertrand-Russell-Friedens-Stiftung (westdeutsche Unterstützer)*
*Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa (Berlin)*

Wir werden in Bonn am Sonntag, den 22.11., öffentlich protestieren. Dort wie auch auf der anschließenden Veranstaltung werden u.a. namhafte Vertreter der oppositionellen Bewegung aus Ost und West sprechen. Zur Unterstützung dieses Vorschlags (geht auch schriftlich) sowie der endgültigen Beratung und Planung der Aktivitäten laden wir alle Initiativen und Organisationen zu einem abschließenden Treffen ein.

Ort: Köln, „Severinstorburg“/ Chlodwigplatz
Datum: 1. November 1981
Kontakt: Landesgeschäftsstelle der Grünen NRW, Oberbilkerallee 17, 4000 Düsseldorf; Tel. 0221/343021

### Holländische Sozialisten gegen Nato-Beitritt Spaniens

*kvz.* Auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei der Arbeit (PVDA) in Den Haag bekräftigten die niederländischen Sozialdemokraten ihre Ablehnung des Nato-Doppelbeschlusses. In diesem Zusammenhang stellten sie fest, daß ein Antrag Spaniens auf Beitritt zur Nato abgelehnt werden müsse, da eine Erweiterung des Bündnisses unvereinbar sei mit den Bemühungen um Entspannung und Frieden. Der Parteitag verlangte, daß die Niederlande ggf. durch ihr Veto einen NATO-Beitritt Spaniens blockieren müßten.

### Norwegische Spendenaktion für Widerstand in Afghanistan

*kvz.* Das überparteiliche Komitee für Afghanistan-Hilfe in Norwegen hat eine landesweite Kampagne zur Sammlung von Spenden für die Unterstützung der Flüchtlinge und Widerstandskämpfer des sowjetisch besetzten Landes eingeleitet. In einer „Operation Tageswerk" sollen die norwegischen Oberschüler durch irgendeine Arbeit einen normalen Tageslohn aufbringen. Das Komitee, das über 60 örtliche Ausschüsse und Kontaktgruppen aller politischen Strömungen von Oslo bis ans Nordkap zusammenfaßt, hat bislang schon im Vergleich mit anderen skandinavischen Ländern einiges erreicht. Auf seine Initiative konnte ein Moujahedin auf dem Kongreß der LO-Gewerkschaftsdachorganisation im Mai auftreten, was zu Spendenbeträgen von weit über 100000 DM führte. Eine Vortragsreise von Vertretern des afghanischen Widerstands von Tromsö bis Oslo im letzten Winter und ihr Auftreten im Fernsehen hatten der Afghanistan-Hilfe das erste größere Echo verschafft.

### Warnstreik in ganz Polen Provokationen von rechts

*gek.* Unmittelbar nach dem einstündigen Generalstreik vom Mittwoch ist das Zentralkomitee der PVAP zu einer erneuten Plenumssitzung zusammengetreten. Der Streik ist im ganzen Land befolgt worden, mit Ausnahme derjenigen Versorgungsbetriebe – von Krankenhäusern bis zu Kraftwerken –, die ausdrücklich ausgenommen waren. Streikziel war, eine direktere Kontrolle der Gewerkschaft über die Lebensmittelverteilung zu erhalten, um die Desorganisation, die sich aus der starren Beibehaltung des zentral-bürokratischen Verteilungssystems ergibt, zu bekämpfen. Trotz Appellen des Gewerkschaftsvorstandes haben 300000 Arbeiter ihre selbständigen unbefristeten Streiks fortgesetzt. – Die Regierung hat militärische Sondereinheiten im ganzen Land ausschwärmen lassen, um das zusammengebrochene Verteilungssystem wiederherzustellen. Zugleich soll es eine Demonstration sein. Konkrete Schritte, im Sejm die Ausrufung des Kriegsrechts zu verhängen, bis Oslo im letzten Winter und ihr Auftreten im Fernsehen hatten der Afghanistan-Hilfe das erste größere Echo verschafft.

### Warnstreik in ganz Polen Provokationen von rechts

*gek.* Unmittelbar nach dem einstündigen Generalstreik vom Mittwoch ist das Zentralkomitee der PVAP zu einer erneuten Plenumssitzung zusammengetreten. Der Streik ist im ganzen Land befolgt worden, mit Ausnahme derjenigen Versorgungsbetriebe – von Krankenhäusern bis zu Kraftwerken –, die ausdrücklich ausgenommen waren. Streikziel war, eine direktere Kontrolle der Gewerkschaft über die Lebensmittelverteilung zu erhalten, um die Desorganisation, die sich aus der starren Beibehaltung des zentral-bürokratischen Verteilungssystems ergibt, zu bekämpfen. Trotz Appellen des Gewerkschaftsvorstandes haben 300000 Arbeiter ihre selbständigen unbefristeten Streiks fortgesetzt. – Die Regierung hat militärische Sondereinheiten im ganzen Land ausschwärmen lassen, um das zusammengebrochene Verteilungssystem wiederherzustellen. Zugleich soll es eine Demonstration sein. Konkrete Schritte, im Sejm die Ausrufung des Kriegsrechts zu verhängen, sind jedoch bisher nicht unternommen. Dafür mehren sich die offensichtlichen Provokationen von rechts: nach den Vorfällen letzter Woche in Kattowitz jetzt ein Säureanschlag auf eine Bergarbeiter-Versammlung. – Neue Veränderungen in der Parteiführung werden erwartet. An ihnen wird man die politische Richtung vielleicht am deutlichsten ablesen können.

### Mubaraks Aufruf bleibt noch leeres Wort

*kvz.* Die ägyptische Regierung hat bekanntgegeben, daß sie einen Geheimplan der Moslembrüder entdeckt habe, in dem die Beseitigung der gesamten Staatsspitze einschließlich einiger Führer der Opposition die Machtübernahme der Bruderschaft vorbereiten sollte. Unterdessen gehen die Verhaftungen weiter, bisher sollen insgesamt 15000 gefangengenommen worden sein. Über 200 Offiziere und Soldaten sind aus der Armee entlassen worden. Diese Schritte sind bis jetzt jedoch ohne entsprechende Zeichen in Richtung der liberalen und linken Opposition erfolgt, so daß der neue ägyptische Präsident den Aufruf zur nationalen Einheit, den er bei der ersten Rede nach seiner Wahl an sie richtete, noch nicht eingelöst hat. Die Freilassung der linken und liberalen Oppositionellen, die Sadat bei seiner Razzia vom 2.9. verhaftet hatte, ihre Beteiligung an der politischen Macht ist aber der einzige Weg, um die nationale Einheit nicht nur zu beschwören, sondern um sie auch zu verwirklichen und die Gefahr, die von der Bruderschaft ausgeht, zu bekämpfen.

### Demonstrationen in Seoul

*kvz.* Studenten und Oberschüler forderten in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul in einer der größten Kundgebungen der vergangenen Monate den Rücktritt der Regierung des erzreaktionären Staatspräsidenten Chin Tu Hwan. 38 Studenten wurden festgenommen. Die Demonstranten riefen zu weiteren Demonstrationen gegen die Regierung auf anläßlich des zweijährigen Jahrestages der Bewegung gegen den Diktator Park Chung Hee, die diesen zu Fall gebracht hatte.

### Forderung nach Beendigung der vietnamesischen Aggression

*kvz.* Die UNO-Generalversammlung hat am 21. Oktober erneut ihre Forderung nach Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea bekräftigt und die Ergebnisse der internationalen Kampuchea-Konferenz in New York bestätigt. Lediglich 25 Staaten, die Sowjetunion, Vietnam und die eng mit ihnen verbundenen Länder, stimmten gegen die Resolution, 100 stimmten dafür. Das sind 3 Stimmen mehr als bei der entsprechenden Abstimmung im vorigen Jahr, 9 mehr als bei der ersten Abstimmung in der Generalversammlung vor 2 Jahren. Die Generalversammlung beschloß, zu einem geeigneten Zeitpunkt erneut eine internationale Kampuchea-Konferenz einzuberu-

derten in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul in einer der größten Kundgebungen der vergangenen Monate den Rücktritt der Regierung des erzreaktionären Staatspräsidenten Chin Tu Hwan. 38 Studenten wurden festgenommen. Die Demonstranten riefen zu weiteren Demonstrationen gegen die Regierung auf anläßlich des zweijährigen Jahrestages der Bewegung gegen den Diktator Park Chung Hee, die diesen zu Fall gebracht hatte.

### Forderung nach Beendigung der vietnamesischen Aggression

*kvz.* Die UNO-Generalversammlung hat am 21. Oktober erneut ihre Forderung nach Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea bekräftigt und die Ergebnisse der internationalen Kampuchea-Konferenz in New York bestätigt. Lediglich 25 Staaten, die Sowjetunion, Vietnam und die eng mit ihnen verbundenen Länder, stimmten gegen die Resolution, 100 stimmten dafür. Das sind 3 Stimmen mehr als bei der entsprechenden Abstimmung im vorigen Jahr, 9 mehr als bei der ersten Abstimmung in der Generalversammlung vor 2 Jahren. Die Generalversammlung beschloß, zu einem geeigneten Zeitpunkt erneut eine internationale Kampuchea-Konferenz einzuberu-fen und das Thema wieder auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen.

# Nord-Süd-Gipfel endet mit magerem Ergebnis

## Keinerlei substantielle Zugeständnisse an Entwicklungsländer

*lup.* Begeistert äußerte sich nach dem Gipfeltreffen der 22 Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister in Cancun fast nur der amerikanische Außenminister. Der Gipfel hätte sich als „riskantes Abenteuer erweisen können", sei aber dann doch „außerordentlich erfolgreich" abgelaufen. Tatsache ist, daß die USA letztenendes ganz gut weggekommen sind, obwohl sie ihre unnachgiebige Haltung gegenüber den wesentlichen Forderungen der Entwicklungsländer offen zur Schau getragen haben. Originalton Reagan: Warum sollen wir eine Weltwirtschaftsordnung ändern, die uns allen so gute Dienste geleistet hat? Die Chefs der mittleren kapitalistischen Industrieländer waren da, wenn auch nur in den Formulierungen, schon zurückhaltender.

Die Abschlußerklärung des Treffens ist mager. Sie lautet: „... daß die Staats- und Regierungschefs ihre Übereinstimmung bestätigen, daß sie mit Dringlichkeit einen Konsens in den Vereinten Nationen unterstützen wollen, Globalverhandlungen durchzuführen, auf einer gemeinsam abgestimmten Basis und unter Umständen, die einen bedeutenden Fortschritt erwarten lassen und der Dringlichkeit des Themas entsprechen. Einige Länder bestanden darauf, daß die Zuständigkeit der Sonderorganisationen nicht beeinträchtigt wird." Der letzte Satz bezieht sich offenbar ausdrücklich auf die amerikanische Position, die die über die UN-Sonderorganisationen laufenden Verhandlungen für einen geeigneten Rahmen hält, während die Entwicklungsländer wiederholt kritisiert haben, daß die Aufspaltung des Gegenstandes einer neuen Weltwirtschaftsordnung in verschiedene Teilbereiche wirkliche Fortschritte nur erschwert. Im übrigen enthält er auch eine Anspielung auf die Rolle der von den Industrieländern dominierten Weltbank. Ansonsten läuft die Abschlußerklärung darauf hinaus, daß – Dringlichkeit hin oder her – Globalverhandlungen erst nach einem Konsens aller Beteiligten stattfinden können, ihr Zustandekommen durch die USA also nach wie vor jederzeit blockiert werden kann.

Amerikanische Vorbedingungen für Globalverhandlungen sind, wie Reagan feststellte: Die Gespräche müssen sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren, vornehmlich die Liberalisierung des Welthandels, die Verbesserung des Investitionsklimas und die Erhöhung der Energie- und Nahrungsproduktion. Kompetenz und Aufgaben internationaler Organisationen wie der Weltbank

beeinträchtigt wird." Der letzte Satz bezieht sich offenbar ausdrücklich auf die amerikanische Position, die die über die UN-Sonderorganisationen laufenden Verhandlungen für einen geeigneten Rahmen hält, während die Entwicklungsländer wiederholt kritisiert haben, daß die Aufspaltung des Gegenstandes einer neuen Weltwirtschaftsordnung in verschiedene Teilbereiche wirkliche Fortschritte nur erschwert. Im übrigen enthält er auch eine Anspielung auf die Rolle der von den Industrieländern dominierten Weltbank. Ansonsten läuft die Abschlußerklärung darauf hinaus, daß – Dringlichkeit hin oder her – Globalverhandlungen erst nach einem Konsens aller Beteiligten stattfinden können, ihr Zustandekommen durch die USA also nach wie vor jederzeit blockiert werden kann.

Amerikanische Vorbedingungen für Globalverhandlungen sind, wie Reagan feststellte: Die Gespräche müssen sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren, vornehmlich die Liberalisierung des Welthandels, die Verbesserung des Investitionsklimas und die Erhöhung der Energie- und Nahrungsproduktion. Kompetenz und Aufgaben internationaler Organisationen wie der Weltbank und des IWF müssen gewahrt bleiben, neue Institutionen sollen nicht gegründet werden. Die Gespräche müssen die Förderung eines weltweiten Wirtschaftswachstums zum Ziel haben, und sie müssen in einer „Atmosphäre der Zusammenarbeit" geführt werden, in der es zu keiner „Polarisierung der Ansichten" kommen dürfe. Die Länder der 3. Welt hatten im Gegensatz dazu gefordert, der „globale Dialog" müsse nach einem präzise festzulegenden Stufenplan im Rahmen der UNO geführt werden und an bereits gefaßten Beschlüssen der UNO, die zumindest teilweise den Interessen der Entwicklungsländer entsprechen, anknüpfen.

Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang hatte auf dem Gipfeltreffen einen 5-Punkte-Vorschlag vorgelegt, der die wesentlichen Vorschläge und Forderungen der Entwicklungsländer berücksichtigte. Den Entwicklungsländern müsse aktive Unterstützung bei dem Aufbau ihrer Volkswirtschaften gegeben werden, damit sie wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen und kollektive Selbstbetätigung praktizieren können. Die bestehende internationale Wirtschaftsordnung müsse so umgestaltet werden, daß sie den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Vernunft, der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens genüge. Eine neue Weltwirtschaftsordnung müsse eng mit den brennendsten Fragen der Entwicklungsländer koordiniert werden. Dabei hätten die Entwicklungsländer das Recht, daß die Entwicklungsstrategien ihren Bedürfnissen angepaßt würden. Die Industriestaaten dürften nicht interne Reformen der Entwicklungsländer zur Vorbedingung für eine neue Weltwirtschaftsordnung erheben. Und schließlich müßten die Nord-Süd-Verhandlungen ernsthaft darauf abzielen, dem wirtschaftlichen Status der Entwicklungsländer im Interesse eines Wachstums der gesamten Weltwirtschaft und des Weltfriedens zu dienen.

Zuvor schon hatte die chinesische Presse das Interesse Chinas als eines Entwicklungslandes an einem erfolgreichen Ausgang dieser Verhandlungen bekundet und dabei vor allem die Weigerung der Sowjetunion kritisiert, sich diesem Forum zu stellen. Die Sowjetunion erkläre zwar ständig, nicht sie habe die Reichtümer der Entwicklungsländer geraubt und ihre Völker ausgeplündert, sondern ausschließlich die kapitalistischen Industrienationen des Westens, demzufolge könne sie mit diesen auch keine gemeinsame Verantwortung für die ökonomischen Schwierigkeiten dieser Länder tragen. Tatsächlich mache sich die Sowjetunion nicht weniger als andere Industrienationen die ungerechte Weltwirtschaftsordnung auf Kosten der Entwicklungsländer zu Nutzen. Sie leiste die niedrigste Entwicklungshilfe, die dann auch noch mit unerträglichen Betrügereien und Auflagen verbunden sei.

Zur Position der USA hatte die Nachrichtenagentur Xinhua von dem Gipfeltreffen erklärt: Die Erklärung Reagans, die USA wollten an führender Stelle dazu beitragen, das Leben der Bürger der Entwicklungsländer zu verbessern, sei leeres Gerede, solange die USA daran festhielten, ihre ohnehin im Verhältnis geringe Entwicklungshilfe weiter zu senken und im übrigen den Entwicklungsländern nicht mehr zu bieten als die Forderung nach Liberalisierung des Handels und der Freiheit der Privatinvestitionen.



Recht, daß die Entwicklungsstrategien ihren Bedürfnissen angepaßt würden. Die Industriestaaten dürften nicht interne Reformen der Entwicklungsländer zur Vorbedingung für eine neue Weltwirtschaftsordnung erheben. Und schließlich müßten die Nord-Süd-Verhandlungen ernsthaft darauf abzielen,

verbessern, sei leeres Gerede, solange die USA daran festhielten, ihre ohnehin im Verhältnis geringe Entwicklungshilfe weiter zu senken und im übrigen den Entwicklungsländern nicht mehr zu bieten als die Forderung nach Liberalisierung des Handels und der Freiheit der Privatinvestitionen.



Eines der Vorzeigeprojekte im Jahresbericht der Weltbank. Die Änderung der Stimmrechtsverhältnisse in dieser Einrichtung und im Währungsfonds steht hinter der Forderung nach Globalverhandlungen.

# Die KPI zur internationalen Politik der Sowjetunion

*hah.* Am 5. Oktober hielt der Leiter des KPI-Instituts für Studien der internationalen Politik, Ledda, im ZK der KPI ein Referat über Probleme des Friedens, der Abrüstung, des Nord-Süd-Verhältnisses, das auf ZK-Beschluß offizielles Dokument der KPI wurde. Die wichtigsten Positionen: Bei weltweit wachsender Kriegsgefahr und wirtschaftlicher Krise keine Störung des Gleichgewichts zwischen Ost und West durch einseitige Maßnahmen, deshalb weder Austritt Italiens aus der NATO noch Eintritt Spaniens in die NATO; gleichgewichtige Demontage der Mittelstreckenraketen in Ost und West, Ablehnung des Comiso-Beschlusses; Abrüstung (auch konventionell) bis auf ein Niveau, das nur noch der Defensive dient; selbständige Beteiligung Europas an allen Abrüstungsverhandlungen, gerade auch über die Mittelstreckenraketen; engere Beziehungen eines selbständigeren Europas zu den Ländern der Dritten Welt. Neu ist die Einschätzung der Außenpolitik der UdSSR: Während bisher z.B. der Einmarsch in Afghanistan zwar scharf verurteilt wurde, aber nur als „Fehler" oder „Irrtum", wird er nun einerseits als Konsequenz einer (ohne explizite Verwendung dieses Begriffs) imperialistischen Konzeption der sowjetischen Außenpolitik erklärt. Daß diese Konzeption immer noch als Folge einer fehlerhaften Einschätzung der Weltlage durch die sowjetische Führung erscheint, die Frage ihrer *inneren* Triebkräfte aber nicht aufgeworfen wird, ist die Schranke dieser Analyse. Wir bringen Auszüge aus dem Ledda-Referat.

*

„... Ein rein ideologischer Zugang zu dieser vielgestaltigen Realität und zu ihren vielfältigen Tendenzen (in der Welt, d. Red.) nützt wenig. Es gibt kein Weiß und Schwarz, wozwischen zu wählen wäre ... Ich sage das, weil es immer noch starken Druck von der einen und anderen Seite gibt, unkritisch mit eindeutigen Urteilen und gläubigen Stellungnahmen über die Ursachen der Krise und die Antworten auf sie Partei zu ergreifen ..."

Ledda weist die Auffassung zurück, die UdSSR habe in der Welt die militärische Vormacht errungen. „Das Neue der letzten zehn Jahre ist in Wirklichkeit, daß die UdSSR mit den USA in der militärischen Fähigkeit gleichgezogen hat, in jedem Teil der Welt global einzugreifen ... Unsere Kritik an der UdSSR ist eine andere und betrifft ihre Außenpolitik in den letzten Jahren. Am Ende des Vietnamkrieges stand ein Neu-Überdenken und eine Krise in den USA, ein vorsichtigeres, weniger aggressives Verhalten, das vor direkten Interventionen zurückschreckte, und eine beginnende Reflexion über ein Zurückschrauben der amerikanischen Politik in der Welt. Der Anfang der Carter-Regierung stand auf unklare, unsichere, widersprüchliche Weise unter diesem Zeichen ...

Es ist zu fragen, ob die Sowjetunion diesen Moment in ihren Beziehungen zu den USA verstanden hat. Und allgemeiner: ob sie den größeren Spielraum für politische Initiativen verstanden hat, der durch die dynamischen Auswirkungen der amerikanischen Niederlage in Vietnam eröffnet wurde. Ich denke vor allem an zwei Fakten. Die Bedeutung, die von neuem die Blockfreiheit bekam, und die Wende, die in den Nord-Süd-Beziehungen mit konkreten Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Weltordnung stattfand. Die Möglichkeit, wieder eine umfassende Entspannungspolitik in Gang zu bringen, die einerseits die deutliche Stagnation des Entspannungsprozesses, der sich in diesen Jahren nur auf den militärischen Bereich reduzierte, andererseits die ebenfalls deutlich gewordenen Grenzen einer Entspannungskonzeption, die sich allein auf Zweier-Abkommen reduzierte, überwunden hätte.

Es ist zu fragen, ob dieses Unverständnis die UdSSR nicht zu einer Außenpolitik führte, die immer weniger Vertrauen in politische Initiativen setzte – die letzte große Initiative war die Helsinki-Konferenz von 1975 –, um stattdessen dem Instrumentarium der Stärke den Vorzug zu geben, neue Positionen zu erringen und den Einflußbereich ausdehnen zu wollen; wobei das militärische Stärkeverhältnis und Militärbündnisse oft an die Stelle selbständiger Entwicklungs- und Befreiungsprozesse gesetzt werden. Ob es mit anderen Worten nicht zu einer Linie der Machtpolitik, der Konsolidierung und Ausdehnung des eigenen politisch-militärischen Blocks als dem überwiegenden und sicheren Instrument internationaler Initiative geführt hat. Womit sie einer Logik verhaftet blieb, die in der Intervention in Afghanistan gipfelte, welche nicht wenig zur Verschlechterung der internationalen Beziehungen beitrug, zu einer weiteren Krise der Entspannung, zu ernsten Schwierigkeiten für die Blockfreiheit, bis hin zur Unterhöhlung der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und der Gesamtheit der unterentwickelten Länder, die eine der positiven Charakteristika der Nachkriegszeit darstellten.

... Die Gründe hierfür können vielfältig sein: alte Auswirkungen der Einkreisung, die Schärfe des Bruchs mit China und die Angst vor einer Politik zur Isolierung der UdSSR, der offene Versuch, die UdSSR aus der Krise im Nahen Osten auszuschließen, die Abnutzung des Entspannungsprozesses, der in den USA schon seit Beginn der 70er Jahre bekämpft wird. Aber das darf uns nicht von einem Urteil über die Verantwortung der UdSSR für die gegenwärtige Krise abhalten ..."

# USA oder SU – das ist nicht die Frage . . .

**Die Krise im Sudan ist nur zum Teil auf die äußere Bedrohung durch Libyen zurückzuführen**

*chm.* Zu den letzten politischen Entscheidungen des ermordeten ägyptischen Präsidenten Sadat gehört der Beschluß, den Sudan militärisch gegen eine drohende libysche Intervention zu unterstützen. Zwar hatte Sadat auch Somalia und Oman in sein Hilfsangebot einbezogen, aber von vitalem Interesse für Ägypten ist der Sudan. In der sudanesischen Hauptstadt Khartum fließen der Blaue Nil, der in den abbessinischen Bergen entspringt, und der Weiße Nil, dessen Quelle der Viktoria See ist, zusammen, um den Nil zu bilden, bis heute Existenzgrundlage der 43 Mio. Ägypter. Seit eh und je ist aus dieser natürlichen Gegebenheit heraus die Geschichte Ägyptens eng mit der Geschichte des Sudans verbunden, die Parole von der „Einheit des Niltales“ ist eine Parole sowohl der ägyptischen als auch der sudanesischen Nationalbewegung im Kampf gegen den britischen Kolonialismus gewesen.

### Der Sudan – das größte afrikanische Land

Der Sudan ist aber auch ein afrikanisches Land, das mitten im Spannungsfeld zwischen Äthiopien, Eritrea, Somalia, Kenia, Uganda, Libyen und den seit vergangenem November von Libyen besetzten Tschad liegt. Es ist auch ein sehr armes Land, in die Kategorie der unterentwickeltsten Länder der Erde eingestuft, beladen mit regionalen Spaltungslinien durch das Vorhandensein mehrerer Völkerschaften, Stämme und Religionsgemeinschaften auf seinem Territorium. Insgesamt sind die Völkerschaften auf 600 Stämme verteilt. Der Süden des Sudan ist im Vergleich zum Norden sehr unterentwickelt. Erst nach einem langen Bürgerkrieg gelang es der Anya-Naya-Bewegung im Jahre 1972, die Zentralregierung zu zwingen, dem Südsudan eine weitgehende Verwaltungsautonomie zu gewähren.

Daß der Sudan im Schnittpunkt mehrerer afrikanischer Konflikte liegt, beschert ihm weitere Probleme: Jahrelang war er durch den Krieg zwischen Somalia und Äthiopien betroffen, bei dem es um Somalias Versuch ging, die von Äthiopien im 19. Jh. annektierte Provinz Ogaden, in der Somalis leben, zurückzuerobern. Tausende von somalischen Flüchtlingen überquerten damals die äthiopische Grenze in den Sudan. Das gleiche mit Eritrea: Zur Zeit leben mindestens 500000 eritreische Flüchtlinge im Sudan, auf der Flucht vor dem Ausrottungskrieg, den Äthiopien gegen die eritreische Befreiungsbewegung führt. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf 4 Mio. geschätzt – bei einer Bevölkerung von knapp 18 Mio. Bei einer internationalen Konferenz, die der Sudan veranstaltete, wurde der Betrag an Soforthilfe, den es benötigt, um die dringlichsten Probleme der Flüchtlinge zu lösen, auf 250 Mio. Dollar beziffert. Gespendet wurden auf der Konferenz 25 Mio. Dollar.

### Die Flüchtlinge aus dem Tschad – Ergebnis der libyschen Invasion

Die letzte Runde im langwierigen tschadischen Bürgerkrieg, der seit Jahren tobt, wurde durch Libyen entschieden: Libysche Truppen marschierten vergangenen Dezember in die tschadische Hauptstadt Ndjamena ein und besetzten sie für den jetzigen Präsidenten Goukoni Oueddei gegen dessen Gegner Hisseni Habré. Habrés stark dezimierte Truppen überquerten die Grenze zum Sudan, mit ihnen Tausende tschadischer Flüchtlinge. Die an Tschad grenzende Provinz Kordofan wurde ihre Operationsbasis gegen Oueddei und die libyschen Truppen, wobei sowohl Ägypten als auch der Sudan sie mit Waffen beliefern. Durch Libyens Anwesenheit im Tschad fühlt sich der Sudan durch zwei Staaten, in denen die Sowjetunion über beträchtlichen Einfluß verfügt, in den Würgegriff genommen, Libyen und Äthiopien. Als am 23.9. libysche Flugzeuge die Grenzgebiete zum Tschad hin bombardierten, wurde diese Bedrohung akut und Sudan wandte sich um Hilfe an Ägypten, mit dem es seit Mitte der 70er Jahre durch ein Verteidigungsbündnis verbunden ist. Libyens Ziel ist meiner Meinung nach weniger eine Invasion gegen den Sudan oder gar gegen Ägypten – letzteres ist lächerlich, angesichts einer libyschen Armee von 35000 Mann und des ägyptischen Kontingents von 100000 Mann, ein Fünftel der ägyptischen Streitkräfte, das an der libysch-ägyptischen Grenze stationiert ist. Libyens Ziel ist vielmehr die Schaffung eines entvölkerten Grenzstreifens zwischen Tschad und dem westlichen Sudan, um den Truppen Habrés die bäuerliche Basis zu entziehen. Dieses Ziel scheint es erreicht zu haben, denn nach der Erklärung des sudanesischen Verteidigungsministers, Abdel Maguid, haben die Bombardements am 14. Oktober aufgehört. Der Flüchtlingsstrom allerdings noch nicht.

### Die Krise im Sudan ist nicht nur durch äußere Bedrohung verursacht

Kennzeichnend für die politische Struktur des Sudan ist die unumschränkte Macht des Präsidenten: Er ist Staatsoberhaupt, die einzige Exekutivgewalt, der Oberkommandierende von Armee und Sicherheitskräften, er ernennt alle Richter und höheren Beamten, er ist der Hüter der Verfassung und kann als solcher jederzeit, wenn er „die Errungenschaften des Volkes bedroht“ *glaubt* (Art. 11), den Notstand ausrufen. Das bedeutet Auflösung des Parlaments, Beschränkung der persönlichen Freiheitsrechte und mittels Dekreten regieren, die Gesetzeskraft haben. Diesen Fall von nationalem Notstand sah Numeiry seit seinem Putsch von 1969 einige Male als gegeben an: 1971, als eine Gruppe von linken Offizieren, gestützt auf eine breite Bewegung vor allem unter den Landarbeitern in dem fruchtbarsten Baumwollanbaugebiet des Sudans, der Gezira, und auf die Gewerkschaftsbewegung in den Städten, unterstützt von den Studenten der fünf Universitäten des Landes, gegen ihn putschte. Nur mit libyscher und ägyptischer militärischer Unterstützung gelang es ihm damals, den Putsch niederzuschlagen. Er nutzte die Gelegenheit des „Nationalen Notstandes“ aus, um die Führer der kommunistischen Partei und die Gewerkschaftsführung niederzumetzeln. Mit ihnen fielen Tausende von Arbeitern und Bauern den Massakern zum Opfer.

Seitdem sind zwar immer wieder Meutereien in der Armee vorgekommen, aber sie scheint doch mehrheitlich, neben dem Beamtenapparat, die wichtigste Stütze des Regimes zu sein.

Die Probe auf die Loyalität der Armee war der von Libyen tatsächlich inszenierte Putschversuch vom Jahre 1976, als 2000 Mitglieder der islamischen Ansar-Organisation*, in Libyen trainiert und bewaffnet, die Grenze überquerten. Ihr Führer, Sadiq el-Mahdi residierte in Libyen und führte von dort aus eine sog. „Nationale Front“.

Nach der Niederschlagung dieses Putschversuches unternahm Numeiry einen Versuch, sich mit Sadiq el-Mahdi zu einigen. Dieser kehrte in den Sudan zurück, beteiligte sich auch an Numeirys Kabinett. Da aber Numeiry der Ansar-Organisation das Betreten des sudanesischen Territoriums verbot, verließ el-Mahdi den Sudan wieder in Richtung Libyen.

### Ein Jahr der Mißerfolge für Numeiry

Nach einer zeitweiligen Kritik an der Sadatschen Politik der Aussöhnung mit Israel suchte Numeiry unter dem Druck der Zangenbewegung von Libyen und Äthiopien wieder engeren Anschluß an Ägypten. Voraussetzung dafür war, daß er sich außenpolitisch auf




Ägyptens Seite stellt und sich unter die Fittiche der USA begibt. Beides, gekoppelt mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage – Inflationsrate von 30%, schlechte Baumwollernte, dem wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnis, vor allem für den Export, – flammten die Massenkämpfe wieder auf. In der Gezira kam es zu ausgedehnten Bauernaufständen Anfang des Jahres, wo erst der Einsatz der Armee ihre Wucht vorübergehend brechen konnte. Mitte Mai streikten die 43000 Arbeiter und Angestellten der sudanesischen Eisenbahngesellschaft, der praktisch einzigen Verbindung zwischen den weitläufigen Landesteilen. Sie forderten höhere Löhne, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Entlassung von 36 ihrer Kollegen, die unter der Anklage des Umsturzversuches verhaftet worden waren. Dem Streik schlossen sich die Hotelbeschäftigten und die Angestellten der Schiffahrtsgesellschaft an. Numeiry gab öffentliche Erklärungen ab, in denen er den Streikenden mit der Todesstrafe drohte, war aber gezwungen, auf die Forderungen einzugehen. Kaum war dieses Problem gelöst, da traten die Richter in den Streik. Numeiry sah den nationalen Notstand für gegeben, löste das Parlament auf, auch die Provinzparlamente wurden aufgelöst. In den Wahlen, die in einigen Monaten stattfinden sollen, wird die Zahl der Abgeordneten auf die Hälfte reduziert. Von der Auflösung der Regionalparlamente ist vor allem der Süden betroffen. Das dort mühsam erreichte Gleichgewicht zwischen den Stämmen ist davon bedroht. Neue Auseinandersetzungen der Stämme untereinander und mit der Zentralregierung kündigen sich an.

### Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben?

Numeiry erklärte kürzlich, die Sowjetunion breite sich „wie ein Krebsgeschwür“ in Afrika aus, nur die andere Supermacht, die USA, sei in der Lage, ihr entgegenzutreten. Ersteres ist zweifellos richtig, die Schlußfolgerung daraus ist aber mit Sicherheit falsch, wie man am Beispiel Ägypten sieht, wo die Ersetzung der Hegemonie der einen Supermacht durch die der anderen das Land um Jahrzehnte zurückgeworfen, isoliert und zerissen hat. Der einzige Weg ist der einer Einigung mit den Nachbarstaaten. Im Tschad ist die Lage schwierig, weil dort schon libysche Truppen stehen. Aber ein einheitliches Vorgehen der OAU, z.B. durch die Austellung einer gemeinsamen Truppe, die im Tschad stationiert wird, bis ein gewisses Maß an nationaler Einheit hergestellt wird, kann Druck auf Libyen ausüben, seine Truppen zurückzuziehen. Der Sudan müßte allerdings dann aufhören, Habré zu unterstützen und die Beschlüsse der OAU achten. Das und nicht die Anrufung des Schutzherren USA ist der einzig gangbare Weg.

* al-Ansar, die Helfer, sind Mitglieder des religiösen Mahdiyya-Ordens, der im Jahre 1885 unter Führung des Mahdi erfolgreich die britische Kolonialarmee aus dem Sudan vertreiben konnte. Die Führung der Mahdiyya setzt sich zusammen aus Stammesführern und Großgrundbesitzern, die in den 20er Jahren unter dem Druck der laizistischen Nationalbewegung zu einer ausgedehnten Kollaboration mit der britischen Kolonialmacht fanden.

krk. Nach Polen ist nun Rumänien das zweite Ostblockland, in dem die

Spaltungslinien durch das Vorhandensein mehrerer Völkerschaften, Stämme und Religionsgemeinschaften auf seinem Territorium. Insgesamt sind die Völkerschaften auf 600 Stämme verteilt. Der Süden des Sudan ist im Vergleich zum Norden sehr unterentwickelt. Erst nach einem langen Bürgerkrieg gelang es der Anya-Naya-Bewegung im Jahre 1972, die Zentralregierung zu zwingen, dem Südsudan eine weitgehende Verwaltungsautonomie zu gewähren.

Daß der Sudan im Schnittpunkt mehrerer afrikanischer Konflikte liegt, beschert ihm weitere Probleme: Jahrelang war er durch den Krieg zwischen Somalia und Äthiopien betroffen, bei dem es um Somalias Versuch ging, die von Äthiopien im 19. Jh. annektierte Provinz Ogaden, in der Somalis leben, zurückzuerobern. Tausende von somalischen Flüchtlingen überquerten damals die äthiopische Grenze in den Sudan. Das gleiche mit Eritrea: Zur Zeit leben mindestens 500000 eritreische Flüchtlinge im Sudan, auf der Flucht vor dem Ausrottungskrieg, den Äthiopien gegen die eritreische Befreiungsbewegung führt. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf 4 Mio. ge-

wesenheit im Tschad fühlt sich der Sudan durch zwei Staaten, in denen die Sowjetunion über beträchtlichen Einfluß verfügt, in den Würgegriff genommen, Libyen und Äthiopien. Als am 23.9. libysche Flugzeuge die Grenzgebiete zum Tschad hin bombardierten, wurde diese Bedrohung akut und Sudan wandte sich um Hilfe an Ägypten, mit dem es seit Mitte der 70er Jahre durch ein Verteidigungsbündnis verbunden ist. Libyens Ziel ist meiner Meinung nach weniger eine Invasion gegen den Sudan oder gar gegen Ägypten – letzteres ist lächerlich, angesichts einer libyschen Armee von 35000 Mann und des ägyptischen Kontingents von 100000 Mann, ein Fünftel der ägyptischen Streitkräfte, das an der libysch-ägyptischen Grenze stationiert ist. Libyens Ziel ist vielmehr die Schaffung eines entvölkerten Grenzstreifens zwischen Tschad und dem westlichen Sudan, um den Truppen Habrés die bäuerliche Basis zu entziehen. Dieses Ziel scheint es erreicht zu haben, denn nach der Erklärung des sudanesischen Verteidigungsministers, Abdel Maguid, haben die Bombardements am 14. Oktober aufgehört. Der Flüchtlingsstrom allerdings noch nicht.

scher und ägyptischer militärischer Unterstützung gelang es ihm damals, den Putsch niederzuschlagen. Er nutzte die Gelegenheit des „Nationalen Notstandes“ aus, um die Führer der kommunistischen Partei und die Gewerkschaftsführung niederzumetzeln. Mit ihnen fielen Tausende von Arbeitern und Bauern den Massakern zum Opfer.

Seitdem sind zwar immer wieder Meutereien in der Armee vorgekommen, aber sie scheint doch mehrheitlich, neben dem Beamtenapparat, die wichtigste Stütze des Regimes zu sein.

Die Probe auf die Loyalität der Armee war der von Libyen tatsächlich inszenierte Putschversuch vom Jahre 1976, als 2000 Mitglieder der islamischen Ansar-Organisation*, in Libyen trainiert und bewaffnet, die Grenze überquerten. Ihr Führer, Sadiq el-Mahdi residierte in Libyen und führte von dort aus eine sog. „Nationale Front“.

Nach der Niederschlagung dieses Putschversuches unternahm Numeiry einen Versuch, sich mit Sadiq el-Mahdi zu einigen. Dieser kehrte in den Sudan zurück, beteiligte sich auch an Numeirys Kabinett. Da aber Numeiry der Ansar-Organisation das Betreten des su-

industrielles Land. 57% der 21 Mio.



Ägyptens Seite stellt und sich unter die Fittiche der USA begibt. Beides, gekoppelt mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage – Inflationsrate von 30%, schlechte Baumwollernte, dem wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnis, vor allem für den Export, – flammten die Massenkämpfe wieder auf. In der Gezira kam es zu ausgedehnten Bauernaufständen Anfang des Jahres, wo erst der Einsatz der Armee ihre Wucht vorübergehend brechen konnte. Mitte Mai streikten die 43000 Arbeiter und Angestellten der sudanesischen Eisenbahngesellschaft, der praktisch einzigen Verbindung zwischen den weitläufigen Landesteilen. Sie forderten höhere Löhne, die Ver-

dürfnisse des Volkes erzwungene Ak-

aus ist aber mit Sicherheit falsch, wie man am Beispiel Ägypten sieht, wo die Ersetzung der Hegemonie der einen Supermacht durch die der anderen das Land um Jahrzehnte zurückgeworfen, isoliert und zerissen hat. Der einzige Weg ist der einer Einigung mit den Nachbarstaaten. Im Tschad ist die Lage schwierig, weil dort schon libysche Truppen stehen. Aber ein einheitliches Vorgehen der OAU, z.B. durch die Austellung einer gemeinsamen Truppe, die im Tschad stationiert wird, bis ein gewisses Maß an nationaler Einheit hergestellt wird, kann Druck auf Libyen ausüben, seine Truppen zurückzuziehen. Der Sudan müßte allerdings dann aufhören, Habré zu unterstützen und die Beschlüsse der OAU achten. Das und nicht die Anrufung des Schutzherren USA ist der einzig gangbare Weg.

* al-Ansar, die Helfer, sind Mitglieder des religiösen Mahdiyya-Ordens, der im Jahre 1885 unter Führung des Mahdi erfolgreich die britische Kolonialarmee aus dem Sudan vertreiben konnte. Die Führung der Mahdiyya setzt sich zusammen aus Stammesführern und Großgrundbesitzern, die in den 20er Jahren unter dem Druck der laizistischen Nationalbewegung zu einer ausgedehnten Kollaboration mit der britischen Kolonialmacht fanden.

# Lebensmittelmarken in Rumänien

**Und was wird aus der Unabhängigkeit im RGW?**



*krk.* Nach Polen ist nun Rumänien das zweite Ostblockland, in dem die Staatsführung zu Lebensmittelmarken Zuflucht nehmen muß. Zwei Dekrete innerhalb von zwei Wochen unterzeichnete Nicolae Ceaucescu persönlich, um der drohenden Katastrophe in der Lebensmittelversorgung Einhalt zu gebieten. Am 16.10. ging es erst um Maßnahmen „zur Verhütung und Bekämpfung von Handlungen, die die gute Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigen“. Gefängnisstrafen zwischen 6 Monaten und 5 Jahren werden demnach jedem Bürger angedroht, der mehr Öl, Zucker, Mehl, Maismehl, Reis, Kaffee und andere Nahrungsmittel bei sich aufhäuft, als der monatliche Bedarf seiner Familie ausmacht. Binnen drei Tagen sollen die überschüssigen Nahrungsmittel den Handelseinheiten zurückerstattet werden – bei Zuwiderhandlungen gilt die oben schon vorgesehene Strafe. Genauso drakonische Strafandrohungen folgen in die Richtung des Personals von Handelseinheiten für den Fall, daß sie solche Hamsterkäufe ermöglichen oder gar fördern.

Hinter dem Dekret steht die – von der Presse seit Tagen verbreitete – These, eigentlich gebe es im Land genug zu essen (hier folgen dann einige stolze Steigerungsraten in der landwirtschaftlichen Produktion), Schuld an der Versorgungslücke seien in erster Linie die Hamsterer, in zweiter die verantwortungslosen Mitarbeiter des Handels. Es kann nicht sein, was nicht sein darf, im Reich des N. Ceaucescu.

Die drakonischen Gefängnisstrafen scheinen jedoch weder „Hamsterer“ noch Verkäufer sonderlich beeindruckt zu haben. Kaum eine Woche nach dem ersten Dekret erschien bereits das zweite, das Maßnahmen über die Rationierung von Mehl und Mehlprodukten enthält. Die 400 Gramm Brot pro Tag und 2,5 kg Maismehl pro Kopf und Monat werden von Kennern rumänischer Eßgewohnheiten als kaum ausreichende Portionen bezeichnet. Die Betrachtungsweise dieses Dekrets ist etwas anders, als die vom ersten: Nun sind es doch nicht mehr die „Hamsterer“ und Verkäufer, es geht nun endlich um die Produktion. Die landwirtschaftlichen Produzenten werden verpflichtet, alles Land zu bebauen, die Bewohner ländlicher Gemeinden müssen – unabhängig davon, wo sie arbeiten – zur Erntezeit in den Staatsgütern und Kooperativen aushelfen. Verboten ist es außerdem, anderswo als am Wohnort einzukaufen.

Vermutlich trifft in Rumänien beides gleichermaßen zu: Es handelt sich sowohl um ein Problem der hergestellten Menge an landwirtschaftlichen Gütern als auch um einen nahezu Zusammenbruch des Austausches zwischen Stadt und Land.

Heute noch ist Rumänien ein agrarindustrielles Land. 57% der 21 Mio. Einwohner leben auf dem Lande, 38% sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Die gesamte Landwirtschaft ist zu 99 komma irgendwas Prozent entweder verstaatlicht oder kollektiviert. Nicht anders als in den anderen Ländern Osteuropas vollzog die Staatsführung in den Jahren 1958–62 die Kollektivierung – sie kam einer Enteignung gleich. Bis dahin waren die Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor auf ein notwendiges Minimum beschränkt und flossen hauptsächlich in die Staatsgüter. Trotz dem andauernden Kapitalabfluß aus der Landwirtschaft in die forciert ausgebaute Schwerindustrie konnte sich die Landwirtschaft über ihre traditionell starken Seiten im Obst- und Getreidebau noch einige Zeit halten und mit die stärkste Stütze des Westhandels abgeben. Aber trotz der später in die Mechanisierung gesteckten Mittel gelang es nicht, die Produktivität bedeutend zu erhöhen. Die Getreideerträge hatten vor 10 Jahren einen Stand wie in den USA in den 30er Jahren.

Insgesamt hatte die rumänische Staatsführung seit 1945 eine der polnischen sehr ähnliche Wirtschaftspolitik betrieben: Der Ausbau der Schwerindustrie wurde von Anfang an forciert, Investitionen für die Landwirtschaft und Versorgungsgüterindustrie blieben aus. Heute ist die Akkumulationsrate in der rumänischen Wirtschaft mit 33,5% höher denn je und ist sogar im Ostblock einsame Spitze. Die Begründung für die Schaffung dieser gigantischen schwerindustriellen Kapitazitäten war allerdings anders als in Polen. In Rumänien wurde all dies wenigstens bestimmt durch die vermeintlichen Bedürfnisse des eigenen Landes und nicht durch die der SU. Doch letztendlich ist die gegen den Willen und wider die Bedürfnisse des Volkes erzwungene Akkumulation keine Stütze der nationalen Unabhängigkeit. Die Diktatur konnte nur eine extensive Erweiterung, nicht eine qualitative Verbesserung der Industrieproduktion erreichen. Also wurde – auf die Unabhängigkeit bedacht und weil's auch besser war – wild Technologie aus dem Westen importiert. Weil dies aber nicht genutzt werden konnte zur wesentlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität – die Technik allein hat es noch nie gebracht –, verschlechterten sich dem Westen gegenüber die terms of trade immer mehr. Die Landwirtschaft brachte es nicht mehr, auch weil ihr Anteil an den Ausfuhren wegen der schlechten inneren Versorgungslage immer mehr zurückging. Heute steht Rumänien, nicht nur was seine Binnenwirtschaft betrifft, vor dem Bankrott. Mit etwa 9,5 Mrd. $ Schulden ist Rumänien nebst Polen das am meisten verschuldete Ostblockland. 3 Mrd. $ wären in diesem Jahr fällig, und die Meldungen, nach denen Rumänien wegen Zahlungsunfähigkeit um Umschuldungsverhandlungen bitten müsse, häufen sich.

Geradezu gesetzmäßig entspringt diesem System – genau wie bei jedem anderen Ostblockland – die Abhängigkeit von der SU. Die Unfähigkeit, die eigene Versorgung sicherzustellen und sich auch nur einigermaßen auf dem Weltmarkt zu behaupten, treibt Rumänien immer stärker in die national zwar kostspieligen aber für Produzenten niedrigen Niveaus sicheren Gefilde des RGW. Auf der letzten Ratstagung konnten sich die Mitgliedsstaaten vor rumänischen Kooperationsangeboten kaum retten, obwohl bis vor einiger Zeit gerade die Rumänen am heftigsten das System der RGW-Arbeitsteilung kritisierten.

# Wie Investoren ins Land holen, wenn das Ziel der Sozialismus ist?

## ZANU bringt ,,Ein-Parteien-Staat" in die Diskussion

*Von Thomas Frank, Salisbury*

Welchen Weg geht Zimbabwe? Zu dieser Frage gibt es international Widersprüchliches in der Presse. Einerseits ist die internationale Presse der Politik der ,,reconciliation" (Versöhnung) wohlgesonnen, andererseits taugt die jetzt von ZANU-Politikern häufig ins Gespräch gebrachte Losung ,,Ein-Parteien-Staat" dazu, finstere Assoziationen herzustellen.

Wie wird die wirklich seltsam anmutende Losung vom ,,Ein-Parteien-Staat" begründet? Die wesentliche Begründung ist, daß sich ein Entwicklungsland mit solchen Problemen wie Zimbabwe den Luxus politischer Konkurrenz nicht leisten könne, daß viele Kräfte vergeudet werden in Opposition um der Opposition willen und in einem permanenten Wahlkampf, der in Zimbabwe tobe. Diese ungeniert pragmatische Begründung wird vertieft mit der Argumentation, daß ein solcher Staat am ehesten an der traditionellen afrikanischen Regierungsform anknüpfen würde. In diesem Sinne hat sich jetzt auch einer der Häuptlinge, der Chief Tangwena, zu Wort gemeldet. (Es könne nur einen Bullen und nur einen



Hahn im Stall geben.) Verwiesen wird darauf, daß solche ,,Ein-Parteien-Staaten" in Kenia, Tansania und Sambia z.B. gut funktionierten. Mugabe hat versichert, daß die Demokratie dadurch nicht eingeschränkt werde, bei Wahlen könne weiterhin jeder kandidieren und in der Partei könnten alle Widersprüche ausgetragen werden.

Voraussetzung für den ,,Ein-Partei-



Hahn im Stall geben.) Verwiesen wird darauf, daß solche ,,Ein-Parteien-Staaten" in Kenia, Tansania und Sambia z.B. gut funktionierten. Mugabe hat versichert, daß die Demokratie dadurch nicht eingeschränkt werde, bei Wahlen könne weiterhin jeder kandidieren und in der Partei könnten alle Widersprüche ausgetragen werden.

Voraussetzung für den ,,Ein-Partei-en-Staat" soll die feste Verankerung der ZANU im ganzen Land sein. Dazu diente eine Kundgebungstour des Premierministers R. Mugabe durch das Land, dazu dient die Reorganisation der ZANU im ganzen Land.

Die ZAPU hatte anfangs unter anderem durch ihren Vorsitzenden Joshua Nkomo zur Einheit dieser beiden Parteien vorsichtig Stellung genommen: Es sei nichts Falsches an dieser Idee, doch man müsse behutsam vorgehen. Mittlerweile ist die ZAPU recht verbittert gegen die Losung des ,,Ein-Parteien-Staates". Auf eine Jugenddemonstration der ZANU für den ,,Ein-Parteien-Staat" folgte eine Gegendemonstration der ZAPU, auf der die Politik der ZANU umfassend angegriffen wurde. Neben dem ,,Ein-Parteien-Staat" wurde insbesondere gegen die koreanischen Militärberater mit der Losung ,,Koreans go home" demonstriert und gegen den Plan der ZANU, im ganzen Land Jugendzentren einzurichten, in denen Jugendliche ohne abgeschlossene Schulausbildung zusammengefaßt werden und theoretisch und praktisch in den Grundlagen von Landwirtschaft und Handwerk ausgebildet werden sollen. Außerdem soll eine militärische Grundausbildung stattfinden, um die Verteidigungsbereitschaft gegen mögliche südafrikanische Aggressionen zu erhöhen.

Zweifellos ist richtig an der ZANU-Argumentation, daß Demokratie = Volksherrschaft nicht einfach identisch ist mit Parteienkonkurrenz um Regierungsbänke. Wohlwollend kann man die Vorstellungen Mugabes zumindest als nahe an einem Rätesystem interpretieren, indem die Kandidaten ihren Wählern gegenüber ohne große Materialschlachten positive Vorstellungen zu entwickeln und dafür zu arbeiten haben. Auch ist die ZANU, wie die ZAPU, noch in einer anderen Bedeutung Partei, als es die Parteien in Europa sind. Als Organ des unter der Siedlerherrschaft zu den eigenen Interessen gefundenen afrikanischen Volkes ist sie noch Partei in einem historisch-gesellschaftlichen Sinne. Mit der ZAPU zusammen hat sie 87% der Stimmen. Sie beherbergt Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus ebenso wie den Präsidenten des Landes, Banana, der nebenbei schrecklich fromme Gedichte macht. Doch geben diese Erklärungen kein theoretisches Fundament, insbesondere letzteres erklärt höchstens, weshalb die Idee bei vielen Menschen Unterstützung finden kann.

Tatsächlich dürfte der Pragmatismus ausschlaggebend sein: die Vereinigung der Revolutionäre, die den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit ausgefochten haben; bei gleichzeitiger Unterdrückung der Konterrevolutionäre wie der Republikanischen Front, deren rassistisch-reaktionäre Einwände das Parlament trotz brennenderer Probleme immer wieder beschäftigen, der auch nachgesagt wird, daß sie um den Ernte- und Viehschmuggel nach Südafrika weiß, durch den monatlich 150000 $ (ungefähr das Dreifache in DM) an Devisen verloren gehen; wie auch der Partei Muzorewas, der Verbindungen zu den 5000 angelastet werden, die Südafrika zu Sabotagezwecken ausbildet.

Einwände das Parlament trotz brennenderer Probleme immer wieder beschäftigen, der auch nachgesagt wird, daß sie um den Ernte- und Viehschmuggel nach Südafrika weiß, durch den monatlich 150000 $ (ungefähr das Dreifache in DM) an Devisen verloren gehen; wie auch der Partei Muzorewas, der Verbindungen zu den 5000 angelastet werden, die Südafrika zu Sabotagezwecken ausbildet.

Auch auf ihre gesellschaftliche Zielvorstellung, den Sozialismus, steuert die ZANU sehr pragmatisch zu. Noch hat sie nicht die Unterstützung des großen Teils der qualifizierten weißen Arbeiter, außerdem erlaubt der Lancaster-Kompromiß vorerst keine Enteignungen. Also wird im Aufbau des Landes viel getan, um das Investitionsklima nicht zu versauen. Wiederholt haben verschiedene Minister festgestellt, daß die Regierung keinen Industriezweig nationalisieren wolle, auch bei den angestrebten Beteiligungen dränge sie sich nicht auf. Ungeachtet der grundsätzlichen Erklärungen von Mugabe, die es zum Sozialismus als Ziel gibt (wenngleich außer aus der Theorie Karl Marx' auch aus der afrikanischen Tradition und gelegentlich aus der Bibel abgeleitet), ist so ein Niveau der öffentlichen Diskussion entstanden, auf die folgender Vorfall ein Schlaglicht wirft: Smith hatte im Parlament den Sozialismus als ein nicht-funktionierendes System bezeichnet, das könne man an Rußland sehen, aus dem er komme. Darauf hatte im ,,Herald", der größten Zeitung im Lande, ein Kommentator an hervorragender Stelle geantwortet, diese Äußerung zeige die ganze Ignoranz Smith's. Der Sozialismus komme nicht aus Rußland; Bismarck habe die ersten sozialistischen Maßnahmen durchgeführt; und wie gut der Sozialismus funktioniere, könne man heute an Schweden, Westdeutschland und Holland sehen. Die ZANU solle weitermachen wie bisher, um Smith zu beweisen, daß solch ein Sozialismus auch in Zimbabwe funktioniere. Solch ein Blödsinn braucht natürlich Voraussetzungen, um ernsthaft vorgebracht zu werden. Diese Voraussetzungen sind in der tagespolitischen Diskussion, in der keine Verbindung zum Sozialismus als Ziel existiert, offensichtlich gegeben.

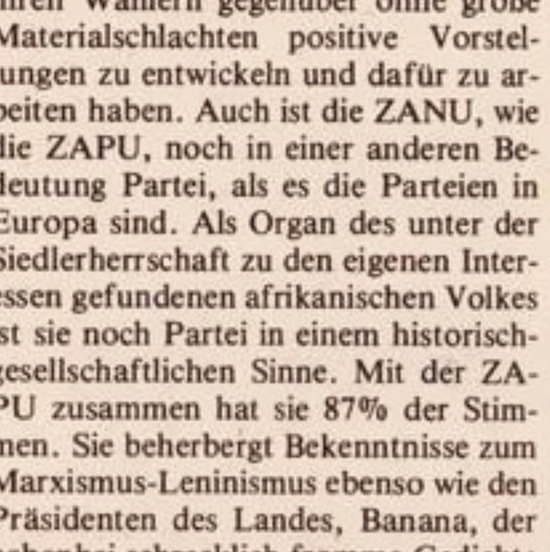
Erwähnt werden muß hier allerdings, daß der ,,Herald" den 32. Jahrestag der VR China ausführlichst gewürdigt hat und daß dieser Kommentar einen Leserbrief herausforderte, in dem die Sache richtiggestellt wurde und den Smith'schen Äußerungen die Erfolge der VR China und Nordkoreas entgegengehalten wurden. Die strenge Heraushaltung von Klassen und Klassenkampf aus der tagespolitischen Diskussion, die alles unter ,,reconciliation" erfassende Diskussion, hat in gewisser Hinsicht den erwünschten Effekt. Die Aktienkurse zeigen zwar, daß die Moral der Siedler auf einem Tiefpunkt ist, doch das hängt mit verschiedenen Maßnahmen zusammen, u.a. dem Abbau von Privilegien im Gesundheitswesen (die Entlassung des Gesundheitsministers Ushewokunze hat den Aktienkursen leichten Auftrieb gegeben), der Schröpfung des Reichtums durch Steuern sowie der Unmöglichkeit, ihre Reichtümer legal außer Land zu schaffen (inzwischen dürfen die Siedler nicht mal ihre Möbel mitnehmen). Die internationalen Konzerne sehen das anders: Lornho z.B. hat aus ,,Zuversicht über die große Zukunft" des Landes inzwischen über 4,2 Mio. DM für verschiedene Projekte gespendet. – Trotz der Arbeiterkommissionen, verbesserter Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, höherer Löhne.

Hier tut sich für die revolutionäre Regierung ein harter Widerspruch auf: Die multinationalen Konzerne beherrschen die Wirtschaft, ,,African business" 10/81 spricht davon, daß sie über 80% der Industrie kontrollieren. Selbst wenn man die Hausangestellten abzieht, machen die Lohnabhängigen den überwiegenden Teil der arbeitenden Bevölkerung aus. Wie sollen da Appelle zu höherer Produktivität, die zum Aufbau nötig ist, und Sprüche, wie, was nicht erarbeitet ist, kann nicht verteilt werden, wirken, wenn die chronischen Nichtarbeiter die größten Anteile erhalten? Auch für die Landbevölkerung können alle bedeutenden sozialen Verbesserungen das Grundproblem des Landeigentums nicht lösen. Tatsächlich leben heute schon an die 60000 Menschen auf besetztem Land und betreiben Landwirtschaft. Bisher hat die Regierung keine Polizeigewalt

dürfen die Siedler nicht mal ihre Möbel mitnehmen). Die internationalen Konzerne sehen das anders: Lornho z.B. hat aus ,,Zuversicht über die große Zukunft" des Landes inzwischen über 4,2 Mio. DM für verschiedene Projekte gespendet. – Trotz der Arbeiterkommissionen, verbesserter Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, höherer Löhne.

Hier tut sich für die revolutionäre Regierung ein harter Widerspruch auf: Die multinationalen Konzerne beherrschen die Wirtschaft, ,,African business" 10/81 spricht davon, daß sie über 80% der Industrie kontrollieren. Selbst wenn man die Hausangestellten abzieht, machen die Lohnabhängigen den überwiegenden Teil der arbeitenden Bevölkerung aus. Wie sollen da Appelle zu höherer Produktivität, die zum Aufbau nötig ist, und Sprüche, wie, was nicht erarbeitet ist, kann nicht verteilt werden, wirken, wenn die chronischen Nichtarbeiter die größten Anteile erhalten? Auch für die Landbevölkerung können alle bedeutenden sozialen Verbesserungen das Grundproblem des Landeigentums nicht lösen. Tatsächlich leben heute schon an die 60000 Menschen auf besetztem Land und betreiben Landwirtschaft. Bisher hat die Regierung keine Polizeigewalt
gegen sie angewandt und im Gegenteil die Republikanische Front scharf angegriffen, die solches forderte. Bei den Arbeitern gibt es eine rasche Zunahme von Streiks und Demonstrationen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Die von der Regierung geforderte und geförderte Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung, ihre bisher positiven Eingriffe in die Streiks, werden bei den bestehenden sozialen Ungleichheiten, trotz aller Appelle, die Kampftätigkeit kaum einschränken. Die Bewohner von vier Townships (die Stadtteile, in denen früher die Afrikaner leben mußten) in Salisbury haben sich ihnen ungenehmer Verwaltungsbeamter durch ganztägige Demonstrationen entledigt.

Der Sieg im Krieg hat alle rebellischen Elemente gestärkt, wie er die politische Bewegungsfreiheit geschaffen hat. Für die Regierung wird es zunehmend schwerer werden, als Regierung des Volkes zu agieren *und mit den Lancaster-Bestimmungen zu leben*. Den Konzernen ist auf relativ lange Zeit Wirkungsmöglichkeit gesichert. Weitere Interessenten sollen auf der einen Seite nicht verunsichert werden, andererseits muß die ZANU das Heft in der Hand behalten. Die Frage ist, ob der ,,Ein-Parteien-Staat" diese Widersprüche bestmöglichst zum Zwecke des Aufbaues lösen kann. Oder ob nicht für die dauerhafte Mobilisierung der Volksmassen die politische Diskussion der Differenzen der Revolutionäre mit dem Ziele der Einheit und eine Politik, die die tagespolitischen Erfordernisse sichtbar einreiht in eine Strategie des Sozialismus, vonnöten ist.



## Einige Zahlen zur Entwicklung in Zimbabwe seit der Unabhängigkeit

Zu den eindruckvollsten Ergebnissen der eineinhalb Jahre ZANU-Regierung im Staat des Lancaster Kompromisses gehört zweifellos die Entwicklung der Schülerzahlen.

**Primary School (Grundschule)**

| | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. Klasse | 174551 | 163522 | 173050 | 376392 | 455536 |
| Primary School insgesamt | 892651 | 829039 | 819128 | 1235994 | 1680143 |

**Secondary School (Weiterführende Schule)**

| | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 |
|---|---|---|---|---|---|
| insgesamt | 74335 | 73026 | 73540 | 74321 | 144735 |

**Anfänger an den Hochschulen**

| | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 |
|---|---|---|---|---|---|
| PH, Teachers Training Colleges | 2985 | 2982 | 3082 | 2824 | 3484 |
| Technical Colleges | 3852 | 3694 | 3663 | 3469 | 6048 |
| Universität | 1617 | 1798 | 1481 | 1873 | 2525 |

Die Explosion der Schülerzahlen hat eine Knappheit an Lehrern, Schulgebäuden, Büchern und an allem was der Schüler braucht zur Folge. Bei den Schulgebäuden gibt es sowohl Elterninitiativen, die tatkräftig Abhilfe schaffen, als auch den Einsatz von Armee-Einheiten zur Unterstützung des Schulbaues. Die Knappheit an den notwendigen Materialien wird durch das Fehlen von Devisen verschärft, mit denen die nötigen Rohmaterialien und Maschinen angeschafft werden könnten.

Eine Diskussion gibt es zur Zeit um den Inhalt und die Aufgabe von Schule und Universität. Was die Schule angeht, so ist in der Diskussion, daß die Schulen, die es im Befreiungskampf gegeben hat, Vorbild sein sollen. Insbesondere der Geschichtsunterricht soll jetzt den Tatsachen entsprechend umgekrempelt werden.

**Baupläne (inkl. Um- und Anbauten, aber nur in von Stadtplänen erfaßten Gebieten, also ohne Farmen und Minen)**

| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *für industrielle Zwecke* | 16039 | 10073 | 5439 | 6547 | 9592 | 31534 |
| *für kommerzielle Zwecke (Hotels, Gaststätten, Geschäfte usw.)* | 17858 | 11114 | 6736 | 5015 | 5856 | 16984 |
| *Wohnhäuser* | 30130 | 25086 | 25335 | 34161 | 33358 | 39066 |
| *Andere (hauptsächlich Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Hallen)* | 18247 | 14385 | 9402 | 12931 | 14396 | 64817 |
| *Insgesamt* | 82274 | 60658 | 46912 | 58654 | 63202 | 152401 |

**Wems gefällt und wems nicht gefällt**

| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Einwanderer | 12552 | 7941 | 5914 | 4650 | 3647 | 6407 |
| Auswanderer | 9242 | 13013 | 14556 | 16467 | 12951 | 17240 |

| | Januar bis Juli 1980 | Januar bis Juli 1981 |
|---|---|---|
| Einwanderer | 3110 | 5215 |
| Auswanderer | 8662 | 12551 |

Bei diesen Zahlen muß man berücksichtigen, daß sowohl der größte Teil der afrikanischen Flüchtlinge, die das Land verlassen haben, als auch der Heimkehrer nicht die offiziellen Grenzübergangsstellen passiert hat und somit nicht erfaßt ist. Trotzdem ist die hohe Zahl der Auswanderer 1978 und die der Einwanderer ab 1980 auf Afrikaner zurückzuführen. Die Stimmung und die Mo-

| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *für industrielle Zwecke* | 16039 | 10073 | 5439 | 6547 | 9592 | 31534 |
| *für kommerzielle Zwecke (Hotels, Gaststätten, Geschäfte usw.)* | 17858 | 11114 | 6736 | 5015 | 5856 | 16984 |
| *Wohnhäuser* | 30130 | 25086 | 25335 | 34161 | 33358 | 39066 |
| *Andere (hauptsächlich Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Hallen)* | 18247 | 14385 | 9402 | 12931 | 14396 | 64817 |
| *Insgesamt* | 82274 | 60658 | 46912 | 58654 | 63202 | 152401 |

**Wems gefällt und wems nicht gefällt**

| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Einwanderer | 12552 | 7941 | 5914 | 4650 | 3647 | 6407 |
| Auswanderer | 9242 | 13013 | 14556 | 16467 | 12951 | 17240 |

| | Januar bis Juli 1980 | Januar bis Juli 1981 |
|---|---|---|
| Einwanderer | 3110 | 5215 |
| Auswanderer | 8662 | 12551 |

Bei diesen Zahlen muß man berücksichtigen, daß sowohl der größte Teil der afrikanischen Flüchtlinge, die das Land verlassen haben, als auch der Heimkehrer nicht die offiziellen Grenzübergangsstellen passiert hat und somit nicht erfaßt ist. Trotzdem ist die hohe Zahl der Auswanderer 1978 und die der Einwanderer ab 1980 auf Afrikaner zurückzuführen. Die Stimmung und die Mo-ral der Weißen sei auf einem absoluten Tiefpunkt, schreiben die Zeitungen. Davon zeugen auch die Aktienkurse, die trotz saftiger Profite gegenwärtig in Rekordtiefen sausen.

Zwei zentrale Aspekte fehlen in dieser Zusammenstellung. Zunächst die Ansiedlung von afrikanischen Bauern. Ende 1980 waren 1500 Familien auf von der Regierung gekauftem Land angesiedelt worden. ,,Zimbabwe News" nennt im Juli dieses Jahres noch die gleiche Zahl. Ein Bericht eines Verantwortlichen in ,,Social Change and Development" von September spricht von Tausenden, die angesiedelt worden seien. Auf jeden Fall steht der Löwenanteil noch aus. Der zuständige Minister erklärt in derselben Zeitung, daß noch über 300000 Familien aus dem Tribal Trust Land (das ehemals den afrikanischen Stämmen zugewiesene Land) umgesiedelt werden müssen. Der ,,Ridell Report" nennt eine Zahl von über 450000. Konkrete Pläne, die bis 1984 reichen, gibt es bis jetzt für 34000 Familien. Allerdings sollen sogenannte ,,Wachstumspunkte", Gebiete im Tribal Trust Land, die besonders gefördert werden, ebenfalls viele Arbeitskräfte absorbieren. Interessant ist aber auf jeden Fall noch der wertmäßige Ausstoß der 675000 Bauern in den 16,3 Millionen ha TTL (die die Hälfte der Bevölkerung ernähren) und der ca. 4000 weißen und 8500 schwarzen Farmer. Wobei die Weißen 14,8 Millionen ha besitzen und die Schwarzen 5,9 Millionen ha.

| in Millionen $ | aus Ernteerträgen TTL | aus Ernteerträgen and. Land | aus Viehbestand TTL | aus Viehbestand and. Land |
|---|---|---|---|---|
| 1979 | 12,2 | 249,2 | 3,2 | 111,8 |
| 1980 | 22,2 | 350,1 | 5,1 | 115,3 |
| Jan. bis Juli 1980 | 15,8 | 175,2 | | |
| Jan. bis Juli 1981 | 20,0 | 278,3 | | |

Der zweite wichtige Aspekt ist die Gesundheitsversorgung. Hier gibt es besonders schroffe Gegensätze zwischen Stadt und Land. So gibt es ländliche Gegenden mit einer Kindersterblichkeit von 300 auf 1000, während sie in Salisbury 30 auf 1000 beträgt.

Was die Wiederherstellung und Neuerrichtung von Krankenhäusern angeht, gibt es noch keine neueren Zahlen, als die in Kommunismus und Klassenkampf 1/1981 genannten. Der Gesundheitsminister erklärte in einer Debatte 100 Gesundheitszentren für die ländlichen Gebiete seien jetzt unterwegs. Private Luxuskliniken für Weiße sollen nicht mehr gebaut werden, dafür soll jeder der 55 Distrikte Zimbabwes eine Klinik mit 3 Ärzten bekommen.

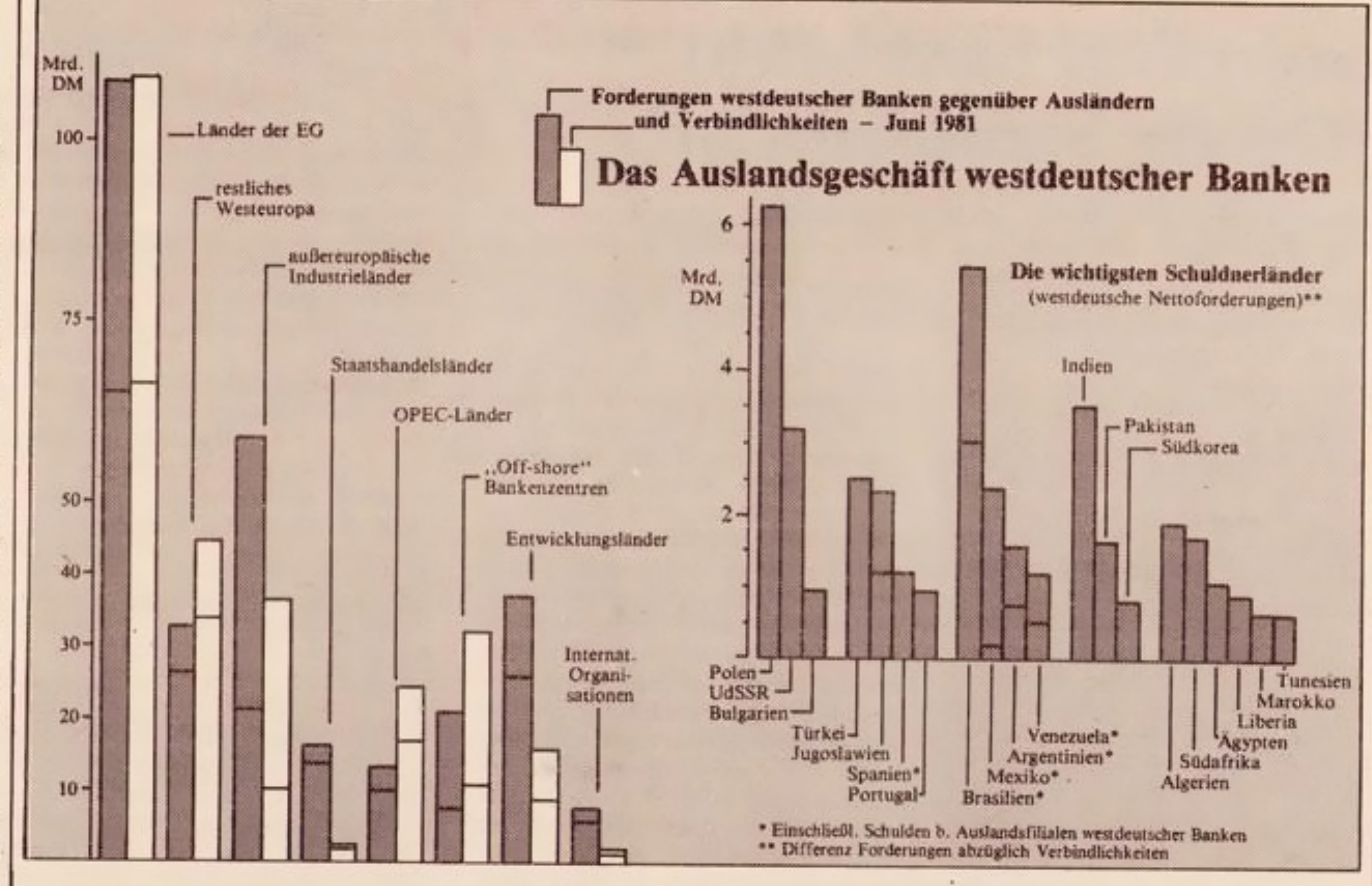
## Kuchenverteiler am Werk

*frb.* Obwohl es noch einige Zeit hin ist bis zu den nächsten Tarifverhandlungen, arbeiten die Ideologen der Fabrikanten und Bankiers bereits hartnäckig an einer Propagandalinie für diese. Das Kieler Weltwirtschaftsinstitut etwa hat bereits noch deutlicher als im Vorjahr ein Einfrieren der Nominallöhne verlangt. In der Tendenz ist dies auch eine der Hauptforderungen des eben vorgelegten Herbstgutachtens der Wirtschaftsinstitute.

An Unverfrorenheit mangelt es da nicht. Für 1982 wird mit einem Wachstum von rund 1% gerechnet, doch in biederem Ernst wird eine Schrumpfung des Reallohns zur Voraussetzung erklärt. Dabei werden die Reallöhne bereits dieses Jahr weit stärker sinken als das Sozialprodukt. Und auch 1980 sind die Reallöhne gesunken, obwohl das Sozialprodukt damals noch um knapp 2% gestiegen war.

Doch geht man bereits auf den Leim, wenn man es bei der Kritik dieser Zahlen beläßt. Es ist nämlich das Bild von der Verteilung des Kuchens überhaupt falsch. Regelmäßig wird dabei die schlichte Wahrheit unterschlagen, daß jeder Kuchen erst gebacken werden muß, ehe er verteilt werden kann. Und die Verteilung des Kuchens „Bruttosozialprodukt" ist festgelegt durch die Verhältnisse der Produktion. Kein Mensch kann produzieren ohne Produktionsmittel. Die aber sind von der Kapitalistenklasse monopolisiert. Also verkauft der Arbeiter seine Arbeitskraft für runde 8 Stunden am Tag an den Besitzer der Produktionsmittel. Der Lohn, den er im Gegenzug erhält, repräsentiert aber nur Lebensmittel, deren Produktion wesentlich weniger als 8 Stunden Arbeit erfordert. Um Erweiterung dieser Differenz geht es wirklich, denn darben tut kein Produktionsmittelbesitzer – selbst nicht bei gesunkenen Profiten.

Wird die Sache so betrachtet, stellt sich auch die Frage, weshalb denn der Kuchen in jüngster Zeit so sehr mißraten ist. Nur Kapitalisten können es fertigbringen, erst den Kuchen zu verkohlen und dann andere zum Maßhalten zu zwingen.




Erstmals hat die Bundesbank Angaben über die Kreditbeziehungen der westdeutschen Banken *gegenüber einzelnen Ländern* veröffentlicht. Neu ist auch die Einbeziehung der Geschäfte der *Auslandsfilialen der Banken* (im Schaubild steht hierfür die obere Säulenhälfte). Insgesamt hatten die Banken Ende Juni 294 Mrd. DM Geldforderungen gegenüber Ausländern; an Verbindlichkeiten waren sie 266 Mrd. DM eingegangen. Im Ergebnis überwiegen also die Forderungen, namentlich gegenüber Entwicklungsländern, „Staatshandelsländern" und außereuropäischen Industrieländern – wobei letzteres vor allem Guthaben bei US-Banken sind. Über 40% dieser Geschäfte laufen über die Auslandsfilialen der Banken. (Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Dt. Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Oktober 1981. Die Klassifizierung der Länder ist die der Bundesbank.)

**Die Banken müssen bei AEG nochmal zuschießen.** Dies verlautete nach einer Konferenz der 24 den Konzern kreditierenden Banken. Um den weit höher als vorhergesagten Verlust aus dem laufenden Geschäft auszugleichen, mußte Vorstandschef Heinz Dürr in den letzten Monaten bereits einige der Perlen des Unternehmens an die gierige Konkurrenz abtreten. Dadurch flossen zwar einmalige Verkaufserlöse, aber der Gesamtkonzern trudelt damit noch weiter in die Pleite. Am heutigen 30. Oktober tagen Gläubigerbanken erneut. – **Sinkende Passagierzahlen melden die Internationalen Fluggesellschaften.** Auf der Jahrestagung der Dachgesellschaft IATA hieß es, 1980 sei ein Verlust von 1,1 Mrd. $ eingeflogen worden. Weltweit ist die Zahl der Flugpassagiere um 0,5% gesunken. Die mit der Absicht rasanter Expansion angeschafften Flugzeuge werden damit immer weniger ausgelastet. –

### Die Woche im Rückblick

**Mit einem Kompromiß ging in Nairobi die zweite Sitzung der Internationalen Patentrechtskonferenz zu Ende.** Dabei gab die Mehrheit der Industrieländer vorerst der Forderung der Entwicklungsländer nach der Einführung einer „exklusiven Zwangslizenz" nach. Damit soll die Verwertung von Patenten erzwungen werden, die der Patentinhaber mißbräuchlich monopolisiert. Die USA sind strikt dagegen, weil damit die willkürlichen Konfiskation der Erfindung völkerrechtlicher Segen erteilt werde. Der ghanesische Sprecher der Entwicklungsländer erklärte am Konferenzschluß, das Patent sei ein Mittel zur Unterjochung der Entwicklungsländer und diene vor allem den großen Weltfirmen. – **Westdeutsche Reeder haben allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres eine halbe Million Bruttoregister Schiffsraum ausgeflaggt.** Insgesamt betreiben sie mehr als ein Drittel ihrer Handelsflotte unter ausländischer Flagge. Nach eigenen Angaben sparen sie dadurch bei einem Massengutfrachter pro Jahr 700000 Mark vor allem an Lohnkosten.

### USA bleiben größter Kapitalexporteur

*frb.* Die USA haben in den letzten Jahren in rasch zunehmendem Umfang Kapitalanlagen der westeuropäischen und des japanischen Konkurrenten angezogen. Von der BRD aus gesehen beispielsweise sind die USA das mit Abstand beliebteste Zielland der Kapitalexporteure. Doch an der grundsätzlichen Stellung der Supermacht USA hat sich auch durch die rasante Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit nichts geändert. 1979 waren nach Angaben des US-Wirtschaftsministeriums in den US-Niederlassungen mit (mindestens 10%) ausländischer Beteiligung 1,6 Millionen Menschen beschäftigt; regional waren sie vor allem in den östlichen Staaten New York, New Jersey und Pennsylvania konzentriert. Obwohl dies immerhin 2% aller Beschäftigten im nichtlandwirtschaftlichen Bereich sind, macht ein Vergleich mit Westdeutschland den Unterschied deutlich. Auch hier zählt die Bundesbank gut 1,6 Millionen Beschäftigte in Betrieben mit ausländischer Beteiligung, was prozentual natürlich wesentlich mehr als in den USA ist. Rund 650000 dürften in westdeutschen Firmen mit US-Anteil beschäftigt sein, während in den USA 350000 in Firmen mit westdeutschen Kapitalanteil arbeiten.

### Wirtschaftsinstitute: Krise tiefer als früher vermutet

*kvz.* In ihrem jüngsten Gutachten haben die Wirtschaftsforschungsinstitute der BRD ihre letzte Prognose nach unten korrigieren müssen. Sie erwarten jetzt mindestens 1,6 Millionen Arbeitslose im kommenden Jahr und geben folgende Eckdaten an:

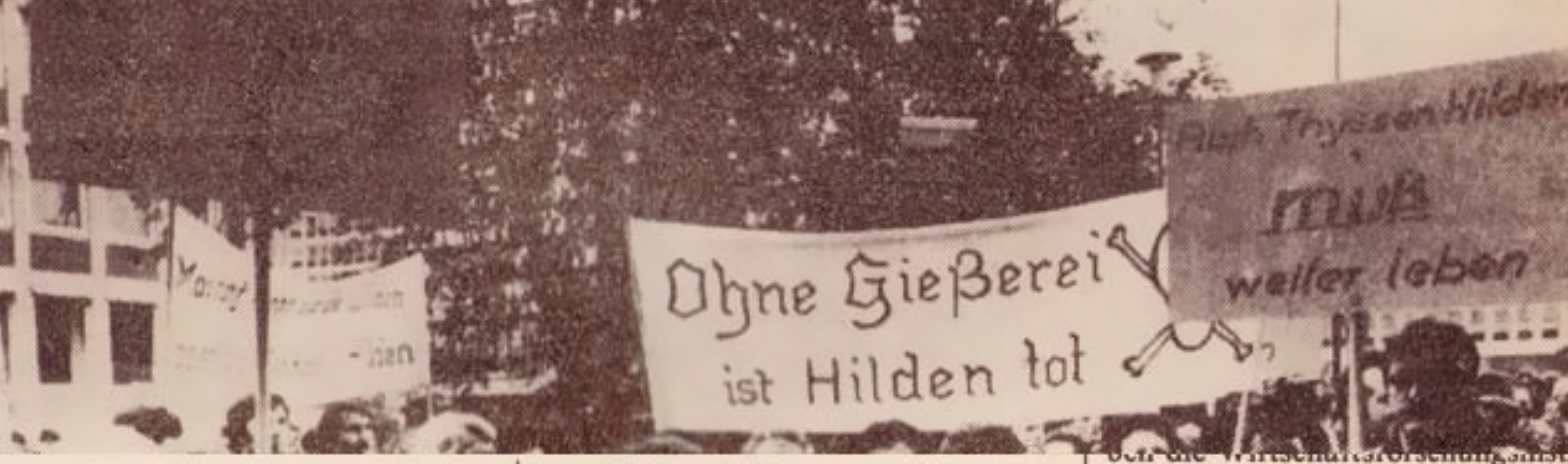
| Veränderung in Prozent | 1981 | 1982 |
|---|---|---|
| Wachstum, real | −1 | +1 |
| Preissteigerung | +6 | +4,5 |
| Zahl der Erwerbstätigen | −1 | −1,5 |
| Anlageinvestitionen | 0 | −1 |
| Ausrüstungen | +0,5 | +1,5 |
| Bauten | 0 | −2,5 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | +5 | +3,5 |
| Unternehmertätigkeit u. Vermögen | −3 | +7,5 |

*Buchbesprechung:*

## Brennpunkt Stahlkrise

*bsc.Dortmund.* Die Redaktion der Zeitschrift REVIER hat im August dieses Jahres ein Buch zur Stahlkrise herausgegeben. REVIER erscheint seit 1978, und zwar monatlich im Din A4 Überformat mit jeweils rund 30 Seiten. Im Impressum wird eine Auflage von 2500 angegeben. Die Redaktion cha-

Blick über den nationalen Zaun: nach England, wo eine Branchenverstaatlichung zu problematischen Resultaten geführt hat, und nach Österreich, wo eine Form der Verstaatlichung im Rahmen beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitik entwickelt werden konnte.




der Kapitalistenklasse monopolisiert. Also verkauft der Arbeiter seine Arbeitskraft für runde 8 Stunden am Tag an den Besitzer der Produktionsmittel. Der Lohn, den er im Gegenzug erhält, repräsentiert aber nur Lebensmittel, deren Produktion wesentlich weniger als 8 Stunden Arbeit erfordert. Um Erweiterung dieser Differenz geht es wirklich, denn darben tut kein Produktionsmittelbesitzer – selbst nicht bei gesunkenen Profiten.

Wird die Sache so betrachtet, stellt sich auch die Frage, weshalb denn der Kuchen in jüngster Zeit so sehr mißraten ist. Nur Kapitalisten können es fertigbringen, erst den Kuchen zu verkohlen und dann andere zum Maßhalten zu zwingen.

**Die Banken müssen bei AEG nochmal zuschießen.** Dies verlautete nach einer Konferenz der 24 den Konzern kreditierenden Banken. Um den weit höher als vorhergesagten Verlust aus dem laufenden Geschäft auszugleichen, mußte Vorstandschef Heinz Dürr in den letzten Monaten bereits einige der Perlen des Unternehmens an die gierige Konkurrenz abtreten. Dadurch flossen zwar einmalige Verkaufserlöse, aber der Gesamtkonzern trudelt damit noch weiter in die Pleite. Am heutigen 30. Oktober tagen Gläubigerbanken erneut. – **Sinkende Passagierzahlen melden die Internationalen Fluggesellschaften.** Auf der Jahrestagung der Dachgesellschaft IATA hieß es, 1980 sei ein Verlust von 1,1 Mrd. $ eingeflogen worden. Weltweit ist die Zahl der Flugpassagiere um 0,5% gesunken. Die mit der Absicht rasanter Expansion angeschafften Flugzeuge werden damit immer weniger ausgelastet. –

### Die Woche im Rückblick

**Mit einem Kompromiß ging in Nairobi die zweite Sitzung der Internationalen Patentrechtskonferenz zu Ende.** Dabei gab die Mehrheit der Industrieländer vorerst der Forderung der Entwicklungsländer nach der Einführung einer „exklusiven Zwangslizenz" nach. Damit soll die Verwertung von Patenten erzwungen werden, die der Patentinhaber mißbräuchlich monopolisiert. Die USA sind strikt dagegen, weil damit die willkürlichen Konfiskation der Erfindung völkerrechtlicher Segen erteilt werde. Der ghanesische Sprecher der Entwicklungsländer erklärte am Konferenzschluß, das Patent sei ein Mittel zur Unterjochung der Entwicklungsländer und diene vor allem den großen Weltfirmen. – **Westdeutsche Reeder haben allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres eine halbe Million Bruttoregister Schiffsraum ausgeflaggt.** Insgesamt betreiben sie mehr als ein Drittel ihrer Handelsflotte unter ausländischer Flagge. Nach eigenen Angaben sparen sie dadurch bei einem Massengutfrachter pro Jahr 700000 Mark vor allem an Lohnkosten.

der BRD ihre letzte Prognose nach unten korrigieren müssen. Sie erwarten jetzt mindestens 1,6 Millionen Arbeitslose im kommenden Jahr und geben folgende Eckdaten an:

| Veränderung in Prozent | 1981 | 1982 |
|---|---|---|
| Wachstum, real | −1 | +1 |
| Preissteigerung | +6 | +4,5 |
| Zahl der Erwerbstätigen | −1 | −1,5 |
| Anlageinvestitionen | 0 | −1 |
| Ausrüstungen | +0,5 | +1,5 |
| Bauten | 0 | −2,5 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | +5 | +3,5 |
| Unternehmertätigkeit u. Vermögen | −3 | +7,5 |

*Buchbesprechung:*

Brennpunkt Stahlkrise




*bsc.Dortmund.* Die Redaktion der Zeitschrift REVIER hat im August dieses Jahres ein Buch zur Stahlkrise herausgegeben. REVIER erscheint seit 1978, und zwar monatlich im Din A4 Überformat mit jeweils rund 30 Seiten. Im Impressum wird eine Auflage von 2500 angegeben. Die Redaktion charakterisiert Zweck und Richtung ihrer Zeitschrift so: „Die Revier ist eine unabhängige gewerkschaftliche Zeitung, die sich als Sprachrohr fortschrittlicher Kollegen versteht. Sie berichtet monatlich über gewerkschaftliche und betriebliche Probleme, vor allem aus dem Ruhrgebiet." Will man die Richtung vereinfacht anhand bestehender Organisationen kennzeichnen, so ist es so, daß einige Redaktionsmitglieder jetzt in der Redaktion von „Moderne Zeiten" mitarbeiten, während andere der DKP nahestehen. Früher stach an der Zeitschrift der oppositionelle Charakter gegenüber der Gewerkschaftsführung hervor. Heute zeichnet sie sich durch detaillierte Berichterstattung betrieblicher Auseinandersetzungen und das Bemühen um die Unterstützung der Debatte um neue taktische und strategische Konzeptionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung aus. 1979 hatte die Redaktion schon einmal ein Buch „Streikwinter", herausgegeben, das den Stahlarbeiterstreik 1978/79 dokumentierte und analysierte.

Das neue Buch fassen sie selbst so zusammen: „Wir haben in diesem Buch den Versuch gemacht, Verlauf und Ursachen der Stahlkrise darzustellen und zu analysieren. Wir tun dies mit kritischer Auseinandersetzung mit den derzeit diskutierten Konzepten in der Politik, Gewerkschaft und aus dem Wissenschaftsbereich. Dem gilt das erste Kapitel dieses Buches. Die notwendig abstrakten Ausführungen werden ergänzt durch einige wichtige Fallanalysen (Hagen, Oberhausen, Saarland und vor allem Dortmund). Ergänzt werden diese Beispiele durch einen Blick über den nationalen Zaun: nach England, wo eine Branchenverstaatlichung zu problematischen Resultaten geführt hat, und nach Österreich, wo eine Form der Verstaatlichung im Rahmen beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitik entwickelt werden konnte.

Das vierte Kapitel wird sich gesondert mit dem Verhalten der IG Metall beschäftigen. Ihr Bezug auf die Krise verweist darauf, daß sie sich selbst in einer tiefen Krise befindet.

Im fünften Teil dokumentieren wir die bisherige Diskussion zur Lösung der Stahlkrise, wie sie in Parteien und Gewerkschaft, in politischen Gruppierungen und von fortschrittlichen Wissenschaftlern geführt worden ist. Dabei sind auch Entschließungen und Eingaben von Betriebsräten und Vertrauensleuten einbezogen."

Der erste Teil zu Verlauf und Ursachen der Stahlkrise kommt im großen und ganzen zu ähnlichen Ergebnissen, wie sie auch in der KVZ und dem Materialheft zu Industrie und Gewerkschaft dargelegt wurden, nämlich daß es sich um eine Überakkumulationskrise handelt und daß in der Stahlproduktion relativ zuviel Kapital engagiert ist und jetzt vernichtet bzw. in andere Sphären verdrängt wird. Der Aufsatz endet in den Feststellungen, daß „eine Lösungsperspektive verstaatlichter Stahlindustrie" und „beschäftigungs- und arbeitnehmerorientierte Wirtschaftspolitik" zwar wünschenswert und die entsprechende „Lösungsdiskussion" auch notwendig sei, aber es an „Durchsetzungsfähigkeit" mangele, „weil ausnahmslos alle im Parlament vertretenen Parteien Arbeitnehmerinteressen den Kapitalinteressen unterordnen".

Auf die vier „Fallbeispiele" will ich nicht näher eingehen. Sie sind von sehr unterschiedlicher Qualität und wahrscheinlich nur für „Spezialisten" bzw. für die Arbeit in den einzelnen Städten und Regionen von Interesse.

„Den Blick über den nationalen Zaun" nach England und Österreich sollte man besser bei der Memorandumgruppe und ihrem Sondergutachten zur Stahlindustrie machen, wo die Darstellung etwas ausführlicher ist.

Der Aufsatz von Teil vier zu „Gewerkschaft und Krise" stößt letztlich ähnlich wie in Teil eins auf das Problem der Durchsetzungsfähigkeit. Er präsiziert aber etwas in Richtung Arbeitereinheitsfront und Volksfront: „Ein gewerkschaftliches Mobilisierungsprogramm, das nicht in ein politisches Gesamtprogramm mündet, dessen Träger keineswegs die Gewerkschaften allein sein können, wäre ebenso beschränkt wie umgekehrt ein isoliertes politisches Gesamtprogramm (was der Reformismus durch sein historisches Scheitern mehrfach bewiesen hat). Wie und mit welcher Perspektive ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm entwickelt und auf eine gesamtgesellschaftliche Umgestaltungsperspektive bezogen werden kann, dies zu klären ist nach wie vor eine der vordringlichsten Aufgaben sozialistischer Gewerkschafter."

Im fünften, dem Dokumententeil, ist auch nochmal das „Aktionsprogramm zur Rettung der Stahlreviere" abgedruckt, das von Jens Bünning als REVIER-Position verfaßt wurde und schon in REVIER 6/81 abgedruckt war. Es gliedert sich in drei Schritte: – „Als wichtigster erster Schritt für ein solches Aktionsprogramm muß die Zielsetzung des IGM-Entwurfs aufgenommen werden: Keine Stillegung ohne Ersatzarbeitsplätze." Das muß „notfalls auch mit Kampfmaßnahmen" an den einzelnen Orten durchgesetzt werden.

– „Der zweite Schritt betrifft die Mittelbeschaffung für die Beschäftigungssicherung und für das Schaffen neuer Arbeitsplätze in den Stahlrevieren." Gegen die „staatliche Sparpolitik" sollen vor allem Mittel für kommunale Wirtschafts- und Strukturprogramme durchgesetzt werden.

– „Im dritten Schritt ... geht es ... um die Konzeptionierung der politischen Lösung der Stahlkrise und ihrer Folgen. Hierfür sind durch den IGM-Entwurf und das „Stahlmemorandum" formale und inhaltliche Zielsetzungen der Lösung vorgelegt." Etwas komisch ist, daß in diesem Aktionsprogramm so auf der Hand liegende Forderungen wie Verrentung mit 55 Jahren, Einführung der fünften Schicht, 35-Stunden-Woche etc. gar nicht auftauchen, obwohl bei anderen Gelegenheiten von seiten der REVIER-Redaktion diese ausdrücklich unterstützt und propagiert werden.

Fazit: In Analyse der Lage und weiterer Perspektive des Kampfes bringt das Buch nichts umwerfend Neues; was die verarbeiteten Daten und Fakten betrifft, findet man diese ausführlicher im Stahlmemorandum, das dieser Tage erscheinen muß; der Dokumententeil ist ziemlich umfassend und ich habe bisher nichts Vergleichbares gelesen. Dabei ist der Haken allerdings, daß der größte Teil dieser Dokumente bereits durch den Gang der Ereignisse überholt ist, also mehr historisch-analytischen Wert besitzt. Ich empfehle dieses Buch demjenigen, der sich anhand eines Buchs in den bisherigen Verlauf der Stahlkrise einlesen will. Bestellungen sind zu richten an: Margret Jäger Revier-Verlag, Siegstr. 15, 4100 Duisburg. Das Buch kostet 12 DM plus 2 DM Versand.

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 43 wurden unter dem Titel „Das ‚Fenster der Verwundbarkeit‘ weiterhin offen“ die Elemente des US-amerikanischen strategischen Rüstungsprogramms und die Geschichte des Waffensystems MX skizziert. Im folgenden geht es um zwei weitere der wichtigsten Entscheidungen Reagans. Abschließend die Grundzüge der geänderten Nuklearstrategie der USA, auf die die genannten Waffen zugeschnitten sind.

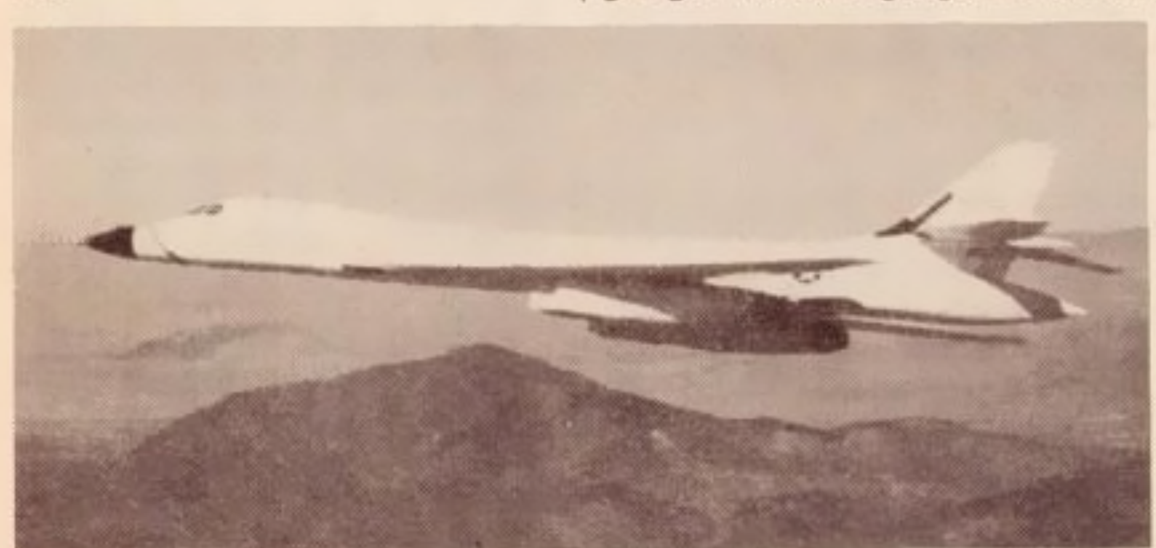
# „... niemals mit nur einem Plan zufriedengeben ...“

## Zur Entscheidung Reagans über das strategische Nachrüstungsprogramm (II)

Von Gerd Birke und Dieter Wismann

## Die strategischen Bomber der Air Force

Die strategische Bomberflotte ist seit Jahren der umstrittenste Teil der „Triade“. Die weitreichendste Kritik räumt ihr angesichts ihrer mangelnden Geschwindigkeit und relativ großen Verwundbarkeit in der Konkurrenz zur Raketenwaffe keine Chance im Nuklearkrieg mehr ein. Aus verschiedensten Gründen halten aber beide Supermächte offensichtlich an dieser Waffe fest:



1. Prototyp des B1 auf Probeflug

1. Vor allem gegenüber dem Argument, diese Waffe würde unverhältnismäßige Kosten verschlingen, (1) wird die unbestreitbar größere Flexibilität ins Gefecht geführt. Das Spektrum der Bewaffnung ist in der Tat größer und gestattet so mehr Einsatzvarianten. Der *fliegende* Bomber, bei einem Überraschungsschlag weniger verwundbar als die Rakete, läßt sich immer noch umdirigieren oder gar zurückrufen.
2. Die Flexibilität geht sogar so weit, daß diese Waffe umstandslos und mit einigem militärischen Effekt „zweckentfremdet“ werden kann, wie zuletzt der konventionelle Einsatz von B-52-Geschwadern im Indochinakrieg zeigte.
3. Gewicht gaben sicher auch einige, im strengen Sinne außermilitärische Umstände. Traditionelll ist die relative Eigenständigkeit der Teilstreitkräfte der US-Streitmacht größer als beispielsweise die der Bundeswehr. „Besitzstände“ werden verteidigt, Sonderrechte erstritten usw. Ihre hervorragende Rolle verdankt die US Air Force nicht zuletzt der Tatsache, daß die mit dem strategischen Bomber den ersten und über Jahrzehnte hin wichtigsten Waffenträger der amerikanischen Nuklearstreitmacht stellte. Hinzu kommt, daß die strategischen Raketen wie die Bomber im großen und ganzen von einer kleinen Zahl derselben großen Firmen produziert werden.

In eine regelrechte Krise ist jedoch

1. Prototyp des B1 auf Probeflug

1. Vor allem gegenüber dem Argument, diese Waffe würde unverhältnismäßige Kosten verschlingen, (1) wird die unbestreitbar größere Flexibilität ins Gefecht geführt. Das Spektrum der Bewaffnung ist in der Tat größer und gestattet so mehr Einsatzvarianten. Der *fliegende* Bomber, bei einem Überraschungsschlag weniger verwundbar als die Rakete, läßt sich immer noch umdirigieren oder gar zurückrufen.
2. Die Flexibilität geht sogar so weit, daß diese Waffe umstandslos und mit einigem militärischen Effekt „zweckentfremdet“ werden kann, wie zuletzt der konventionelle Einsatz von B-52-Geschwadern im Indochinakrieg zeigte.
3. Gewicht gaben sicher auch einige, im strengen Sinne außermilitärische Umstände. Traditionelll ist die relative Eigenständigkeit der Teilstreitkräfte der US-Streitmacht größer als beispielsweise die der Bundeswehr. „Besitzstände“ werden verteidigt, Sonderrechte erstritten usw. Ihre hervorragende Rolle verdankt die US Air Force nicht zuletzt der Tatsache, daß die mit dem strategischen Bomber den ersten und über Jahrzehnte hin wichtigsten Waffenträger der amerikanischen Nuklearstreitmacht stellte. Hinzu kommt, daß die strategischen Raketen wie die Bomber im großen und ganzen von einer kleinen Zahl derselben großen Firmen produziert werden.

In eine regelrechte Krise ist jedoch

die strategische Bomberwaffe dadurch geraten, daß sie z.Zt. rapide eine entscheidende militärische Potenz einbüßt, ihre sogenannte „Penetrationsfähigkeit“ (2) – verursacht durch die quantitativ wie qualitativ erheblich verbesserte Luftabwehrkapazität der Sowjetunion.

Parallel zur Entscheidung für die mobile MX und die Cruise missiles strich Carter Ende der 70er Jahre alle durchentwickelten und z.T. produktionsreifen Bomberprojekte (B-70 / B-1) und brach die Produktion noch laufender Projekte ab (B-58 / FB-111). Was blieb, war die überalterte B-52-Flotte und Pläne für einen Bomber, der womöglich erst in den 90er Jahren zur Verfügung stünde – aber mit wiedergewonnener Penetrationsfähigkeit. Der B-1 als Übergangslösung wurde von Carter mit der Begründung verworfen, er sei zu kostspielig und überflüssig.

Da die Air Force aber nach wie vor auf der B-1 bestand, waren unter Carter zahlreiche Projekte in der Erörterung oder Vorplanung, ohne daß endgültige Entscheidungen gefällt wurden:



Einer der „Stealth“-Bomber-Entwürfe (Boeing)

Der 6 Mrd. $-Umbau der FB-111, eine modifizierte B-1-Version und ein neuer, aber auf Systemen des B-1 beruhender Typ.

Allen diesen Projekten war gemeinsam, daß sie unverhältnismäßig große Kosten verschlingen und eine einigermaßen gesicherte Schlagkraft nur bis zum Ende des Jahrzehnts aufweisen. Eine grundlegende Änderung der Lage wäre also nur zu erwarten von einem Waffensystem, das die Wirksamkeit auch derjenigen sowjetischen Radar- und Feuerleitsysteme erheblich beeinträchtigen könnte, die sich z.Zt. in der Entwicklung befinden. Eben dies wird vom „Stealth“-Bomber behauptet. (3)



Einer der „Stealth“-Bomber-Entwürfe (Boeing)

Der 6 Mrd. $-Umbau der FB-111, eine modifizierte B-1-Version und ein neuer, aber auf Systemen des B-1 beruhender Typ.

Allen diesen Projekten war gemeinsam, daß sie unverhältnismäßig große Kosten verschlingen und eine einigermaßen gesicherte Schlagkraft nur bis zum Ende des Jahrzehnts aufweisen. Eine grundlegende Änderung der Lage wäre also nur zu erwarten von einem Waffensystem, das die Wirksamkeit auch derjenigen sowjetischen Radar- und Feuerleitsysteme erheblich beeinträchtigen könnte, die sich z.Zt. in der Entwicklung befinden. Eben dies wird vom „Stealth“-Bomber behauptet. (3)

Durch eine ganze Palette von Maßnahmen soll diese Fähigkeit erreicht werden können. Prototypen fliegen bereits. Bis zu den Jahren der Indienststellung des „Stealths“-Bombers werden der B-1 offiziell gute Chancen zugeschrieben, die sowjetische Abwehr zu unterlaufen. Dann in dieser Rolle durch den „Stealth“-Bomber abgelöst, soll sie, ebenso wie heute schon die B-52, Träger für Cruise missiles werden. Ein teurer Lückenfüller für die 2. Hälfte der 80er Jahre. (4)

**Eigenschaften von US-Trägerwaffen und Bombern**
SSKP (%): Single Shot Kill Probability
(Zerstörungswahrscheinlichkeit für gehärtete Ziele bis 4000 lb/sqin)

| Typ | Zahl der Raketen insges. | pro U-Boot | Reichweite (km) | Sprengk. (MT)* | SSKP (%) |
|---|---|---|---|---|---|
| *SLBM* | | | | | |
| Polaris A-3 | 160 | 16 | 4600 | 0,6 | 5 |
| Poseidon C-3 | 496 | 16 | 4600 | 100,05/80,1 | –/5 |
| Trident C-4 | 240 | 24 | 7000 | 80,1 | 6 |

| Typ | Zahl | Reichweite (km) | Geschw. (Mach) | Bewaffnung | Indienststellg. |
|---|---|---|---|---|---|
| *Strategische Bomber* | | | | | |
| B-52 | 347 | 20000 | 0,95 | Bomben, Sram, ALCM | ab 1956 |
| FB-111 | 65 | 9600 | 2,5 | Bomben, Sram | 1969 |
| B-1 | (100) | | 0,85 | Sram, ALCM | ab 1986 |
| *Bewaffnung* | | | | *Sprengkr. (MT)* | |
| Sram | ca. 1000 | 55 – 170 | 3 | 0,2 | 1972 |
| ALCM | | 1200/2400 | (Unterschall) | 0,2 | 1981 |

* Zahl der Sprengköpfe × Sprenkraft pro Sprengkopf – SLBM: Submarine launched Ballistic Missile (Unterseebootgestützte Interkontinentalrakete) – Sram: Short-Range-Attack-Missile (Luft-Boden-Flugkörper) – ALCM: Air launched Cruise Missile (Luft-Boden-Flugkörper)

## Das Trident-/Ohio-Waffensystem der Navy

Die erste SLBM, die alte Polaris, ein Waffensystem ohne jedes Vorbild, wurde in furiosem Tempo in nur wenigen Jahren vom Reißbrett zur Einsatzreife entwickelt. Die Trident (C-4) stolperte demgegenüber von einem Fiasko ins nächste. Obwohl im wesentlichen nur eine um eine Raketenstufe verlängerte C-3 (Poseidon), beanspruchte die C-4 die bisher längste Bauzeit aller vergleichbaren Marineprojekte. 1971 Beginn der Planung. Beabsichtige Indienststellung: 1976 – verschoben auf 1979 und dann auf 1980. Aber erst 1981 ist sie so weit; zwischen 3 bis 9 Jahre später als die sowjetischen SLBMs dieser Generation. Und während Jahr für Jahr 1 Raketen-U-Boot die US-Werften verlassen soll, sind es auf sowjetischen 8 Stück.

10 Jahre Bauzeit sorgten außerdem für die größte Kostensteigerung unter allen Marinebauvorhaben. Die 13 Einheiten umfassende U-Boot-Flotte der Ohio-Klasse sollte einschließlich der Trident-Bestückung 1976 noch 18,5, 2 Jahre später aber bereits 27,14 Mrd. $ kosten. Und das bei ebenfalls beträchtlichen Kostensteigerungen für andere Marineprojekte und vor allem den nicht voraussehbaren Kosten für die Präsenz der US-Flotte im Indischen Ozean! Die Carter-Administration, auf das große MX-Projekt eingenordet, gab deshalb im Rahmen des Fünfjahresprogrammes 1982-86 mehrere Studien über billigere Ersatzlösungen in Auftrag. Im Januar '81 stellten diese zur Entscheidung: Nach Fertigstellung von 12 Einheiten der Ohio-Klasse und nach Umrüstung von 12 Einheiten der älteren Lafayette-Klasse (von der Poseidon) auf die Trident soll ein unter 5 Alternativen ausgesuchtes Nachfolgeprojekt in Bau gehen. Die Bandbreite der Entscheidung, die Reagan schließlich zu treffen hatte, reichte vom effektivsten und teuersten Projekt, weitere Ohio-Boote zu bauen und mit verbesserten 24 Trident II (D-5) auszurüsten, bis zum schwächsten und billigsten, die Lafayette-Boote für die Aufnahme von je 16 Trident I umzubauen.

Noch vor der Grundsatzentscheidung im September ordnete Reagan die Beschleunigung des Trident-/Ohio-Projekts an: Nicht 1 Einheit pro Jahr, sondern alle 2 Jahre sollten 3 Einheiten an die Marine ausgeliefert werden.

Mit dem Nachrüstungsprogramm wurde diese Anweisung jedoch wieder zurückgenommen. Aber obwohl im September in der Frage alternativer Nachfolgeprojekte offenbar noch keine definitive Entscheidung gefällt wurde, ist immerhin sicher, daß die Trident II (D-5) gebaut werden soll und damit eine der stärkeren Lösungen in Betracht kommt. Die D-5, mit einer abermals deutlich vergrößerten Reichweite und einer Zielgenauigkeit, vergleichbar der der landgestützten Minuteman, soll erstmals der seegestützten ballistischen Raketenwaffe der USA eine gewisse Killerfähigkeit verleihen. Vor dem Ende dieses Jahrzehnts ist mit ihr aber nicht zu rechnen. Was bleibt denn an Schlagkraft bis dahin?

In Ermangelung dieser Killerfähigkeit kann die Trident I „nur“ gegen Ballungszentren und nicht verbunkerte militärische Ziele wirksam eingesetzt werden. Ihr entscheidender Fortschritt gegenüber der Poseidon besteht aber darin, daß ihre größere Reichweite den U-Booten einen entsprechend größeren Operationsraum auf den Ozeanen erschließt und damit einen größeren passiven Schutz bietet. Ein nuklearer Gegenschlag der USA könnte damit gegen das sowjetische Kerngebiet vom Indischen Ozean oder vom Seegebiet westlich Afrikas geführt werden. (5)

Die genannten Qualitäten beider Trident-Generationen sind wohl auch die Hauptgründe dafür, daß der maritime Teil der „Triade“ in Reagans Nachrüstungsgrogramm – gemessen an älteren Programmen – ein größeres Gewicht als je zuvor bekommen hat.



USS J. Madison mit 16 Poseidon-Startrohren

Trident-Bestückung 1976 noch 18,5, 2 Jahre später aber bereits 27,14 Mrd. $ kosten. Und das bei ebenfalls beträchtlichen Kostensteigerungen für andere Marineprojekte und vor allem den nicht voraussehbaren Kosten für die Präsenz der US-Flotte im Indischen Ozean! Die Carter-Administration, auf das große MX-Projekt eingenordet, gab deshalb im Rahmen des Fünfjahresprogrammes 1982-86 mehrere Studien über billigere Ersatzlösungen in Auftrag. Im Januar '81 stellten diese zur Entscheidung: Nach Fertigstellung von 12 Einheiten der Ohio-Klasse und nach Umrüstung von 12 Einheiten der älteren Lafayette-Klasse (von der Poseidon) auf die Trident soll ein unter 5 Alternativen ausgesuchtes Nachfolgeprojekt in Bau gehen. Die Bandbreite der Entscheidung, die Reagan schließlich zu treffen hatte, reichte vom effektivsten und teuersten Projekt, weitere Ohio-Boote zu bauen und mit verbesserten 24 Trident II (D-5) auszurüsten, bis zum schwächsten und billigsten, die Lafayette-Boote für die Aufnahme von je 16 Trident I umzubauen.

Noch vor der Grundsatzentschei-

die Hauptgründe dafür, daß der maritime Teil der „Triade“ in Reagans Nachrüstungsgrogramm – gemessen an älteren Programmen – ein größeres Gewicht als je zuvor bekommen hat.



USS J. Madison mit 16 Poseidon-Startrohren

## Die US-Strategie der Kompensation

Die Entwicklung dieser Strategie wird unter dem Eindruck der sowjetischen

Die US-Strategie der Kompensation

Die Entwicklung dieser Strategie wird unter dem Eindruck der sowjetischen

strategischen Nuklearrüstung von den US-Imperialisten seit 1975 forciert vorangetrieben. Die Elemente und Ziele dieser Strategie, die eine grundsätzliche Abwendung von aller bisherigen „Abschreckungs-“strategie bedeuten, sind von US-Verteidigungsminister Brown in seinem Jahresbericht 1979 in der wünschenswerten Klarheit dargelegt worden. (6)

„... *Ein Präsident wird sich verständlicherweise im Krisenfall niemals mit nur einem Plan zufriedengeben* ...“ (a.a.O.) Der „eine“ Plan ist die „gesicherte Vernichtung“ der Städte der Sowjetunion nach einem wie auch immer gearteten Angriff der Sozialimperialisten. Von dieser Strategie, die ja das Risiko der Zerstörung der amerikanischen Städte beinhaltet, möchten die US-Imperialisten angesichts der zunehmenden Stärke der Sozialimperialisten herunterkommen zugunsten von Optionen unterhalb dieser unbegrenzten Ebene des Nuklearkrieges.

„... *Wir müssen über Kräfte verfügen, die zahlenmäßig und qualitativ in der Lage sind, einen gelungenen Überraschungsangriff zu überleben* ...“ (a.a.O.) Ihr Ziel suchen die US-Imperialisten in der Defensive zu erreichen: Die US-strategischen Streitkräfte müssen maximal einen entwaffnenden Erstschlag der UdSSR überstehen können und stark genug sein, flexible Gegenangriffe auf die UdSSR zu führen. Von daher ergeben sich die Anstrengung, die Überlebensfähigkeit und Durchbruchsfähigkeit der strategischen US-Streitkräfte zu sichern. Besonders wichtig und charakteristisch sind die Pläne, die Nachrichtensysteme redundant (d.h. mehrfach abgesichert) auszubauen; die Anforderungen an die Logistik der strategischen Waffen werden *wesentlich* größer, wenn flexible und gezielte atomare Gegenstöße durchgeführt werden sollen.

„... *müssen unsere Streitkräfte in der Lage sein, eine umfassende Liste von Zielen*

auszubauen; die Anforderungen an die Logistik der strategischen Waffen werden *wesentlich* größer, wenn flexible und gezielte atomare Gegenstöße durchgeführt werden sollen.

„... *müssen unsere Streitkräfte in der Lage sein, eine umfassende Liste von Zielen*

*abzudecken, aber auch Ziele auszusparen* ...“ (a.a.O.) Diese Zielliste umfaßt: Truppenkonzentrationen, strategische Objekte im Hinterland, militärisch-industrielle Produktionsanlagen, „gehärtete“ Ziele (Kommando- und Munitionsbunker, Raketenbunker) sowie die Städte und Produktionszentren generell. Es hängt von der Entwicklung des Krieges ab, welche Ziele sich die US-Imperialisten im Fall des Falles heraussuchen.

„... *im Rahmen eines Zweitschlages die zurückgehaltenen Flugkörper ausschalten* ...“ (a.a.O.) Nur ein Teil der sowjetischen ICBMs (SS-17/18/19) ist für einen entwaffnenden Erstschlag auf US-Bunker geeignet, die restlichen aber sehr wohl, um die Vernichtung der amerikanischen Städte und Produktionszentren durchzuführen. Eine besondere strategische Aufgabe ist deshalb die Ausschaltung dieser sowjetischen ICBMs (und möglichst der anderen Träger), um das Überleben des Produktionsapparates des US-Imperialismus zu sichern.

„... *kommen unsere Theatre Nuclear Forces (d.s. eurostrategische Kernwaffen) in vielen Fällen mit den strategischen Streitkräften zum Einsatz* ...“ (a.a.O.) Wertvolle Ergänzung und Abrundung der Kompensationsstrategie sollen die eurostrategischen Waffen (Pershing II und Cruise Missile) werden; von ihren Eigenschaften her können diese sehr gut Aufgaben im Rahmen der „Zielliste“ erfüllen. Über die nuklearen Planungsstäbe der NATO, denen auch Teile der strategischen US-Streitmacht unterstellt sind, wird die Unterordnung des Militärbündnisses (auch was die konventionelle Kriegsführung anbetrifft) unter die US-Strategie sichergestellt.

„... *Reaktionen, die dem Gegner keine Hoffnung auf Erreichen eines sinnvollen Zieles lassen* ...“ (a.a.O.) Das Wesen der Kompensationsstrategie besteht darin, den Sozialimperialisten auf jeden Fall den Zugriff zum Kriegsziel, die Eroberung Westeuropas zu verbauen. Zur Absicherung der konventionellen Operationen der NATO werden dabei eine Reihe von Nuklearschlägen eingeplant, deren Art und Wucht durch die Entwicklung auf dem europäischen Gefechtsfeld bestimmt werden. Unter diesen Bedingungen kann die NATO-Strategie der flexible response „unverändert“ weiterbestehen – aber sie ist trotzdem nicht mehr dasselbe. Weil ihre Grundlage nicht mehr „Abschreckung“ (d.h. gesicherte Vernichtung) ist, sondern Kriegsführung.

## Militärische und politische Konsequenzen der US-Strategie

Die gegenwärtigen Entscheidungen über das Rüstungsprogramm werden bis in die 90er Jahre die Qualität und das Potential der strategischen Streitkräfte des US-Imperialismus festlegen. Die Reagan-Administration hat versucht, im Vorfeld des Entscheidungsprozesses dieses Rüstungsprogramm propagandistisch mit „Amerikas Größe und Überlegenheit“ zu verkaufen. Tatsächlich kann man dem Programm, militärisch, einige starke Momente nicht absprechen: die technische Überlegenheit der strategischen Kernwaffen, die den US-Imperialisten eine von ihrem Gegner nicht erreichbare Flexibilität in der Nuklearkriegsführung geben soll. Aber: Erst gegen 1990 können sie über dieses Potential verfügen, und eine neue Qualität werden sie damit nicht erreichen. In wesentlichen Punkten werden die Sozialimperialisten ihnen um 5 Jahre zuvorkommen. Das strategische Potential der UdSSR wird in seiner Wirkung oft unterschätzt; aber man muß bedenken, daß die Sowjettruppen auch mit ihren einfacher strukturierten Waffen zu ihren Zielen kommen können – und ihr Potential für einen entwaffnenden Erstschlag schon 1985 zur Verfügung stehen kann. Daß der US-Imperialismus überhaupt die defensive Kampfform vorsehen mußte, liegt nicht zuletzt an der Schwäche seiner konventionellen Truppen, verglichen mit den sowjetischen Streitkräften.

Die defensive Konzeption entspricht aber auch seinen strategischen Interessen, das eigene ökonomische und politische Potential gegenüber der anderen Supermacht wirken zu lassen, um deren militärische Stärke zu entkräften oder den Krieg wenigstens zu verzögern. Die Konsequenz der US-Strategie ist der Versuch, Europa als Gefechtsfeld zur Disposition zu stellen – mit allen militärischen Folgen – und die Armeen der europäischen Verbündeten für die US-strategischen Ziele in die

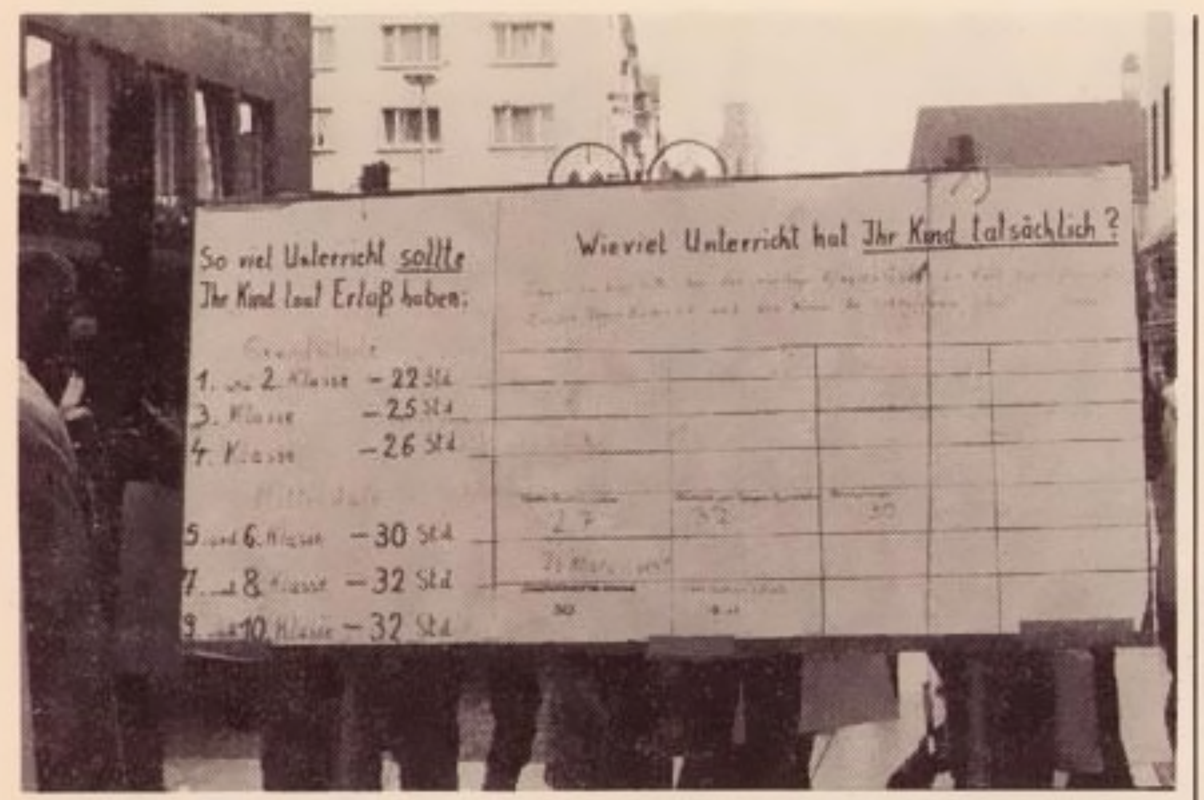
fen, die den US-Imperialisten eine von ihrem Gegner nicht erreichbare Flexibilität in der Nuklearkriegsführung geben soll. Aber: Erst gegen 1990 können sie über dieses Potential verfügen, und eine neue Qualität werden sie damit nicht erreichen. In wesentlichen Punkten werden die Sozialimperialisten ihnen um 5 Jahre zuvorkommen. Das strategische Potential der UdSSR wird in seiner Wirkung oft unterschätzt; aber man muß bedenken, daß die Sowjettruppen auch mit ihren einfacher strukturierten Waffen zu ihren Zielen kommen können – und ihr Potential für einen entwaffnenden Erstschlag schon 1985 zur Verfügung stehen kann. Daß der US-Imperialismus überhaupt die defensive Kampfform vorsehen mußte, liegt nicht zuletzt an der Schwäche seiner konventionellen Truppen, verglichen mit den sowjetischen Streitkräften.

Die defensive Konzeption entspricht aber auch seinen strategischen Interessen, das eigene ökonomische und politische Potential gegenüber der anderen Supermacht wirken zu lassen, um deren militärische Stärke zu entkräften oder den Krieg wenigstens zu verzögern. Die Konsequenz der US-Strategie ist der Versuch, Europa als Gefechtsfeld zur Disposition zu stellen – mit allen militärischen Folgen – und die Armeen der europäischen Verbündeten für die US-strategischen Ziele in die

Bresche springen zu lassen. Das ist gegenüber den Sozialimperialisten sicher eine starke Option. Denn: Unabhängig vom militärischen Ausgang des Krieges droht sie zu verhindern, daß der Sozialimperialismus sein Kriegsziel erreicht und Westeuropa als dringend notwendige „Frischzellenkur“ in das Sowjetimperium eingliedern kann. Eine solche Strategie verschärft aber für die USA zwangsläufig die politischen Probleme, die nuklearen Rüstungsprogramme in Europa durchzusetzen.

Diese besondere strategische Konstellation erlaubt es den Sozialimperialisten, als relative Friedensengel propagandistisch tätig zu werden – mit einigem Erfolg – obwohl sie die treibende Kraft der nuklearen Kriegsführung sind. Es ist gut, wenn immer mehr Menschen die Pläne der US-Supermacht durchschauen und angreifen – und die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses verhindern; besser ist es, wenn die Positionen und das Zusammenspiel der Pläne beider Supermächte durchschaut werden.

(1) Die B-1 soll pro Stück 200 Mio. $ kosten – gegenüber den 18 Mio. für 1 MX; zu Buche schlagen aber vor allem die laufenden Kosten für die ständig fliegenden Verbände. – (2) Fähigkeit, in den feindlichen Luftraum einzudringen. Die Überlebensfähigkeit der B-52 wurde 1980 auf unter 60% taxiert; 1990 soll sie nur noch maximal 30% betragen. – (3) Stealth = Heimlichkeit; „Tarnbomber“ – (4) Das 1. B-1-Geschwader soll 1986 in Dienst gestellt werden. – (5) Siehe die Abb. 1 in KVZ 36/81, S.9 – (6) H.Brown (Vert.-Min. unter Carter): Schwerpunkte des amerikanischen Verteidigungsprogramms (Jahresbericht 1979), Europa Archiv 16, 1979, S. D413ff.




*Frankfurt*. Für den 27.10. hatte die GEW Hessen zu Aktionen gegen die Kürzung der Anwärterbezüge und Lehrerarbeitslosigkeit aufgerufen. Solche Aktionen fanden in sechs hessischen Städten statt. In Frankfurt beteiligten sich an einer Kundgebung etwa 200 Lehramts- und Rechtsreferendare und Umschüler, denen das Unterhaltsgeld gekürzt werden soll. Am Morgen hatten sich die Lehramtsreferendare gemeinsam arbeitslos gemeldet. *Düsseldorf*. An der Demonstration der Landesvereinigung der Lehramtsanwärter beteiligten sich 2500. Eine Unterschriftensammlung gegen die Stellen- und Mittelkürzungen wurde eingeleitet.

## Tarifabschlüsse in der Mineralölindustrie

*kvz*. Einheitlich wurde überall eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 5% vereinbart. Die Erhöhung des Urlaubsgeldes liegt je nach dem Betrieb zwischen 192 DM und 230 DM. Neben verschiedenen Verlängerungen der Urlaubsdauer für 1982 wurde bei der Esso AG, der Deutschen Shell AG und der Esso Chemie GmbH für 1983 ein Jahresurlaub von 30 Tagen für alle festgelegt. Neben einer allgemeinen Erhöhung der Schichtzulagen gab es folgende zusätzliche freie Tage: Bei Esso AG – je nach Schichtart – 2, 3 oder 6 Zusatztage (dasselbe bei Esso Chemie GmbH); bei der Deutschen Texaco AG gibt es für Beschäftigte im vollkontinuierlichen Schichtdienst und Beschäftigte über 55 Jahre einen zusätzlichen Tag (Erhöhung auf drei Tage); Deutsche Shell AG und Mobil Oil AG jeweils für Beschäftige über 55 drei Tage frei (bisher zwei Tage). Nicht abgeschlossen wurde mit der Deutschen BP AG, wo am 5. November die vierte Verhandlungsrunde stattfindet.

## Hessische Landesfrauenkonferenz gegen Startbahn-West

*mfl*. Einstimmig (bei fünf Enthaltungen) haben die Delegierten der 10. hessischen Landesfrauenkonferenz den Polizeieinsatz gegen die Startbahngegner, insbesondere den ,,brutalen Polizeieinsatz" am 11. Oktober nach einer Kundgebung verurteilt. Die anwesenden 50 Delegierten fordern, daß die Verantwortlichen – Gries, Börner und Gemmer – zur Verantwortung gezogen werden und alle Baumaßnahmen unverzüglich eingestellt werden. Das Argument des DGB-Vorstandsmitglieds Gert Lütgert, die Gesichtspunk-

## Das Heinze-Urteil macht Schule

*kvz*. Bei der Firma A. Kiekert Söhne (AKS) in Heiligenhaus/Rheinland hat das Heinze-Urteil einigen Aufruhr verursacht. Bei AKS (Autoschlösser, Türen) sind die 1200 Männer und Frauen gleich eingestuft, aber nur die Männer bekommen eine Zulage von 51 Pf. pro Stunde. Den Frauen gehen dadurch fast 90 DM im Monat verloren. ,,Ein klarer Heinze-Fall und 'ne Sauerei", war der Kommentar der Frauen. Zuerst 30 und dann 200 Frauen beteiligten sich an zwei spontanen Streiks. Betriebsrat und IG-Metall unterstützen die Frauen. Der Personalchef wie üblich nicht. Er verweist auf eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, die die Zulagenregelung absegne. Wie der Betriebsrat klarstellt, wurde diese sogenannte Vereinbarung nie unterschrieben. Die Aussichten der Frauen, sich hier durchzusetzen, sind offenbar sehr günstig.

## Ortsstellenversammlung Bornheim der IG BSE

*kvz.Frankfurt*. Auf der Ortsstellenversammlung Bornheim in der IG BSE wurden am 27.10. zwei Anträge an den Bezirksverbandstag vorgelegt, die auch beide angenommen wurden. 1. Antrag gegen den Bau der Startbahn West. 2. Antrag zur Änderung der Steuergesetze (Erhöhung des Grundfreibetrages auf den monatlichen Durchschnittsbruttolohn eines Facharbeiters). Auf der gleichen Versammlung wurde ein neuer 5köpfiger Vorstand und 2 Delegierte zum Bezirksverbandstag gewählt, die sich allesamt entschieden gegen den Bau der Startbahn West ausgesprochen haben. Ebenfalls wurde eine Solidaritätsadresse ans VDM-Stammwerk Heddernheim geschickt. ,,Wir

AG, der Deutschen Shell AG und der Esso Chemie GmbH für 1983 ein Jahresurlaub von 30 Tagen für alle festgelegt. Neben einer allgemeinen Erhöhung der Schichtzulagen gab es folgende zusätzliche freie Tage: Bei Esso AG – je nach Schichtart – 2, 3 oder 6 Zusatztage (dasselbe bei Esso Chemie GmbH); bei der Deutschen Texaco AG gibt es für Beschäftigte im vollkontinuierlichen Schichtdienst und Beschäftigte über 55 Jahre einen zusätzlichen Tag (Erhöhung auf drei Tage); Deutsche Shell AG und Mobil Oil AG jeweils für Beschäftige über 55 drei Tage frei (bisher zwei Tage). Nicht abgeschlossen wurde mit der Deutschen BP AG, wo am 5. November die vierte Verhandlungsrunde stattfindet.

Hessische Landesfrauenkonferenz gegen Startbahn-West

mfl. Einstimmig (bei fünf Enthaltungen) haben die Delegierten der 10. hessischen Landesfrauenkonferenz den Polizeieinsatz gegen die Startbahngegner, insbesondere den ,,brutalen Polizeieinsatz" am 11. Oktober nach einer Kundgebung verurteilt. Die anwesenden 50 Delegierten fordern, daß die Verantwortlichen – Gries, Börner und Gemmer – zur Verantwortung gezogen werden und alle Baumaßnahmen unverzüglich eingestellt werden. Das Argument des DGB-Vorstandsmitglieds Gert Lütgert, die Gesichtspunk-

fast 90 DM im Monat verloren. ,,Ein klarer Heinze-Fall und 'ne Sauerei", war der Kommentar der Frauen. Zuerst 30 und dann 200 Frauen beteiligten sich an zwei spontanen Streiks. Betriebsrat und IG-Metall unterstützen die Frauen. Der Personalchef wie üblich nicht. Er verweist auf eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, die die Zulagenregelung absegne. Wie der Betriebsrat klarstellt, wurde diese sogenannte Vereinbarung nie unterschrieben. Die Aussichten der Frauen, sich hier durchzusetzen, sind offenbar sehr günstig.

Ortsstellenversammlung Bornheim der IG BSE

kvz.Frankfurt. Auf der Ortsstellenversammlung Bornheim in der IG BSE wurden am 27.10. zwei Anträge an den Bezirksverbandstag vorgelegt, die auch beide angenommen wurden. 1. Antrag gegen den Bau der Startbahn West. 2. Antrag zur Änderung der Steuergesetze (Erhöhung des Grundfreibetrages auf den monatlichen Durchschnittsbruttolohn eines Facharbeiters). Auf der gleichen Versammlung wurde ein neuer 5köpfiger Vorstand und 2 Delegierte zum Bezirksverbandstag gewählt, die sich allesamt entschieden gegen den Bau der Startbahn West ausgesprochen haben. Ebenfalls wurde eine Solidaritätsadresse ans VDM-Stammwerk Heddernheim geschickt. ,,Wir

te der Arbeitsplätze zu berücksichtigen, machte bei den anwesenden Frauen wenig Eindruck. Die IGM-Delegierte bezeichnete es als ,,geradezu rührend", wie die Landesregierung ,,mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln" den Kampf um Arbeitsplätze führt. Denn: ,,Wo sind Wasserwerfer und Gummiknüppel gegen die Herren von VDM und Adler?"

unterstützen Euren Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze beim VDM-Stammwerk Heddernheim und wünschen Euch viel Erfolg."

## Maßnahmen gegen die Sparpläne werden beraten

*kvz*. Die Bezirkskonferenz der Postgewerkschaft des Bezirks München fordert in einer Resolution an den Hauptvorstand der Postgewerkschaft, den Bundespostminister, Kurt Gscheidle, aus der Deutschen Postgewerkschaft auszuschließen. Begründet wurde das mit den horrenden Stelleneinsparungen bei der Bundespost. Die Gewerkschaft hat für 1982 einen Neubedarf von 15000 Beamten, Angestellten und Arbeitern angemeldet. Davon wurden vom Postminister 2000 Stellen bewilligt. Dies führt zu einer noch weiteren Steigerung der ohnehin schon hoch liegenden Überstundenlast. Schon jetzt hätte man z.B. bei den Münchener Postämtern einen täglichen Überhang von mehr als 250000 Briefen, die erst mit einem Tag Verspätung ausgeliefert werden könnten. Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung würden besonders die weniger verdienenden Beamten, wie Briefzusteller, Telephonentstörer und Schalterbeamten treffen. 80 Prozent der Postbeamten gehörten dem einfachen und mittleren Dienst an. Diese Tatsachen erhöhen die Streikbereitschaft unter den Postbediensteten.

## *Kurzmeldungen:*

**Die für tarifrechtliche Auseinandersetzungen zuständige amerikanische Bundesbehörde FLRA** hat entschieden, daß die Fluglotsengewerkschaft PATCO ihr Existenzrecht dadurch verwirkt habe, daß sie durch ihren Streikaufruf bewußt gegen das Gesetz verstoßen habe. Durch eine Eingabe der PATCO wurde eine einstweilige Verfügung gegen die beabsichtigte Gewerkschaftsauflösung bei einem Bundesappellationsgericht erreicht. Dieser Aufschub hat Gültigkeit, bis das Gericht eine Erwiderung der Regierung auf die PATCO-Eingabe erhält. Die Gewerkschaft will bis zum Obersten Bundesgericht gehen.

**Die 57000 amerikanischen VW-Arbeiter** drohen mit Streik, falls man sich bis zum 2. November nicht über einen neuen dreijährigen Tarifvertrag mit der Volkswagen of America einigen. Es geht vor allem um eine Anpassung an das in Detroit übliche Lohnniveau sowie um zusätzliche Sozialleistungen.

**Italiens Flughäfen waren einige Stunden durch einen Streik der Feuerwehrleute** blockiert. Ihre Forderungen sind: mehr Lohn, mehr Fleisch in den Kantinen und mehr Personal. Die Regierung hatte sich geweigert, ihnen eine monatliche Gefahrenzulage von umgerechnet ca. 120 DM zu zahlen. Das Innenministerium hat jetzt Gespräche mit der Gewerkschaft vereinbart.

# Die Position der Ortskrankenkassen zum Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz

*hev*. So wie die Versicherten selbst werden auch die Kassen nur als Zuschauer zugelassen, wenn (voraussichtlich am 28./29. Oktober) das Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz in 2. und 3. Lesung im Bundestag beraten wird. Sie durften zwar in Anhörungen ihre Einwände vorbringen, aber groß geschert hat sich die Regierung nicht darum. Die Opposition setzt sowieso nicht auf die Kassen, sondern auf Ärzte, Pharmaindustrie und freigemeinnützige Krankenhausträger.

Der Bundesverband der Ortskrankenkassen kritisiert vor allem, daß diejenigen, die an der Gesundheitsversorgung *verdienen*, relativ *ungeschoren* davon kommen, während ,,Kostendämpfung vorrangig durch mehr Selbstbeteiligung der Versicherten bei Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sowie Fahrtkosten erzielt werden" soll. So sei das Ziel, das er unterstütze, nämlich die Beitragssätze stabil zu halten und die medizinische Versorgung wirtschaftlicher und bedarfsgerechter zu gestalten nicht zu erreichen. Er fordert ,,sowohl gleichgewichitge Beiträge aller Leistungsanbieter bzw. Vertragspartner, namentlich bei der Arzneimittelversorgung und der Krankenhausbehandlung, als auch eine gleiche Verpflichtung aller Kassenarten zur Kostendämpfung".

Die Ortskrankenkassen konzentrieren ihre Kritik auf drei Punkte. Erstens sehen sie nicht ein, daß die *Ersatzkassen ihnen gegenüber privilegiert* sind und für sie keine Verpflichtung zu Kostendämpfungsmaßnahmen besteht, sondern diese ihre günstigere Versichertenstruktur, das heißt bessere Einnahmen bei geringeren Ausgaben, durch relativ günstige Angebote für die Versicherten weiter dazu nutzen zu können, die ,,schlechteren Risiken" auf die AOKs abzuwälzen. So liegt beispielsweise das Durchschnittsalter der Mitglieder bei den Ortskrankenkassen mit 37,6 Jahren über dem Durchschnitt in der gesetzlichen Krankenversicherung mit 37,1 Jahren. In den letzten 5 Jahren hat der Anteil der über 45jährigen bei den AOKs zu-, bei den Angestellten-Ersatzkassen jedoch abgenommen.

Zweitens verlangen sie Maßnahmen zur *Begrenzung des Kostenanstiegs bei den Arzneimitteln*, die die Pharmaindustrie treffen sollen. Während die Ausgaben der Versicherungen insgesamt im 1. Halbjahr 1980 um ca. 7% stiegen, betrug der Anstieg bei den Arzneimitteln nahezu 10%. Der Vorschlag: Medikamentenlisten mit denjenigen Arzneimitteln, die die Kassen verschreiben (sogenannte Positivliste) und Verschärfung des Arzneimittelrechts.

Drittens wird als derzeit entscheidend die *Einbeziehung der Krankenhäuser in die Maßnahmen zur Kostendämpfung* angesehen. Das Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz war im Juli 1980 zum zweitenmal am Widerstand der Länder gescheitert, der seit Juni 1981 vorliegende Entwurf scheint die Bundesratshürde wiederum nicht nehmen zu können. An diesem Gesetz scheiden sich alle an der Gesundheitsversorgung interessierten Geister, und es bilden sich ungewohnte Koalitionen. Hier gehen niedergelassene Ärzte zusammen mit den Krankenkassen gegen die Chefärzte zusammen mit der ÖTV – aber nicht immer. Bei der Frage der Einrichtung von Ambulanzen an den Krankenhäusern gehen die Chefärzte mit den Kassen gegen die niedergelassenen Ärzte. Freunde und Gegner finden sich über den Geldbeutel. Als Kernpunkte einer strukturellen Reform, die die AOKs anstreben, gelten die Festsetzung des Pflegesatzes und die Reduzierung der Zahl der Krankenhausbetten. Die Kassen sprechen von regionalen Überkapazitäten, eine Auffassung, der mit pauschalen Argumenten gegen *jede* Reduzierung von Krankenhausbetten nicht beizukommen ist. Die Auseinandersetzung, wie viele Betten gebraucht werden, ist wesentlich eine örtliche und regionale.

Dann sind sie für Abschaffung des ,,Selbstkostendeckungsprinzips" bei der Ermittlung der Pflegesätze. Nach geltendem Recht sind diese Selbstkosten auf der Grundlage eines sparsam wirtschaftenden, leistungsfähigen Krankenhauses zu bilden – was immer das ist. Hier wollen die AOKs keine Erhöhungen über der Steigerung der Grundlohnsumme akzeptieren und dazu übergehen, die Pflegesätze vorher, nicht wie bisher im Nachhinein, zu vereinbaren. Die gut wirtschaftenden Krankenhäuser würden dann einen Gewinn, die schlechteren einen Verlust machen.

Da bei allen Vorschlägen, die die Ortskrankenkassen machen, immer stärker die Forderung nach selbständigem Handeln gegenüber den an der Gesundheitsversorgung sich teilweise goldene Nasen verdienenden ,,Leistungsanbietern" als eigentlicher Kern der Angelegenheit hervorgehoben wird, müssen ihre Vorschläge nicht nur unter dem kurzfristigen Aspekt der Kostendämpfung, sondern auch unter dem langfristigen der Stärkung der Selbstverwaltung bewertet werden.



Nach Statistiken der Krankenkassen gehören die psychischen Erkrankungen mit zu den Hauptursachen der Frühverrentung. Das Seminar für Soziologie an der Kölner Universität erstellte dazu eine Untersuchung. Danach sind besonders Arbeiterinnen mit immer wiederkehrenden Routinearbeiten wie z.B. Fließbandarbeit davon betroffen.

10 Millionen streiken gegen Reallohnabbau

Die Ortskrankenkassen konzentrieren ihre Kritik auf drei Punkte. Erstens sehen sie nicht ein, daß die Ersatzkassen ihnen gegenüber privilegiert sind und für sie keine Verpflichtung zu Kostendämpfungsmaßnahmen besteht, sondern diese ihre günstigere Versichertenstruktur, das heißt bessere Einnahmen bei geringeren Ausgaben, durch relativ günstige Angebote für die

nehmen zu können. An diesem Gesetz scheiden sich alle an der Gesundheitsversorgung interessierten Geister, und es bilden sich ungewohnte Koalitionen. Hier gehen niedergelassene Ärzte zusammen mit den Krankenkassen gegen die Chefärzte zusammen mit der ÖTV – aber nicht immer. Bei der Frage der Einrichtung von Ambulanzen an den Krankenhäusern gehen die Chefärzte

gem Handeln gegenüber den an der Gesundheitsversorgung sich teilweise goldene Nasen verdienenden ,,Leistungsanbietern" als eigentlicher Kern der Angelegenheit hervorgehoben wird, müssen ihre Vorschläge nicht nur unter dem kurzfristigen Aspekt der Kostendämpfung, sondern auch unter dem langfristigen der Stärkung der Selbstverwaltung bewertet werden.



Nach Statistiken der Krankenkassen gehören die psychischen Erkrankungen mit zu den Hauptursachen der Frühverrentung. Das Seminar für Soziologie an der Kölner Universität erstellte dazu eine Untersuchung. Danach sind besonders Arbeiterinnen mit immer wiederkehrenden Routinearbeiten wie z.B. Fließbandarbeit davon betroffen.

# 10 Millionen streiken gegen Reallohnabbau

### Der Angriff der Confindustria verringert die Spaltung zwischen den italienischen Gewerkschaftsverbänden

*hah*. ,,Wir sind bereit, über Mobilität, Produktivität und anderes zu verhandeln, aber nicht über den Reallohn, über die Antastung der Scala mobile ... Der Regierung sagen wir, daß alle Diskussionen überflüssig sind, wenn die Confindustria nicht vorher ihr Entweder – Oder zurückzieht: Entweder Scala mobile oder Tarifverträge. Die Regierung muß sich entscheiden, ob ihr anfängliches Programm, das keinen Reallohnabbau vorsah, noch gilt." So am vergangenen Freitag Benvenuto, der Generalsekretär des ,,rechtesten" Gewerkschaftsverbandes UIL vor 100000 Arbeitern in Mailand. An dem vierstündigen landesweiten Streik, zu dem die drei Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL die Industrie- und Landarbeiter aufgerufen hatten, beteiligten sich etwa 10 Millionen. In verschiedenen Provinzen, so in Mailand, Rom, Bologna nahm dieser Streik den Charakter eines Generalstreiks an: auch die Banken und Geschäfte waren geschlossen, die Schulen, Krankenhäuser und öffentlichen Verwaltungen waren aufgrund von Streikversammlungen lahmgelegt.

Unmittelbarer Anlaß war das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Unternehmerdachverband Confindustria und den Gewerkschaften über die Entwicklung der Lohnkosten und die Inflationsbekämpfung. In diese Verhandlungen waren die Gewerkschaften zunächst gespalten hineingegangen: Innergewerkschaftlicher Streiktpunkt war die Frage, ob man im Rahmen eines programmierten ,,Einfrierens" der Inflation die Auszahlung eines Teils der vierteljährlich fällig werdenden automatischen Lohnausgleiche bis ans Jahresende verschieben solle oder nicht (vgl. KVZ 39, S. 14). Aber die Kapitalistenverbände wollen die wirtschaftliche Krise (jeder dritte Metallarbeiter macht Kurzarbeit; in Norditalien, dem Herzen der italienischen Industrie, hat sich die Kurzarbeit gegenüber 1980 verdreifacht) zu einem entscheidenden Durchbruch nutzen. Ein befristetes Einfrieren der Inflationsausgleiche ist ihnen zu wenig; sie fordern zusätzlich, daß sie nur halbjährlich fällig werden, was bedeutet, daß der inflationsbedingte jährliche Reallohnverlust auf die Hälfte der jährlichen Inflationsrate (zur Zeit 19%) anwachsen soll. Falls die Gewerkschaften diese ,,Lösung" nicht akzeptieren, würde in den demnächst auszuhandelnden Tarifverträgen (die in Italien immer für drei Jahre abgeschlossen werden) nicht mehr der geringste Spielraum für Lohnerhöhungen enthalten sein.

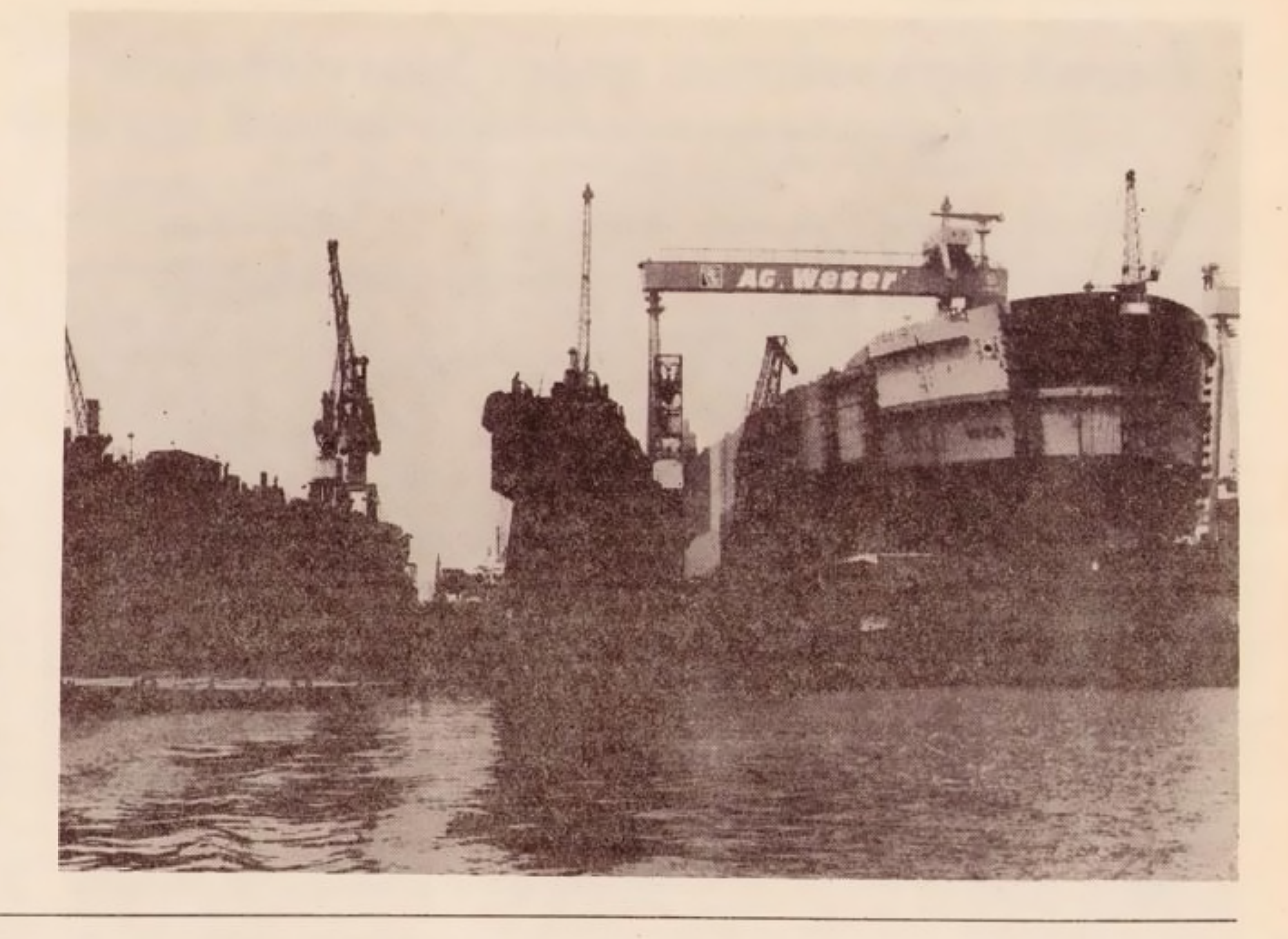
Womit die Confindustria ungewollt die drei Gewerkschaftsverbände halbwegs wieder zusammenschweißte, nämlich in der Ablehnung dieses Ultimatums. Aber der Kampf muß an zwei Fronten geführt werden. Die Regierung Spadolini droht, sie werde eine versprochene Milderung der Steuerprogressions-Kurve annullieren und sich bei der (auch so schon sehr drastischen) Erhöhung der öffentlichen Tarife keinerlei Hemmungen mehr auferlegen, wenn es zu keiner Einigung zwischen Gewerkschaften und Confindustria komme.

Obwohl die Gewerkschaftsführungen betonten, daß sich der landesweite Streik vom vergangenen Freitag in erster Linie gegen die Kapitalistenverbände richtete, um die Verhandlungstür zur Regierung nicht ganz zuzuschlagen, marschierten die Arbeiter in Wahrheit auch gegen die Regierung.

Der Streikverlauf zeigte aber auch, daß *eine* gefährliche Spaltung der italienischen Gewerkschaftsbewegung, die schon im letzten Jahr offensichtlich wurde, fortexistiert: Die Spaltung der Kampfkraft. Während in Mailand 100000 demonstrierten, waren es in Neapel 2000. In Turin, wo die FIAT-Arbeiter vor einem Jahr eine schwere Niederlage einstecken mußten, wagten die Gewerkschaftsverbände nicht einmal eine zentrale Kundgebung. Hier wurde nur die Parole ausgegeben, eine Stunde vor Schichtende mit der Arbeit aufzuhören, was in den FIAT-Werken nach Angaben der Unternehmensführung zu 10 bis 30%, nach Angaben der Gewerkschaftsführung zu 40 bis 50% befolgt wurde.

*AG-Weser-Werft Bremen:*

# Gegen die Schließung der Werft erweist sich die Mitbestimmung als untauglich




Arbeiter der AG-Weser-Werft erzählen. Über die Entwicklung der Krise, das Sanierungskonzept der Kapitalisten und über die falschen Hoffnungen auf Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft.

Wenn wir den Krisenbeginn in der Werftindustrie auf 1974/75 legen, war die erste Überlegung des Vorstandes, die Krise zu überstehen, sie nicht wahrzunehmen, sie für eine vorübergehende Erscheinung zu halten. Die Krise sei von kurzer Dauer, die man als Hamsterer durch Winterschlaf überstehen wolle, wurde sinnbildlich vom Vorstand geäußert. Dieser Winterschlaf beinhaltete verschiedene Maßnahmen gegen die Belegschaft: In mehreren Stufen sollte die Belegschaft von damals 5054 auf weniger Beschäftigte reduziert werden. Gewisse Zeiträume sollten mit bis zu 100% Kurzarbeit überbrückt werden. Weiter wurde den ausländischen Kollegen, wir hatten zum damaligen Zeitpunkt rund 1000 ausländische Kollegen, vornehmlich Türken, durch Abfindungen nahegelegt, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Insgesamt waren es Maßnahmen, die gegen die Kollegen gerichtet waren, sie sollten die Zeche zahlen, um, wie der Vorstand es nannte, ebenso gestählt wie ein Hamsterer aus der Erde zu kriechen und dann an der sich ergebenden Marktentwicklung wieder voll teilzunehmen.

1977, als die letzten Auftragsbestände zur Neige gingen, der letzte Tanker, 380000 dwt schon gar nicht mehr gebaut wurde, wurde immer deutlicher, daß diese Theorie des Überwinterns nicht funktionierte, weil der Winter zu

Werftindustrie auf 1974/75 legen, war die erste Überlegung des Vorstandes, die Krise zu überstehen, sie nicht wahrzunehmen, sie für eine vorübergehende Erscheinung zu halten. Die Krise sei von kurzer Dauer, die man als Hamsterer durch Winterschlaf überstehen wolle, wurde sinnbildlich vom Vorstand geäußert. Dieser Winterschlaf beinhaltete verschiedene Maßnahmen gegen die Belegschaft: In mehreren Stufen sollte die Belegschaft von damals 5054 auf weniger Beschäftigte reduziert werden. Gewisse Zeiträume sollten mit bis zu 100% Kurzarbeit überbrückt werden. Weiter wurde den ausländischen Kollegen, wir hatten zum damaligen Zeitpunkt rund 1000 ausländische Kollegen, vornehmlich Türken, durch Abfindungen nahegelegt, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Insgesamt waren es Maßnahmen, die gegen die Kollegen gerichtet waren, sie sollten die Zeche zahlen, um, wie der Vorstand es nannte, ebenso gestählt wie ein Hamsterer aus der Erde zu kriechen und dann an der sich ergebenden Marktentwicklung wieder voll teilzunehmen.

1977, als die letzten Auftragsbestände zur Neige gingen, der letzte Tanker, 380000 dwt schon gar nicht mehr gebaut wurde, wurde immer deutlicher, daß diese Theorie des Überwinterns nicht funktionierte, weil der Winter zu

lange werden würde. Der Vorstandsvorsitzende hat daraufhin kurzfristig mit seiner Verabschiedung geantwortet, weil er offensichtlich mit seinem Latein am Ende war. Übernommen hat die Geschäfte dann der Leiter der AG-Weser-Seebeck-Werft in Bremerhaven. Das erste, was er uns nahebrachte, war, daß aus dem Gemeinkostenbereich 250 bis 350 Beschäftigte entlassen werden müßten, was den langfristigen Tod zur Folge gehabt hätte. Entgegen dieser Intention des Vorstandes waren unsere Forderungen die,

*,,Haben wir es für sinnvoll gehalten, die politischen Kräfte in Bremen wachzurufen''*

daß die Werft auf den mittleren Schiffbau umgestellt werden müßte. Aber in diese Richtung gab es keinerlei Aktivitäten seitens der Geschäftsleitung. Im Gegenteil. Hinter unserem Rücken und ohne unser Wissen wurden Fusionsgespräche mit der Bremer Vulkan-Werft geführt. Nach den Fusionsgesprächen und auch heute haben wir die Überzeugung gewonnen, daß der Vorstand die Richtung verfolgt, die Werft Bremen abzustoßen, zu fusionieren, auf jeden Fall nicht weiterzubetreiben. Das wird auch daran deutlich, daß der Bremer Werft wichtige Zentralfunktionen wie Marketing oder Controlling weggenommen und der Bremerhavener Werft angegliedert werden. Man überläßt uns nur Zentralfunktionen, die Makulaturfunktion besitzen. Nachdem uns deutlich wurde, daß der AG-Weser-Werft in Bremen der Schiffsneubau genommen und die Werft zur Reparaturabteilung degradiert werden sollte, haben wir dem Vorstand mehrere Demonstrationen auf dem Werftgelände beschert. Dabei haben wir auch die Fregattentaufe genutzt. Das waren so die ersten größeren Auftritte unsererseits, und sie sind hervorragend diszipliniert abgelaufen. Diese Demonstrationen haben dazu geführt, daß der nächste Taufakt zum Stapellauf dann nicht mehr durchgeführt wurde, weil dem Reeder wohl geschrieben werden mußte, daß die Belegschaft diesen Taufakt dann sicher durch chaotische Ausschreitungen stören würde und für die Sicherheit der Taufgäste nicht garantiert werden könne.

Darüberhinaus haben wir es für sinnvoll gehalten, die politischen Kräfte in Bremen wachzurufen. Ausgehend von einer Betriebsversammlung haben wir einen Sternmarsch zum Marktplatz organisiert, wo die Bürgerschaft gerade tagte. Aber die hat es recht wenig interessiert, die Sitzung wurde nicht unterbrochen. Die verbalen Zusagen, die da gemacht wurden, waren auch recht – ja – flexibel, nicht greifbar. Oder wie ist das zu werten, wenn uns erzählt wird, daß die AG-Weser einen ähnlichen Stellenwert habe wie der Roland (Symbolfigur in Bremen für die Erstreitung des Marktrechtes des Bürgertums gegenüber den kirchlichen

Reparaturabteilung degradiert werden sollte, haben wir dem Vorstand mehrere Demonstrationen auf dem Werftgelände beschert. Dabei haben wir auch die Fregattentaufe genutzt. Das waren so die ersten größeren Auftritte unsererseits, und sie sind hervorragend diszipliniert abgelaufen. Diese Demonstrationen haben dazu geführt, daß der nächste Taufakt zum Stapellauf dann nicht mehr durchgeführt wurde, weil dem Reeder wohl geschrieben werden mußte, daß die Belegschaft diesen Taufakt dann sicher durch chaotische Ausschreitungen stören würde und für die Sicherheit der Taufgäste nicht garantiert werden könne.

Darüberhinaus haben wir es für sinnvoll gehalten, die politischen Kräfte in Bremen wachzurufen. Ausgehend von einer Betriebsversammlung haben wir einen Sternmarsch zum Marktplatz organisiert, wo die Bürgerschaft gerade tagte. Aber die hat es recht wenig interessiert, die Sitzung wurde nicht unterbrochen. Die verbalen Zusagen, die da gemacht wurden, waren auch recht – ja – flexibel, nicht greifbar. Oder wie ist das zu werten, wenn uns erzählt wird, daß die AG-Weser einen ähnlichen Stellenwert habe wie der Roland (Symbolfigur in Bremen für die Erstreitung des Marktrechtes des Bürgertums gegenüber den kirchlichen

und feudalen Interessen). Ich habe seitdem Angst um den Roland, daß er eines Nachts geklaut ist und keinen kümmerts.

Dann wurde uns das ,,Konzept zwei'' vorgelegt. Das ,,Konzept zwei'' ist ein Rechenmodell, in dem berechnet wird, was man sich an Verlusten insgesamt leisten kann. Dann wurde herausgerechnet, wie viel Leute beschäftigt werden können und wieviel Schiffbaustunden dafür hereingenommen werden können. Das Ergebnis dieses Konzeptes war, daß man den Schiffsneubauschwerpunkt nach Bremerhaven verlegen müßte und in Bremen nur noch begrenzt mal ein Schiff baut und das Schwergewicht auf Umbau und Reparatur gelegt wird. Nach diesem Konzept hatten wir nur noch Anspruch auf 2150 Beschäftigte. Im sozialen Bereich sah es erhebliche Einschränkungen vor. Verbunden war dieses Konzept weiter mit dem Abschluß eines Tarifvertrages, der die Austauschbarkeit zwischen den Werftbeschäftigten in Bremerhaven und Bremen gewährleisten sollte, der den Lohnunterschied zwischen diesen beiden Werften abbauen sollte, der auch eine Produktionsverlagerung, mal hier in Bremen, mal in Bremerhaven, je nach Beschäftigungsnotwendigkeit, ermöglichen sollte, durch einfache Zeitübernahme von hier nach dort und zurück. Die genannten Punkte waren Voraussetzungen des Konzepts. In Anbetracht der Konsequenzen für die Belegschaft und für die Existenz der Werft AG-Weser durch dieses Konzept ist der Betriebsrat zurückgetreten. Nicht etwa, wie dem Betriebsrat von einigen vorgeworfen wurde, um sich aus der Verantwortung zu stehlen, denn erstens hat er bis zur Neuwahl weiteramtiert und zweitens haben sich die meisten Kollegen wieder zur Wahl gestellt und sind auch mit großem Erfolg wiedergewählt worden. Es kam bei diesem Schritt darauf an, der Belegschaft und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie gefährlich die Situation würde, verunselbständigt, ohne Kontrollmöglichkeiten in diesen Verhältnissen, bei der Produktionsvorgabe. Nach unserer Einschätzung hätten wir keine langfristige Überlebenschance gehabt.

Da all diese Fragen mitbestimmungspflichtig sind, war unsere Stellungnahme die, daß wir unter diesen Bedingungen den Interessenausgleich nicht unterschreiben. Wir haben dann versucht, über die IG Metall und den Bremer Bürgermeister politische Vermittlung zu erreichen. Durch Anraten der IG Metall und auch der verantwortlichen Politiker sind wir dazu gebracht worden, gegen unseren Willen den Interessenausgleich zu unterschreiben. Dann haben die Tarifverhandlungen eingesetzt. Für uns war klar, daß man, nachdem man in der Frage des Interessenausgleiches mit solchen Mitteln unsere Unterschrift erreicht hat, es

tens haben sich die meisten Kollegen wieder zur Wahl gestellt und sind auch mit großem Erfolg wiedergewählt worden. Es kam bei diesem Schritt darauf an, der Belegschaft und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie gefährlich die Situation würde, verunselbständigt, ohne Kontrollmöglichkeiten in diesen Verhältnissen, bei der Produktionsvorgabe. Nach unserer Einschätzung hätten wir keine langfristige Überlebenschance gehabt.

Da all diese Fragen mitbestimmungspflichtig sind, war unsere Stellungnahme die, daß wir unter diesen Bedingungen den Interessenausgleich nicht unterschreiben. Wir haben dann versucht, über die IG Metall und den Bremer Bürgermeister politische Vermittlung zu erreichen. Durch Anraten der IG Metall und auch der verantwortlichen Politiker sind wir dazu gebracht worden, gegen unseren Willen den Interessenausgleich zu unterschreiben. Dann haben die Tarifverhandlungen eingesetzt. Für uns war klar, daß man, nachdem man in der Frage des Interessenausgleiches mit solchen Mitteln unsere Unterschrift erreicht hat, es

in den tarifvertraglichen Regelungen keine andere Verfahrensweise geben wird. Wir haben damit Recht behalten. Unsere Kollegen von der Tarifkommission in der Verhandlungskommission waren auch nicht in der Lage, wesentliche Veränderungen in den Vorstandsvorschlägen zu erreichen. Es ist ungeprüft geblieben, ob es Lohnunterschiede und wenn, wie hoch, zwischen den Werften gibt. Es ist am Ende kein Tarifvertrag herausgekommen, der die Austauschbarkeit sicherstellt oder die Bauteilverschiebung leichter macht als vorher, sondern es ist ganz einfach nur eine Lohnsenkung dabei herausgekommen. Die stellt sich wie folgt dar:

*,,Es ist ganz einfach nur eine Lohnsenkung herausgekommen''*

Durch die damaligen Entlassungen oder die damalige Aufhebungs-Vertrags-Aktion gegenüber unseren türkischen Kollegen sind in den Kostenstellenverrechnungseinheiten in bestimmten Gewerken die Lohndurchschnitte

keine andere Verfahrensweise geben wird. Wir haben damit Recht behalten. Unsere Kollegen von der Tarifkommission in der Verhandlungskommission waren auch nicht in der Lage, wesentliche Veränderungen in den Vorstandsvorschlägen zu erreichen. Es ist unge-

,,Es ist ganz einfach nur eine Lohnsenkung herausgekommen''

prüft geblieben, ob es Lohnunterschiede und wenn, wie hoch, zwischen den Werften gibt. Es ist am Ende kein Tarifvertrag herausgekommen, der die Austauschbarkeit sicherstellt oder die Bauteilverschiebung leichter macht als vorher, sondern es ist ganz einfach nur eine Lohnsenkung dabei herausgekommen. Die stellt sich wie folgt dar:

Durch die damaligen Entlassungen oder die damalige Aufhebungs-Vertrags-Aktion gegenüber unseren türkischen Kollegen sind in den Kostenstellenverrechnungseinheiten in bestimmten Gewerken die Lohndurchschnitte

angestiegen, weil nämlich die unteren Lohngruppen, von den Türken besetzt, von ihnen geräumt worden sind. Dadurch stieg der Lohngruppendurchschnitt. Diesen Lohngruppendurchschnitt hatte sich der Vorstand zum Ziel gesetzt zu senken, und zwar um eine halbe Lohngruppe. Das bedeutet Abgruppierung. Nach dem neuen Tarifvertrag müssen die Beschäftigten alle neu eingruppiert werden. Dabei kann es vorkommen, daß der eine oder andere ungeschoren davonkommt, aber andere werden um so deutlicher abgruppiert werden. Die Abgruppierung ist die eine Lohnminderung des neuen Tarifvertrages. In den Regularien der Leistungsabrechnung sind Veränderungen eingetreten. So sind die meisten Programmlohnbeschäftigten ab 1. Januar dazu verpflichtet, 6% mehr Leistung zu verrechnen. Weiter ist die Qualitätsprämie flexibler geworden, nämlich abzugsfähiger durch eine unzureichende Beschreibung der Qualität. Und drittens gibt es jetzt eine Nutzungsprämie als Bestandteil der Leistungskomponente innerhalb dieses Tarifvertrages, die, wir setzten mal niedrig an, bis zu 6% höhere Leistung erfordert. Zusammenfassend: Die alleinige Abgruppierung bedeutet auf das Jahr gesehen, daß man Beträge zwischen 0,80 DM und 1 DM bei einer Lohngruppe pro Stunde verlieren

Lohngruppen, von den Türken besetzt, von ihnen geräumt worden sind. Dadurch stieg der Lohngruppendurchschnitt. Diesen Lohngruppendurchschnitt hatte sich der Vorstand zum Ziel gesetzt zu senken, und zwar um eine halbe Lohngruppe. Das bedeutet Abgruppierung. Nach dem neuen Tarifvertrag müssen die Beschäftigten alle neu eingruppiert werden. Dabei kann es vorkommen, daß der eine oder andere ungeschoren davonkommt, aber andere werden um so deutlicher abgruppiert werden. Die Abgruppierung ist die eine Lohnminderung des neuen Tarifvertrages. In den Regularien der Leistungsabrechnung sind Veränderungen eingetreten. So sind die meisten Programmlohnbeschäftigten ab 1. Januar dazu verpflichtet, 6% mehr Leistung zu verrechnen. Weiter ist die Qualitätsprämie flexibler geworden, nämlich abzugsfähiger durch eine unzureichende Beschreibung der Qualität. Und drittens gibt es jetzt eine Nutzungsprämie als Bestandteil der Leistungskomponente innerhalb dieses Tarifvertrages, die, wir setzten mal niedrig an, bis zu 6% höhere Leistung erfordert. Zusammenfassend: Die alleinige Abgruppierung bedeutet auf das Jahr gesehen, daß man Beträge zwischen 0,80 DM und 1 DM bei einer Lohngruppe pro Stunde verlieren

kann, die Leistungsanforderung bedeutet 10 Stunden im Monat im Schnitt mehr abliefern, heißt in Geld ausgedrückt, 160 DM im Monat, heißt, das Ergebnis der letzten Tarifrunde. Dabei ist nicht eingerechnet die Steigerung durch die Nutzungsprämie. Der IG Metall lag bei den Tarifverhandlungen daran, bezogen auf den Abgruppierungsteil dieses Vertrages, eine Lohnsicherungsklausel zu schaffen. Nämlich Verdienstabsicherung für die Dauer der Beschäftigung bei der AG Weser. Damit ist die IG Metall nicht durchgekommen. Der jetzige Vertrag sieht vor, daß in den nächsten drei Jahren durch den Lohnsicherungsbetrag kein *direkter* Lohnabbau stattfindet, nicht abgruppiert wird, und erst nach Ablauf dieser drei Jahre über den Lohnsicherungsbetrag neu verhandelt wird. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß der Vertrag, der sich ergibt aus der gegenwärtigen Einstufung zur zukünftigen Einstufung bei zukünftigen Tarifverhandlungen weder dynamisiert noch angerechnet wird. Er bleibt so bestehen und wird durch die Kaufkraftentwicklung zunehmend bedeutungslos.

Das ist der Tarifvertrag, der abgeschlossen wurde. Und die ganzen Verhandlungen unter der Drohung: ,,... und schließt ihr nicht ab, dann machen wir euch den Schiffsneubau zu.'' Die Vertrauensleute sollten der Tarifkommission eine Empfehlung geben. Sie gaben eine dreigeteilte: ⅓ hat nein gesagt, ⅓ hat sich enthalten, ⅓ hat ja gesagt. In der Tarifkommission ist ähnlich, was die Neinsager betrifft, ab-

Das neue Schwimmdock VI der AG-Weser, kurz vor dem Stapellauf

*Fortsetzung Seite 14 unten*

# Umschülerkonferenz gegen Sparvorhaben

## 4. Konferenz erarbeitet Mustervertretungsordnung für die Rechte der Umschüler / Ehrenberg antwortet auf Brief

*c.d.Hamburg.* Auf der 4. Umschülerkonferenz in Köln nahmen Vertreter aus 24 Einrichtungen mit ca. 7000 Umschülern teil. Derzeit gibt es etwa 24000 Umschüler und 12000 Rehabilitanten in der BRD. Gegenstand der Beratungen waren: der Kampf gegen die Sparpläne der Bundesregierung, Informationsaustausch zur Lage an den einzelnen Einrichtungen und Arbeitsämtern, Möglichkeiten eines festeren Zusammenschlusses der Umschüler. Es wurde eine Mustervertretungsordnung für die Rechte der Umschüler gegenüber den Einrichtungen beraten und Möglichkeiten des festeren Zusammenschlusses mit den DGB-Gewerkschaften. Eine Presseerklärung wurde verabschiedet sowie eine Resolution zur Solidarität mit der Solidarność bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltunge, und ein neuer Koordinationsausschuß wurde gewählt. Nach Schluß der Diskussion im Plenum tagten verschiedene Arbeitsgruppen, die sich mit der Ausbildungsqualität in den einzelnen Umschulungsberufen befaßten. In den nächsten Wochen werden die Umschüler in den verschiedenen Städten anläßlich der 2. und 3. Lesung des Sparhaushaltes zu Protestdemonstrationen und Veranstaltungen aufrufen. In Stuttgart findet eine Demonstration statt, in Frankfurt rufen die Umschüler zur Teilnahme an der GEW-Demonstration auf, in Köln zur Teilnahme an der Protestveranstaltung des DGB. Im Juli wurden SPD-Abgeordneten des Bundestages 2303 Unterschriften für die Forderungen: Keine Kürzung des UHG! Mindest-UHG von 1000 DM! Erhöhung des UHG auf 90% des letzten Nettolohnes! übergeben. (Bis 1976, dem ersten Haushaltsstrukturgesetz, wurden 90% gezahlt.) Arbeitsminister Ehrenberg antwortete darauf in einem Brief wie folgt: „Um diese Ausgabenentwicklung in Grenzen zu halten und um die traditionellen Pfeiler unseres Systems der sozialen Sicherheit zu erhalten und gleichzeitig zu festigen, hat die Bundesregierung entschieden, allgemein das UHG auf 68% herabzusetzen." Das Arbeitsministerium plant eine sogenannte Übergangsregelung, nach der auch Umschülern, die vor dem 1.1.1982 einen UHG-Bescheid vom Arbeitsamt bekamen, der Unterhalt nachträglich noch gekürzt wird. Gegen dieses Vorhaben werden jetzt Aktionen vorbereitet.




*Stuttgart.* Die Umschülerversammlung des Berufsbildungszentrums hat auch gegen die Entwürfe der Bundesregierung Stellung genommen. Sie beschloß, am 29.10.1981 eine Demonstration in Stuttgart um 15 Uhr durchzuführen. Am Samstag davor organisierten sie Infostände um die geplanten Kürzungen bekannt zu machen. Aufgerufen wurde dazu an der DGB-Demonstration am 7. November zahlreich teilzunehmen.

### Presseerklärung

4. Bundesweite Umschülerkonferenz am 17./18. Oktober in Köln

Die Bundesregierung hat die Absicht, ein neues Arbeitsförderungsgesetz im Bundestag verabschieden zu lassen. Unter anderem sind folgende Verschlechterungen vorgesehen:
– Senkung des Unterhaltsgeldes von 80% auf 68% des letzten Nettoentgelts (im Durchschnitt 165 DM weniger im Monat) für Umschüler;
– Senkung des Übergangsgeldes für die berufliche Rehabilitation (Umschulung aus gesundheitlichen Gründen) von 100% auf 75% bzw. 90% des letzten Nettoentgelts;
– Streichung des Unterhaltsgeldes für berufliche Fortbildung (58% des letzten Nettoentgelts) und Umstellung auf Darlehen;
– Streichung jeglicher Förderung für Nicht-Berufstätige (z.B. Hausfrauen).

Betroffen sind insgesamt etwa 140000 Arbeitnehmer. Sie sind durch die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbedingungen aus dem Arbeitsprozeß „ausgeschieden" und unterziehen sich einer erneuten, anstrengenden Aus- und Fortbildung.

Außerdem ist eine indirekte Senkung aller Leistungen geplant, die vom Arbeitsamt gezahlt werden. Denn in Zukunft sollen Bezüge vom Arbeitsamt beim Lohnsteuerjahresausgleich ähnlich wie Lohn oder Gehalt berechnet werden. Das führt zu erheblich geringeren Rückzahlungen vom Finanzamt.

Ohne die direkt Betroffenen ein einziges Mal zu hören und gegen den ausdrücklichen Widerstand der Betroffenen und der Gewerkschaften will die Regierung ihre Pläne durchsetzen.

Für die berufliche Fort- und Weiterbildung, die erst 1969 im wesentlichen geschaffen wurde, bedeutet das in der Tat eine „politische Wende". Denn für eine große Zahl von Arbeitnehmern wird diese Möglichkeit wegfallen, die Folgen der Arbeitslosigkeit und der Rationalisierungen abzumildern. Hinzu kommt, daß durch den Gesetzgeber eine erhebliche Verschlechterung der Qualität der beruflichen Fort- und Weiterbildung durch Senkung von Lehrgangs- und Lernmittelkosten und durch weitere Kürzung der Ausbildungszeit geplant ist. Die geplante Einsparung von 45% der 1980 aufgewandten Mittel wird „die Substanz dieser finanziellen Förderung zerstören" (DGB).

Nachgerade zynisch ist es, wenn im „Jahr des Behinderten" 30% der Mittel des Arbeitsamtes für berufliche Rehabilitation zusammengestrichen werden.

Weil ab dem 1.1.1982 kaum noch jemand freiwillig eine 2jährige Umschulung für 68% vom letzten Nettoentgelt (entspricht dem Arbeitslosengeld) machen kann, sollen die übriggebliebenen Umschulungskurse zwangsweise gefüllt werden: Die Arbeitsämter können nach der Gesetzesänderung Arbeitslose mit einer 8wöchigen Sperrfrist belegen, wenn sie eine „zumutbare" Umschulung ablehnen. Auf die Art und Weise will man der Wirtschaft billigst Fachkräfte zuführen.

Wir sind gegen eine Politik, bei der die „Bezieher geringer Einkommen" zwecks „Anregung von Investitionen" und „Schonung von Beziehern besserer Einkommen" (Matthöfer) abkassiert werden. Diese sogenannte Sparpolitik ist Umverteilung von Masseneinkommen zugunsten einiger weniger. Wer den Staatshaushalt sanieren will, soll „die Milliarden von den Millionären holen"! Wir unterstützen deshalb solche Forderungen, wie sie auch vom DGB erhoben werden:
– höhere und schonungslose Besteuerung der Großverdiener
– Abbau von Steuerprivilegien
– Senkung von Rüstungsausgaben
– höhere Aufwendungen der Unternehmer in die Arbeitslosenkassen.

Wir unterstützen ausdrücklich die DGB-Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung (wie der Sozialversicherungen generell), um Unternehmern und staatlichen Stellen die Möglichkeit zu beschneiden, ihre Absichten in der Arbeitslosenversicherung durchzudrücken.

Wir protestieren gegen die geplanten Verschlechterungen im neuen Arbeitsförderungsgesetz, besonders gegen die geplanten Senkungen im Bereich der finanziellen Bildungsförderung. Das Unterhaltsgeld und die anderen Leistungen der Arbeitslosenversicherung dürfen nicht gesenkt werden!




Diese Karikatur aus der „Druck und Papier" ist die erste positive Stellungnahme zu den Kämpfen in Polen durch die Zeitung der IG Druck und Papier.

### Streikende Lehrer sollen in die Knie gezwungen werden

*kvz.* Die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover hat einen Oberstudiendirektor und einen Oberstudienrat zur Zahlung von Bußgeldern zwischen 100 und 500 DM verurteilt. Die beiden Lehrer hatten zusammen mit 3400 anderen im Rahmen der Aktionen für die Verkürzung der Arbeitszeit am 13. November 1979 die 4. und 5. Stunde bestreikt. Nach diesem Urteil drohen den namentlich erfaßten 3400 Lehrern Geldbußen zwischen 100 und 500 DM. Die GEW will auf Wunsch die Geldbußen übernehmen. Zunehmend schärfer wird jetzt gerade auch von der GEW die Forderung nach Änderung des Beamtenrechts gestellt. Auch bei den Kampfmaßnahmen gegen die Sparpläne im öffentlichen Dienst wird sich das Beamtenrecht als entscheidendes Hindernis herausstellen.

Fortsetzung von Seite 13
Arbeiter der AG-Weser-Werft ...
gestimmt worden. Daraus läßt sich | macht, daß eine sachliche Auseinan-
haltes zu Protestdemonstrationen und | Aktionen vorbereitet.



Stuttgart. Die Umschülerversammlung des Berufsbildungszentrums hat auch gegen die Entwürfe der Bundesregierung Stellung genommen. Sie beschloß, am 29.10.1981 eine Demonstration in Stuttgart um 15 Uhr durchzuführen. Am Samstag davor organisierten sie Infostände um die geplanten Kürzungen bekannt zu machen. Aufgerufen wurde dazu an der DGB-Demonstration am 7. November zahlreich teilzunehmen.

Verstaatlichung – wer will das denn haben? Es liegt jetzt der Schluß nahe, darüber zu philosophieren, was eigentlich aus Rickmers und SUAG wird (2 kleinere Mittelwerften in Bremerha-
strengenden Aus- und Fortbildung.
Außerdem ist eine indirekte Senkung aller Leistungen geplant, die vom Arbeitsamt gezahlt werden. Denn in Zukunft sollen Bezüge vom Arbeitsamt beim Lohnsteuerjahresausgleich ähnlich wie Lohn oder Gehalt berechnet werden. Das führt zu erheblich geringeren Rückzahlungen vom Finanzamt.
Ohne die direkt Betroffenen ein einziges Mal zu hören und gegen den ausdrücklichen Widerstand der Betroffenen und der Gewerkschaften will die Regierung ihre Pläne durchsetzen.
Für die berufliche Fort- und Weiterbildung, die erst 1969 im wesentlichen geschaffen wurde, bedeutet das in der Tat eine „politische Wende". Denn für eine große Zahl von Arbeitnehmern wird diese Möglichkeit wegfallen, die Folgen der Arbeitslosigkeit und der Rationalisierungen abzumildern. Hinzu kommt, daß durch den Gesetzgeber eine erhebliche Verschlechterung der Qualität der beruflichen Fort- und Weiterbildung durch Senkung von Lehrgangs- und Lernmittelkosten und durch weitere Kürzung der Ausbildungszeit geplant ist. Die geplante Einsparung von 45% der 1980

über kann man nur philosophieren. Ich weiß nur, daß es kein staatliches Interesse an dieser Werft gibt. Wir müssen uns seit Jahren anhören, daß auch in Bonn die Auffassung vertreten
mand freiwillig eine 2jährige Umschulung für 68% vom letzten Nettoentgelt (entspricht dem Arbeitslosengeld) machen kann, sollen die übriggebliebenen Umschulungskurse zwangsweise gefüllt werden: Die Arbeitsämter können nach der Gesetzesänderung Arbeitslose mit einer 8wöchigen Sperrfrist belegen, wenn sie eine „zumutbare" Umschulung ablehnen. Auf die Art und Weise will man der Wirtschaft billigst Fachkräfte zuführen.
Wir sind gegen eine Politik, bei der die „Bezieher geringer Einkommen" zwecks „Anregung von Investitionen" und „Schonung von Beziehern besserer Einkommen" (Matthöfer) abkassiert werden. Diese sogenannte Sparpolitik ist Umverteilung von Masseneinkommen zugunsten einiger weniger. Wer den Staatshaushalt sanieren will, soll „die Milliarden von den Millionären holen"! Wir unterstützen deshalb solche Forderungen, wie sie auch vom DGB erhoben werden:
– höhere und schonungslose Besteuerung der Großverdiener
– Abbau von Steuerprivilegien
– Senkung von Rüstungsausgaben
– höhere Aufwendungen der Unternehmer in die Arbeitslosenkassen.

im Konzern ohnehin zu Genüge vorhanden sind, sind wir über. So einfach ist das.
Eine weitere Erfahrung, die wir in dieser ganzen Auseinandersetzung ge-
förderungsgesetz, besonders gegen die geplanten Senkungen im Bereich der finanziellen Bildungsförderung. Das Unterhaltsgeld und die anderen Leistungen der Arbeitslosenversicherung dürfen nicht gesenkt werden!

Streikende Lehrer sollen in die Knie gezwungen werden
kvz. Die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover hat einen Oberstudiendirektor und einen Oberstudienrat zur Zahlung von Bußgeldern zwischen 100 und 500 DM verurteilt. Die beiden Lehrer hatten zusammen mit 3400 anderen im Rahmen der Aktionen für die Verkürzung der Arbeitszeit am 13. November 1979 die 4. und 5. Stunde bestreikt. Nach diesem Urteil drohen den namentlich erfaßten 3400 Lehrern Geldbußen zwischen 100 und 500 DM. Die GEW will auf Wunsch die Geldbußen übernehmen. Zunehmend schärfer wird jetzt gerade auch von der GEW die Forderung nach Änderung des Beamtenrechts gestellt. Auch bei den Kampfmaßnahmen gegen die Sparpläne im öffentlichen Dienst wird sich das Beamtenrecht als entscheidendes Hindernis herausstellen.

*Fortsetzung von Seite 13*

## Arbeiter der AG-Weser-Werft ...

gestimmt worden. Daraus läßt sich jetzt schon absehen, welche Konflikte entstehen, wenn der Tarifvertrag zu Anwendung kommt.

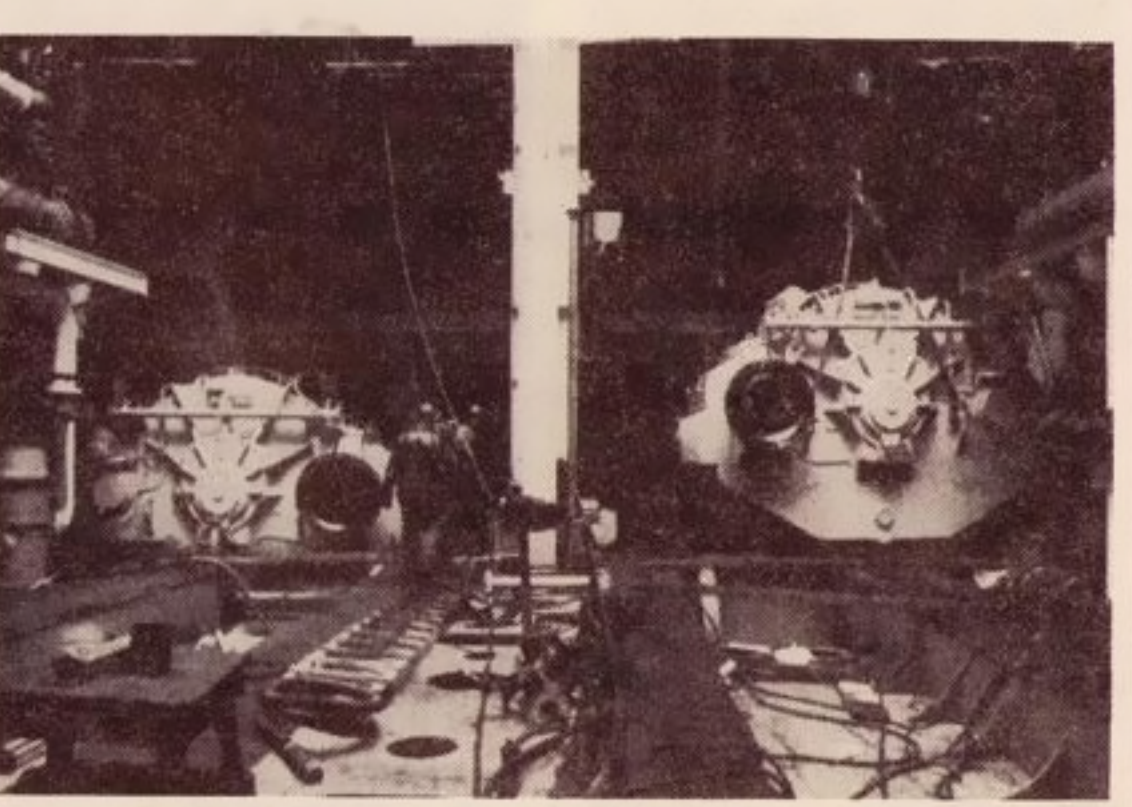
Gegenwärtig beschäftigt uns die Frage, ob die Unterschrift unter den Tarifvertrag die Rettung der AG-Weser war, wie sich die Zeitungen ausdrückten? Wir haben nach wie vor die Befürchtung, daß der Vorstand nichts anderes plant als die Schließung der Werft oder die Fusionierung mit einer anderen. Es gibt einen Gewinn- und Verlustübernahmevertrag mit der Firma Krupp. Krupp ist 86,5%iger Hauptaktionär der Werft. Wir haben die Befürchtung, daß der Gewinn- und Verlustübernahmevertrag Ende des Jahres gekündigt wird. Das würde bedeuten, daß nicht so ohne weiteres die Ergebnisse, die wir hier erwirtschaften, und die sind seit drei Jahren negativ, verdrückt würden. Dann müßten wir mit dem auskommen, was wir an eigenen Mitteln hier haben. Das würde bedeuten, daß wir uns spätestens im nächsten Jahr möglicherweise wieder mit der Überlegung einer Fusion bzw. der Schließung der Werft und der Gegenwehr unserer Seite beschäftigen müssen.

*„Die Erfahrung gemacht, daß zunehmend die Machtfrage eine Rolle spielt"*

In dieser ganzen Auseinandersetzung haben wir die Erfahrung gemacht, daß eine sachliche Auseinandersetzung gar nicht mehr stattfindet, sondern zunehmend die Machtfrage die Rolle spielt und es dazu keine zu großen Opfer gibt, um seine Macht zu sichern, zu erhalten und nicht in Frage stellen zu lassen. Unsere Kampfmaßnahmen durften ganz einfach nicht zum Erfolg führen, weil sie, so wie unsere Gesellschaft strukturiert ist, nicht zum Erfolg führen dürfen. Weil sie Beispiel wären für das Verhalten anderer und weil die Positionen der Tonangeber in unserer Gesellschaft ja nachhaltig geschwächt bzw. in Frage gestellt wären.

Unsere Gesellschaft ist ja auf Harmonie und Sozialpartnerschaft eingestellt, damit kommen wir auf die Mitbestimmung, die ja ein gutes Vehikel ist, um diese Ideologie weiter zu betreiben. Unsere Erfahrung mit der Mitbestimmung ist, daß wir sie schleunigst abschaffen sollten, damit unseren Kollegen nicht vorgegaukelt wird, daß ihre gewählten Mitbestimmer auch wirklich etwas mitzubestimmen hätten. Denn sie geraten sehr schnell in das Licht, für Verantwortung herangezogen zu werden, die ihnen nicht zusteht, weil sie vorher nicht mitbestimmt haben. Das gegenwärtige Mitbestimmungsmodell auf allen Ebenen, auch in der Betriebsverfassung, ist unzureichend und untauglich.

Da die Schließung der Werft unserer Auffassung nach nicht vom Tisch ist, wirft sich natürlich auch die Frage nach der Verstaatlichung auf. Aber Verstaatlichung bei den gegenwärtigen maroden Verhältnissen in den Kassen? Verstaatlichung – wer will das denn haben? Es liegt jetzt der Schluß nahe, darüber zu philosophieren, was eigentlich aus Rickmers und SUAG wird (2 kleinere Mittelwerften in Bremerhaben, die langfristig gesehen im Weltschiffbau ohne Fusion und Erhöhung der Produktivität durch Modernisierung der Maschinerie nicht mithalten können, *der Verf.*). Das Land Bremen ist zu über 40% an diesen Werften beteiligt. Da läßt es sich schön philosophieren, was da für ein Anspruch für die Arbeitnehmer daraus entsteht. Wenn das Land Bremen die Fusion beider Werften betreibt und einen größeren Anteil erwirbt, was heißt das für die Sicherung der Arbeitsplätze? Darüber kann man nur philosophieren. Ich weiß nur, daß es kein staatliches Interesse an dieser Werft gibt. Wir müssen uns seit Jahren anhören, daß auch in Bonn die Auffassung vertreten wird, daß in dem kleinen Land Bremen zwei Großwerften kaum vertretbar sind. Daraus kann man kein Hilfsangebot erhören, sondern die Auffassung, daß man hier dem freien Spiel der Marktkräfte seinen Lauf lassen müßte. Und das heißt eben, daß diese Werft keine Hilfe zu erwarten hat und zwangsläufig alles von den kapitalistischen Interessen abhängt. Da hier gegenwärtig keine Profite zu machen sind und offensichtlich die Abschreibungsmöglichkeiten über diesen Weg im Konzern ohnehin zu Genüge vorhanden sind, sind wir über. So einfach ist das.



Montage eines neuen L&S-Untersetzungsgetriebes in dem Maschinenraum eines Containerschiffes.

Eine weitere Erfahrung, die wir in dieser ganzen Auseinandersetzung gemacht haben, ist die, daß mit Verhandeln, geschickt oder ungeschickt, diplomatisch oder undiplomatisch, offen oder weniger offen, wir immer in den Nachteil geraten. Und es stellt sich für uns die Frage, ob wir nicht für Augenblickssiege viel Aufwendungen machen, aber grundsätzlich, eben weil in diesem System keine grundlegenden Veränderungen herbeigeführt werden können, nicht weiterkommen. Weil man ständig in eigenen Problemen steckt, sich mit den Erscheinungsformen, mit dem Woher-kommt-das-eigentlich?, beschäftigt und weiß, daß die anderen Großbetriebe in Bremen vor gleichen Problemen stehen, gleiche oder ähnliche Fragen aufgeworfen sind, Erfahrungen gemacht wurden, über die wir noch nicht verfügen, sind wir auf die Idee gekommen, auf der Ebene der Betriebsratsvorsitzenden und seiner Stellvertreter für die fünf Bremer Großbetriebe einen Erfahrungsaustausch durchzuführen. Vor die Frage gestellt, was setzen wir an die Stelle der Sozialpartnerschaft, was ist wirksamer, um Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen, um diese Fragen zu lösen, können wir ja jetzt nicht ein Philosophiestudium an der Universität belegen, sondern wir müssen versuchen, unsere Erfahrungen mit anderen zu verbinden. Wir müssen gemeinsam versuchen nachzudenken, ob wir nun Gefangene dieses Systems sind, an dem wir nichts ändern können oder – und das ist unsere Meinung – sich dieses Nachdenken nicht doch wegen neuer Erkenntnisse lohnt.

*Zur Gesamtschuldiskussion:*

# Warum die Schulform gegen die Lernbedingungen ausspielen?

*U.T.Frankfurt.* Die Gesamtschuldiskussion sei wieder aufgeflammt, aber defensiv, schreibt der Verfasser des Artikels in KVZ 41/81 aus Westberlin. In der KVZ sei die Gesamtschule verteidigt worden mit widersprüchlichen Argumenten wie „Gesamtschule – aber nicht so" am Beispiel Bayern und NRW. Beides kann ich nicht finden. M.E. drücken weder die dokumentierten Debatten in Bayern und NRW, noch die mir bekannte Diskussion in Hessen, aber auch nicht die in Berlin wohl zutage getretene Widersprüche eine Defensive aus.

Was soll widersprüchlich an der Forderung „Gesamtschule – aber nicht so" sein? Es geht doch nicht darum, abstrakt eine Schulform zu verteidigen, sondern ein bildungspolitisches Prinzip, nämlich die einheitliche Ausbildung. Wenn die vorhandenen Gesamtschulen an diesem Prinzip gemessen werden, ist daran doch nichts Widersprüchliches, es sei denn, man leugnet, daß auch die Zusammenfassung aller Schüler in einer Schule ein – wenn auch minimales – Moment dieser Einheit ist. Ich behaupte sogar, daß die *Diskussion* wesentlich offensiver geführt wird als zum Zeitpunkt der Einführung der Gesamtschule, der Hochkonjunktur der Bildungsreform. (Man darf das nicht verwechseln mit der Leichtigkeit, auch Erfolge zu erzielen).

Damals hat sich der DGB keineswegs so konkret für die Einheitlichkeit der Ausbildung, d.h. gegen die äußere Kursdifferenzierung ausgesprochen, wie er das heute z.B. in Bayern und NRW tut, und auch in der GEW war das keineswegs die Tendenz, im Gegenteil wurde die äußere Kursdifferenzierung als Fördermaßnahme eingeschätzt. Heute, mit der Erfahrung der Gesamtschulwirklichkeit im Kreuz, gehen z.B. alle Anträge auf der letzten Landesvertreterversammlung der GEW Hessen zu Bildungsreform, Gesamtschule, Förderstufe in Richtung auf gemeinsame Ausbildung aller Schüler. Der von der Aktion „Bildung für alle" und dem DGB in Hessen vorgeschlagene Gesetzesentwurf für die obligatorische Förderstufe fordert die gemeinsame Ausbildung im 5. und 6. Schuljahr im Klassenverband. Der Verfasser nimmt die Gesamtschulwirklichkeit, mangelnde materielle Versorgung, Reproduktion des dreigliedrigen Schulsystems durch Leistungskurse und die Schulgröße (Mammutschulen), und stellt dem die These entgegen: „Um zu einem einheitlichen Schulwesen zu kommen, ist es entscheidend, die Lernbedingungen anzugleichen – curricular durch gemeinsame Elemente der Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung – materiell durch Angleichung der Klassenfrequenzen, Ausstattung usw. – organisatorisch durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der einzelnen Schüler."

Was die Angleichung der Lernbedingungen betrifft, einverstanden, aber was in aller Welt spricht dann noch für eine organisatorische Trennung? Die Schule, die der Genosse entwirft, ist fast die Einheitsschule, vorausgesetzt, sie dauerte bis zum 18. Lebensjahr, auf jeden Fall wäre sie eine verbesserte Gesamtschule. Die Schüler wären lediglich in ihren alten Schulgebäuden untergebracht. Wenn es um die Durchsetzung der oben genannten Forderungen geht, sind doch die Voraussetzungen in der Gesamtschule, in der die Klassenspaltung zumindest organisatorisch formal aufgehoben, z.T. auch unterrichtsmäßig in den Kernfächern, und die Schüler die gleichen materiellen Bedingungen haben, ungleich besser als im dreigliedrigen Schulsystem.

Wenn, was ich als Information so hinnehmen muß, in der „berliner lehrerzeitung" bestritten wird, daß die Gesamtschule gegen den Widerstand der Befürworter des dreigliedrigen Schulsystems durchgesetzt werden mußte, wenn kritisiert wird, daß sie die Chancengleichheit nicht durchgesetzt habe etc., so vermute ich, daß verschiedene Dinge durcheinandergeworfen werden. Wenn mit dem ersteren gemeint ist, daß die Bildungsreform von den Kapitalisten gefordert wurde und von den Regierungen mit den Gesamtschulen im Sinne der rationellsten Ausbildung für die Profitproduktion unter Ausschöpfung der notwendigen Begabungsreserven experimentiert wurde, ist das keineswegs *identisch* mit den Interessen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die sich allerdings gegen das dreigliedrige Schulsystem wandte und in der Gesamtschule mit der Zusammenfassung aller Schüler, der gleichen materiellen Ausstattung etc. eine Möglichkeit sah, das Ausbildungsniveau ihrer Kinder erheblich zu erhöhen. Die Erfahrung, daß Chancengleichheit nicht Gleichheit der Ausbildung bedeutet, mußte erst ganz praktisch gemacht werden und führt heute zu viel konkreteren und bewußteren Forderungen. Chancengleichheit hat die Gesamtschule gebracht, das bedeutet ja nicht mehr, als die rechtlich gleichen Ausgangsbedingungen am Start. Gleiche Ausbildung bedeutet die Garantie der gleichlangen obligatorischen allgemeinbildenden Ausbildung mit Fördermaßnahmen, um die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen auszugleichen.

Zur Empirie: Die statistischen Daten über Abschlüsse etc. in Westberliner Gesamtschulen entsprechen z.B. nicht der Entwicklung in Hessen. Nach der Fend-Untersuchung und den Daten des statistischen Landesamtes Hessen ist sowohl der Anteil der höheren und mittleren Abschlüsse als auch der Mädchen und der Schüler vom Land an diesen Abschlüssen höher als im dreigliedrigen Schulwesen. Ich halte diese quantitative Seite auch für wichtig. Trotzdem kann ich mir gut vorstellen, daß es konkrete Gründe gibt, wie in Berlin, die zu rückläufigen Anmeldungen für Gesamtschulen führen. Der Charakter der Mammutschulen ist sicher einer dieser Gründe, allerdings ist die Schulgröße m.E. kein konstituierendes Moment für eine Gesamtschule. Sicher gibt es Minimalgrößen, aber es gibt keinen Grund, sie nicht in einem vertretbaren Maß zu halten. Andere Gründe können bevölkerungsmäßige Umstrukturierung von Stadtteilen bei gleichzeitiger Verfügbarkeit von besser ausgestatteten Gymnasien sein. Was die Übergangsempfehlungen auf die Realschule oder das Gymnasium betrifft, wäre es auch eine Untersuchung wert, wieweit nicht die Schulaufsicht direkt oder indirekt ihre Finger im Spiel hat.

Aber diese Erscheinungen sprechen doch nicht gegen das Prinzip Einheitlichkeit der Ausbildung, sondern sie müssen beseitigt werden. Ich denke, daß die Genossen eine falsche Lösung für tatsächlich auftretende Schwierigkeiten suchen. Heute stellt sich der Widerspruch zwischen den Interessen der Gewerkschaften an der Ausbildung und denen der Kapitalisten viel schärfer. Erstere haben ein klareres Bewußtsein, d.h. auch viel höhere Ansprüche, die Kapitalisten wollen es mit der Bildungsreform genug sein lassen. In der Krise schlägt das vor allem über die Regierungshaushalte schnell durch. Bildungsreform ist aber von materiellen Forderungen nicht zu trennen. Das gewerkschaftliche Bewußtsein der Lehrer ist inzwischen so weit, daß sie Reformen eben nicht mehr auf Kosten ihrer Arbeitskraft mitmachen. Das ist auch ein Fortschritt. Der Kampf gegen die Regierungshaushalte kann mit Erfolg nur vom DGB geführt werden, der aber agiert gegenwärtig mit ziemlich gebremstem Schaum, weil er die Regierung nicht gefährden will. In so einer – zugegeben schwierigen – Lage liegt es nahe, die Verteilung der vorhandenen Ressourcen, d.h. die Verteilung des Mangels zum Konzept zu machen und z.B. die Hauptschulen als Restschulen gegen die „Bevorzugung" der Gesamtschulen auszuspielen. Aber die Notwendigkeit, die Versorgung der bestehenden Schulen sicherzustellen, entbindet uns doch nicht von Überlegungen zu einem Gesamtkonzept der Ausbildung. Wo und warum sind denn Hauptschulen Restschulen mit der Tendenz zum Ghetto in Bezirken mit starkem Ausländeranteil? Doch nur, weil es keine Gesamtschule, erst recht keine Ganztagsschule gibt. Könnten die Schüler dorthin gehen, wären sie eben von vornherein kein „Rest". In Frankfurt gibt es z.B. gerade im Industriebezirk und in der Innenstadt, wo der Anteil der Ausländer an den Hauptschülern am größten und die Hauptschule tatsächlich Restschule ist, keine Gesamtschule, trotz langjähriger Forderung von DGB und Eltern. Der Verfasser schlägt vor, den „gymnasialen Anspruch" für einen Teil der Gesamtschulen aufzugeben und an die Stelle die „moderne Mittelstufenschule" ohne Kursdifferenzierung zu setzen. Ich denke, in diesem Gedanken stecken zwei Fehler, erstens ist der *Lehrplan* für die Sekundarstufe I in Hessen z.B. ja gleich, und zweitens kann man gegenüber den Gymnasien nicht so argumentieren, wie Marx gegenüber den Privatschulen, wenn er in der „Kritik des Gothaer Programms" verlangt, die Kapitalisten sollten die Schulen für ihre Sprößlinge selbst bezahlen. Auf den Gymnasien sind doch schon längst nicht mehr ausschließlich Kapitalistenkinder.

Kritik an den Lernzielen der Gesamtschule kann man nicht als Kritik an einem „gymnasialen Anspruch" führen. Welche wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Fähigkeiten und Kenntnisse sollen *alle* Jugendlichen erwerben? Nur nach dieser Fragestellung können die Anforderungen des Schulwesens kritisiert und formuliert werden.

Überhaupt spielt der Gedanke „ganz oder gar nicht" in dem Artikel m.E. eine ziemlich große Rolle. Natürlich wollte der Evers die Gesamtschulen nicht als Einheitsschulen, aber das kann doch für die Gewerkschaften kein Grund sein, aus den Gesamtschulen keine zu machen.

Wenn gesagt wird, die Gesamtschule ist ein Teil des gegliederten Schulsystems, aber kein Schritt zu einem einheitlichen Schulwesen, drückt das ebenfalls diese Haltung aus, zumal wenn vorher aufgeführt wird, daß die Lehrer, weil die Auslese in den Gesamtschulen am spürbarsten wird, ihr um so größeren Widerstand entgegensetzen und sie verzögern, daß deshalb in Berlin (in Hessen übrigen durchschnittlich noch nicht mal) in den Klassen 7 und 8 kaum leistungsdifferenziert wird. Das einheitliche Schulwesen wird nicht auf dem Tablett serviert, aber warum zwei Jahre einheitliche Ausbildung nicht besser sind als gar keins, kann ich nicht begreifen. Sie sind es, und wenn auch nur, weil bewiesen wird, daß man so Unterricht durchführen kann.

Der Genosse schreibt: „Knappe Lehrstellen oder Hochschulplätze werden bei jeder noch so gut gemeinten Reform letztendlich Konkurrenz und Auslese wieder hervortreiben." An letzterem ändern auch die einheitlichen Schulabschlüsse in der Sekundarstufe I nichts, trotzdem ist es aber doch auch unter dem Gesichtspunkt des Verkaufs der Arbeitskraft und des Klassenkampfs richtig, das theoretische Niveau der Ausbildung allgemein zu heben, darüberhinaus aber gibt es auch ein legitimes Interesse der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung an einer Hebung des kluturellen Niveaus.

vol. Die freie Wahl der Ausbildung durch die Jugendlichen gibt es in der Bundesrepublik nur ganz eingeschränkt. Was die Jugendlichen nach ihren eigenen Interessen über diese Welt an Kenntnissen und Fähigkeiten

Kapitalisten fordern Wende auch in der Bildungspolitik

wie er das heute z.B. in Bayern und NRW tut, und auch in der GEW war das keineswegs die Tendenz, im Gegenteil wurde die äußere Kursdifferenzierung als Fördermaßnahme eingeschätzt. Heute, mit der Erfahrung der Gesamtschulwirklichkeit im Kreuz, gehen z.B. alle Anträge auf der letzten Landesvertreterversammlung der GEW Hessen zu Bildungsreform, Gesamtschule, Förderstufe in Richtung auf gemeinsame Ausbildung aller Schüler. Der von der Aktion „Bildung für alle" und dem DGB in Hessen vorgeschlagene Gesetzesentwurf für die obligatorische Förderstufe fordert die gemeinsame Ausbildung im 5. und 6. Schuljahr im Klassenverband. Der Verfasser nimmt die Gesamtschulwirklichkeit, mangelnde materielle Versorgung, Reproduktion des dreigliedrigen Schulsystems durch Leistungskurse und die Schulgröße (Mammutschulen), und stellt dem die These entgegen: „Um zu einem einheitlichen Schulwesen zu kommen, ist es entscheidend,

Wenn, was ich als Information so hinnehmen muß, in der „berliner lehrerzeitung" bestritten wird, daß die Gesamtschule gegen den Widerstand der Befürworter des dreigliedrigen Schulsystems durchgesetzt werden mußte, wenn kritisiert wird, daß sie die Chancengleichheit nicht durchgesetzt habe etc., so vermute ich, daß verschiedene Dinge durcheinandergeworfen werden. Wenn mit dem ersteren gemeint ist, daß die Bildungsreform von den Kapitalisten gefordert wurde und von den Regierungen mit den Gesamtschulen im Sinne der rationellsten Ausbildung für die Profitproduktion unter Ausschöpfung der notwendigen Begabungsreserven experimentiert wurde, ist das keineswegs *identisch* mit den Interessen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die sich allerdings gegen das dreigliedrige Schulsystem wandte und in der Gesamtschule mit der Zusammenfassung aller Schüler, der gleichen materiellen Ausstattung etc. eine Möglichkeit sah, das Ausbil-

daß es konkrete Gründe gibt, wie in Berlin, die zu rückläufigen Anmeldungen für Gesamtschulen führen. Der Charakter der Mammutschulen ist sicher einer dieser Gründe, allerdings ist die Schulgröße m.E. kein konstituierendes Moment für eine Gesamtschule. Sicher gibt es Minimalgrößen, aber es gibt keinen Grund, sie nicht in einem vertretbaren Maß zu halten. Andere Gründe können bevölkerungsmäßige Umstrukturierung von Stadtteilen bei gleichzeitiger Verfügbarkeit von besser ausgestatteten Gymnasien sein. Was die Übergangsempfehlungen auf die Realschule oder das Gymnasium betrifft, wäre es auch eine Untersuchung wert, wieweit nicht die Schulaufsicht direkt oder indirekt ihre Finger im Spiel hat.

Aber diese Erscheinungen sprechen doch nicht gegen das Prinzip Einheitlichkeit der Ausbildung, sondern sie müssen beseitigt werden. Ich denke, daß die Genossen eine falsche Lösung für tatsächlich auftretende Schwierig-

Bildungsreform erarbeiten. Sofort soll die Regierung mit den Kapitalisten neu verhandeln über die Anrechnungsverordnung beim Berufsgrundbildungsjahr in Richtung auf vollständige bzw. teilweise Aufhebung. Die Bund-Län-

Notwendigkeit, die Versorgung der bestehenden Schulen sicherzustellen, entbindet uns doch nicht von Überlegungen zu einem Gesamtkonzept der Ausbildung. Wo und warum sind denn Hauptschulen Restschulen mit der Tendenz zum Ghetto in Bezirken mit starkem Ausländeranteil? Doch nur, weil es keine Gesamtschule, erst recht keine Ganztagsschule gibt. Könnten die Schüler dorthin gehen, wären sie eben von vornherein kein „Rest". In Frankfurt gibt es z.B. gerade im Industriebezirk und in der Innenstadt, wo der Anteil der Ausländer an den Hauptschülern am größten und die Hauptschule tatsächlich Restschule ist, keine Gesamtschule, trotz langjähriger Forderung von DGB und Eltern. Der Verfasser schlägt vor, den „gymnasialen Anspruch" für einen Teil der Gesamtschulen aufzugeben und an die Stelle die „moderne Mittelstufenschule" ohne Kursdifferenzierung zu setzen. Ich denke, in diesem Gedanken stecken zwei Fehler, erstens ist der

insbesondere den Gewerkschaften, eine Reihe von positiven Möglichkeiten und Aufgaben. Einerseits wird der Zwang zur Ausbildung, schulisch und betrieblich, der jugendlichen Ausländer durch die Bevölkerungsentwick-

schnittlich noch nicht mal) in den Klassen 7 und 8 kaum leistungsdifferenziert wird. Das einheitliche Schulwesen wird nicht auf dem Tablett serviert, aber warum zwei Jahre einheitliche Ausbildung nicht besser sind als gar keins, kann ich nicht begreifen. Sie sind es, und wenn auch nur, weil bewiesen wird, daß man so Unterricht durchführen kann.

Der Genosse schreibt: „Knappe Lehrstellen oder Hochschulplätze werden bei jeder noch so gut gemeinten Reform letztendlich Konkurrenz und Auslese wieder hervortreiben." An letzterem ändern auch die einheitlichen Schulabschlüsse in der Sekundarstufe I nichts, trotzdem ist es aber doch auch unter dem Gesichtspunkt des Verkaufs der Arbeitskraft und des Klassenkampfs richtig, das theoretische Niveau der Ausbildung allgemein zu heben, darüberhinaus aber gibt es auch ein legitimes Interesse der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung an einer Hebung des kluturellen Niveaus.

# Kapitalisten fordern Wende auch in der Bildungspolitik

*vol.* Die freie Wahl der Ausbildung durch die Jugendlichen gibt es in der Bundesrepublik nur ganz eingeschränkt. Was die Jugendlichen nach ihren eigenen Interessen über diese Welt an Kenntnissen und Fähigkeiten erwerben können, ist am relativ unbeschränktesten noch bei den Abiturienten und Studenten der Fall. Der Versuch der SPD, auch für die Jugendlichen, deren Mehrheit aus dem Proletariat und den Mittelklassen kommt, über eine Loslösung der Lehrlingsausbildung von dem Ausbildungsangebot der Kapitalisten ebenfalls eine größere Wahlfreiheit zu verwirklichen, ist schon 1973 gescheitert. Und in gewisser Weise heute sogar weniger als z.B. noch in dem Zeitraum 1960 bis 1970, weil einem großen Angebot von jugendlicher Arbeitskraft eine geringe Nachfrage der Kapitalisten zu *Ausbildungszwecken* gegenübersteht, so daß sich der Sektor der kapitalistischen Wirtschaft, der unter dem Vorwand der Lehrlingsausbildung von der Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft lebt, enorm ausgedehnt hat (siehe KVZ 33, S.15).

Durch die weitere Bevölkerungsentwicklung drohen diese Pfründe der Kapitalisten zu schwinden: Während 1980 die Kapitalisten noch aus ca. 650000 Jugendlichen ihre Lehrlinge auswählen konnten, werden 1990 – nach den Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Westdeutschland – nur noch 200000 Jugendliche für Ausbildung und Ausbeutung zur Verfügung stehen.

In einer Propagandaschrift „Schule und Beruf – für eine Revision der Bildungspolitik" fordern die Kapitalisten von der Regierung, daß durch radikale Eingriffe in das Bildungssystem ihr Bedarf von 450000 Jugendlichen, den sie für 1990 als Minimum einschätzen, befriedigt wird. Und zwar sollen diese zusätzlichen 250000 als 15- bis 16jährige von der Bundesregierung geliefert werden, keinesfalls auf dem Umweg der Umschulung aus anderen Ausbildungsgängen.

**1) Demographische Entwicklung: 15- bis 20jährige Bevölkerung 1980 – 2000**
(in Tausend)

| | 15–16 J. | 16–17 J. | 19–20 J. |
|---|---|---|---|
| 1980 | 1034 | 1054 | 996 |
| 1985 | 795 | 892 | 1062 |
| 1990 | 582 | 598 | 763 |
| 1995 | 587 | 581 | 573 |
| 2000 | 621 | 614 | 590 |

Quelle: BMBW: Grund- und Strukturdaten 1980/81

Angetrieben von der „Katastrophe" des Zusammenbruchs eines der profitabelsten Bereiche der Ausbeutung, der die Vernichtung ganzer Teile der Kapitalistenklasse zur Folge hätte, entwickeln die Kapitalisten ihren Forderungskatalog: Bekämpfung aller Tendenzen im Bildungssystem nach einer unabhängigen Entwicklung, Ausrichtung des Bildungssystems in allen Bereichen auf den Arbeitsmarkt. Konkret: Abschaffung des Berufsgrundbildungsjahres, bzw. der Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres, weil dort die Ansprüche der Jugendlichen an die Berufsausbildung wachsen und die Jugendlichen 1 Jahr den Kapitalisten entzogen sind; Abschaffung der Gesamtschulen als Regelschule, weil die Bildungsgänge dort nicht steuerbar sind (offensichtlich spielen die Lehrer nicht mit) und weil das Prinzip der „Gleichheit" falsche Rollenerwartungen schürt; Einrichtung der Gesamtschule als Schule für Ausländer und Proletarierkinder; Abschaffung des 10. Vollzeitschuljahres für alle; Senkung des Anteils der Hochschüler, Ausrichtung des Hochschulstudiums von Wissenschaft auch auf Berufsausbildung, Beseitigung von „Überqualifikation"; Einführung und Verstärkung des dreigliedrigen Schulsystems, weil es die Auslese erleichtert; Stärkung der Leistungsfähigkeit der Schulen und der Aussagekraft der Zeugnisse durch Wiederbesinnung auf die Leistungen des Notensystems, Bekämpfung seiner Unterhöhlung durch pädagogische Theorien und die Lehrer; Abschaffung der Oberstufenreform bzw. weitgehende Beseitigung, um eine bessere Kontrolle über die Entwicklung zu gewinnen.

Die Schlagworte, unter denen die Kapitalisten ihr Interesse an zusätzlicher jugendlicher Arbeitskraft verhüllen wollen, stützen sich auf – wie sie es nennen – die „Erneuerungsbewegung in der Pädagogik".

Politisch fordern die Kapitalisten von der Bundesregierung, daß sie ihre Aufgaben und Rechte bei der beruflichen Bildung, wo sie im Gegensatz zur schulischen Bildung Gesetzgebungskompetenz hat, vollständig für sie einsetzt. Darüberhinaus fordert der DIHT die Bildung einer unabhängigen Kommission, der nicht nur Experten, sondern vor allem unabhängige „Persönlichkeiten" angehören. Diese Kommission soll eine Bestandsaufnahme der Bildungsreform erarbeiten. Sofort soll die Regierung mit den Kapitalisten neu verhandeln über die Anrechnungsverordnung beim Berufsgrundbildungsjahr in Richtung auf vollständige bzw. teilweise Aufhebung. Die Bund-Länder-Kommission sollte beibehalten werden mit dem Hauptauftrag der Revision des Verhältnisses zwischen Schule und Berufsbildung.

Sieht man diese Forderungen als Gesamtzusammenhang, wird das Interesse des DIHT an einer reaktionären Wendung aller Bildungspolitik deutlich. Dieses Konzept paßt auch direkt und unmittelbar zu den Streichungen in den Bund- und Länderhaushalten, die so einen Großteil ihrer scheinbaren Willkür verlieren und politische Absichten entdecken lassen: Die BAföG-Streichungen für das Berufsgrundbildungsjahr sind für 1983 beschlossen, ebenso die Kürzungen für die Studenten, der Abbau der Lehrerstellen und wo sie wegfallen sollen, die Überprüfung der Schulentwicklungspläne sowie z.T. die Gesetzgebung zur Gesamtschule z.B. in NRW, wo sie faktisch schon als „Proletarierschule" angelegt ist.

Diese Entwicklung öffnet der Arbeiterklasse und ihren Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften, eine Reihe von positiven Möglichkeiten und Aufgaben. Einerseits wird der Zwang zur Ausbildung, schulisch und betrieblich, der jugendlichen Ausländer durch die Bevölkerungsentwicklung erhöht. Die objektiven Möglichkeiten für positive Veränderungen müßten sich verbessern, da auch die Kapitalisten ein Interesse an diesen Arbeitskräften haben. Die Inhalte der Bildung und Ausbildung der Jugendlichen müssen von seiten der Reaktion hinterfragt werden, dies erleichtert die Bedingungen ihrer Kritik auch von unserer Seite. Die Position der Gewerkschaften im betrieblichen Ausbildungswesen wird sich bei steigender Konkurrenz der Kapitalisten um die jugendliche Arbeitskraft ebenfalls verbessern. Die Beschneidung der Bedürfnisse der Jugend und der Arbeiterklasse so, wie sie die Kapitalisten planen, lassen sich dann positiv entwickeln, wenn die Gewerkschaften ein Konzept erarbeiten, das die Forderungen der Kämpfe der 60er/Anfang 70er Jahre aufgreift und anhand der Erfahrungen mit Bildungsreform und dem kapitalistischen Produktionsprozeß fortsetzt. Einen Stillstand bei der Entwicklung der Bildung wird es kaum geben, sondern Kämpfe um ihre Entwicklungsrichtung.

**2) Schulabgänger nach Art des Abschlusses**
(in Tausend)

| Jahr | (1) | (2) | (3) | (4) | (5) |
|---|---|---|---|---|---|
| 1960 ........ | 468,6 | – | – | 56,7 | – |
| 1970 ........ | 489,1 | 140,3 | 200,1 | 91,5 | |
| 1975 ........ | 461,6 | 114,6 | 320,0 | 173,2 | |
| 1980 ........ | 526,2 | 125,5 | 427,2 | 223,5 | 226,4 |
| 1985 ........ | 415,8 | 97,8 | 424,1 | 276,9 | 291,1 |
| 1990 ........ | 293,8 | 71,7 | 292,6 | 218,2 | 245,2 |

(1) Abgänger nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht (2) davon ohne Hauptschulabschluß (3) Abgänger mit Real- oder entsprechendem Abschluß (4) Abgänger mit Fach- und Hochschulreife (5) neueste KMK-Schätzung von (4)

*Zum 100. Geburtstag Pablo Picassos*

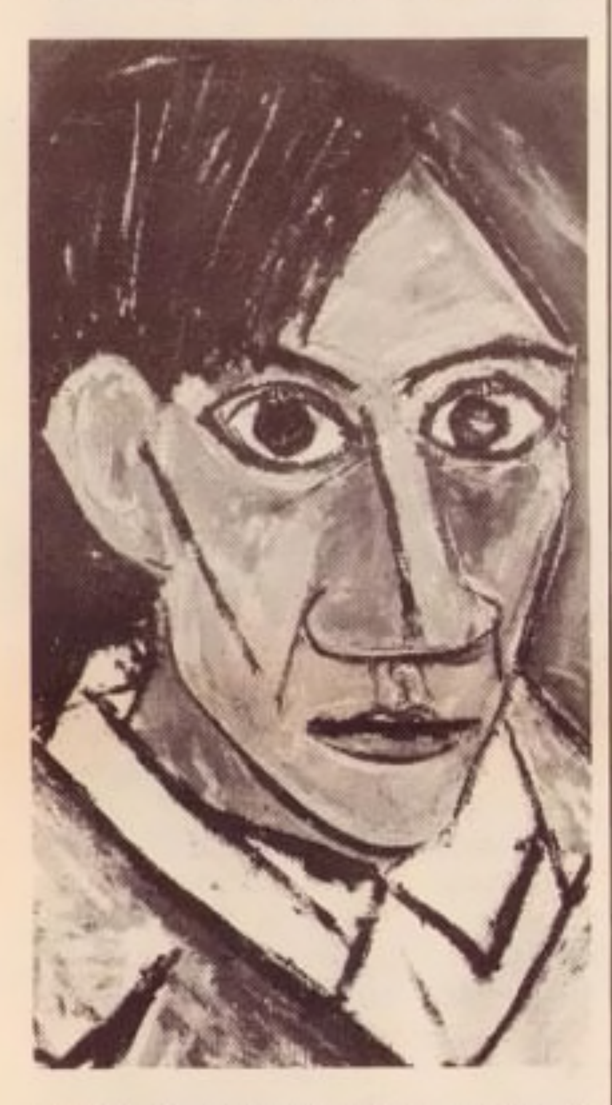
# ,,Ich bin wie ein Fluß ..."

,,... der sich weiterwälzt und Bäume mit sich führt, die zu nahe an seinem Ufer wuchsen, oder tote Kälber, die man hineingeworfen hat, oder Mikroben, die in ihm gedeihen. Ich trage das alles mit mir herum und ziehe damit weiter."

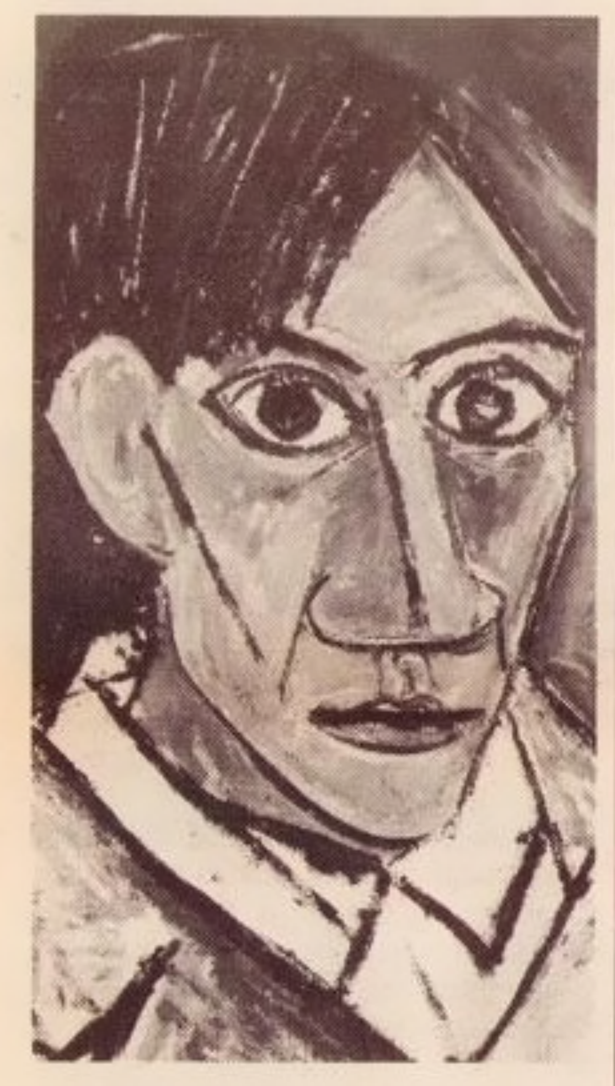
*sge.Frankfurt.* In Fernsehen und Presse wird in diesen Tagen der 100. Geburtstag des Malers Pablo Picasso gefeiert. Er wird als Begründer der modernen Kunst bejubelt, nicht selten wird sein Genie in der Unzahl seiner Werke oder in Milliardenbeträgen ihres Marktwertes ausgedrückt. Museen veranstalten Sonderausstellungen, in Frankfurt ist gerade eine Ausstellung im Städel eröffnet worden. Die Spanier begrüßten sein Bild ,,Guernica" mit einem Volksfest auf den Straßen Madrids.

Wie kommt es zu dieser jahrhundertlangen Berühmtheit, die auch neun Jahre nach seinem Tod noch nicht nachgelassen hat, ja eher zunimmt?

Sein geniales Können zeigte sich bereits in seiner Kindheit. Als Vierzehnjähriger malte er Bilder mit einer derart technischen Vollkommenheit, daß sein Vater – selber Maler – ihm Palette und Pinsel schenkte und das Malen aufgab. Picassos Bedeutung und sein Einfluß auf die Kunst des 20. Jahrhundets wird im allgemeinen mit der Entwicklung des Kubismus angegeben,



und die kubistischen Bilder sind auch seine bekanntesten. Mit dem Bild ,,Les demoiselles d'Avignon" bricht er mit der naturalistischen Darstellungsweise und öffnet die Malerei der Abstraktion.



und die kubistischen Bilder sind auch seine bekanntesten. Mit dem Bild ,,Les demoiselles d'Avignon" bricht er mit der naturalistischen Darstellungsweise und öffnet die Malerei der Abstraktion.

Im Gesamtwerk ist die kubistische Periode jedoch nur ein Teil neben einer Unzahl anderer Stilrichtungen oder Ausdrucksweisen. Sein künstlerisches Schaffen verlief meist in Sprüngen und Widersprüchen. So folgte auf den Kubismus die neue klassische Periode, in der Picasso – angeregt vor allem durch eine Italien-Reise – monumentale Frauengestalten realistisch darstellte. Ein Sprung, mit dem er seine gerade begeisterten Kubismus-Anhänger entsetzte. Der Einfluß der Surrealisten bringt eine neue Symbolsprache in sein Werk. Der Minotaurus (mit dem er sich in seinen Bildern identifizierte), der stierköpfige Mensch aus der antiken Mythologie, steht für ,,animalische Kraft, menschlichen Verstand und göttliches Eros". Stier (Brutalität und Tod) und Pferd (Leid) aus dem spanischen Stierkampf werden feste Bestandteile seiner Bilder.

Seine unermeßliche Wandlungsfähigkeit und Produktiviät drückt sich aber nicht einfach in der Abfolge verschiedener Perioden aus, die eh kaum genau festlegbar sind, sondern vor allem auch in dem ständigen Nebeneinander verschiedener Gestaltungsweisen. Viele Motive malter er zur gleichen Zeit kubistisch, klassizistisch, surrealistisch deformiert. Es scheint so, daß er alle möglichen Lösungen ausprobiert.

Für Picasso ist nicht nur das fertige Bild, sondern der ganze Entstehungsprozeß wichtig. Für Guernica hat er diesen Prozeß genau dokumentiert (siehe Bildunterschrift). ,,Für mich ist ein Bild eine Summe von Zerstörungen. Zuerst mache ich ein Bild, dann zerstöre ich es. Aber am Ende ist nichts verloren ... Das fertiggestellte Bild ist das Ergebnis einer Reihe nach und nach ausgeschiedener Möglichkeiten." (1) Diese Ausdrucksvielfalt, die sich nicht festlegt, sondern alle Möglichkeiten der Wirklichkeitserfassung ausprobiert und damit immer neue Formen entdeckt, macht sicherlich einen großen Teil seines starken Einflusses auf die Kunst des 20. Jahrhunderts aus.

Seine Formenvielfalt macht es schwer, sein Verhältnis zur Wirklichkeit zu bestimmen. Oft wird von Deformierung, Zerstörung der abgebildeten Wirklichkeit gesprochen. Für Picasso ist die Realität notwendig als Anstoß, das Bild entsteht aus den Reaktionen seines ,,Inneren". Das Bild ist für ihn keine Nachahmung oder Abbildung der Wirklichkeit, sondern eine eigene Wirklichkeit, ,,eine Fläche, auf der der Maler seine Erregung mitteilt". Aber dennoch ist seine Kunst nicht subjektivistisch. Sie bezieht sich immer auf ein Stück Realität wie auch auf den Betrachter. Es ging ihm nicht nur um den Ausdruck seiner Erregung, sondern auch um Wirkungen. Er selbst sagt dazu: ,,Ein Bild lebt allein durch den Menschen, der es betrachtet."

Gesellschaftliche Realität geht jedoch wenig dezidiert in seine Bilder

(siehe Bildunterschrift). ,,Für mich ist ein Bild eine Summe von Zerstörungen. Zuerst mache ich ein Bild, dann zerstöre ich es. Aber am Ende ist nichts verloren ... Das fertiggestellte Bild ist das Ergebnis einer Reihe nach und nach ausgeschiedener Möglichkeiten." (1) Diese Ausdrucksvielfalt, die sich nicht festlegt, sondern alle Möglichkeiten der Wirklichkeitserfassung ausprobiert und damit immer neue Formen entdeckt, macht sicherlich einen großen Teil seines starken Einflusses auf die Kunst des 20. Jahrhunderts aus.

Seine Formenvielfalt macht es schwer, sein Verhältnis zur Wirklichkeit zu bestimmen. Oft wird von Deformierung, Zerstörung der abgebildeten Wirklichkeit gesprochen. Für Picasso ist die Realität notwendig als Anstoß, das Bild entsteht aus den Reaktionen seines ,,Inneren". Das Bild ist für ihn keine Nachahmung oder Abbildung der Wirklichkeit, sondern eine eigene Wirklichkeit, ,,eine Fläche, auf der der Maler seine Erregung mitteilt". Aber dennoch ist seine Kunst nicht subjektivistisch. Sie bezieht sich immer auf ein Stück Realität wie auch auf den Betrachter. Es ging ihm nicht nur um den Ausdruck seiner Erregung, sondern auch um Wirkungen. Er selbst sagt dazu: ,,Ein Bild lebt allein durch den Menschen, der es betrachtet."

Gesellschaftliche Realität geht jedoch wenig dezidiert in seine Bilder
ein. Seine direkt politischen Bilder nehmen einen relativ geringen Raum im Gesamtwerk ein. Zur Zeit des 1. Weltkriegs beschäftigt er sich mit der Entwicklung des Kubismus. Der Krieg hinterläßt keine Spuren in seinen Bildern. Erst der spanische Bürgerkrieg bringt ihn zu politischen Aussagen. Eine Reihe von Radierungen mit dem Titel ,,Traum und Lüge Francos" sollten als Postkarten zugunsten der spanischen Antifaschisten verkauft werden. Dann folgt das Bild ,,Guernica". Zum Bürgerkrieg äußert sich Picasso mit einer Presseerklärung: ,,Das spanische Ringen ist der Kampf der Reaktion gegen das Volk, gegen die Freiheit. Mein ganzes Leben als Künstler war ein unaufhörliches Streiten gegen die Reaktion und den Tod der Kunst. Aus dem Wandgemälde, an dem ich arbeite und das ich ,,guernica" nennen werde, und in all meinen letzten Werken bringe ich deutlich meinen Abscheu vor der militärischen Kaste zum Ausdruck, die Spanien in einen Ozean von Leid und Tod versenkt hat." Am antifaschistischen Widerstand nimmt er selber nicht teil. Später malt er ,,Massaker in Korea", eine Erschießungsszene in Anlehnung an Goya, und die beiden Wandbilder Krieg und Frieden. Seine Friedenstaube ist durch die gegenwärtige Friedensbewegung wieder entdeckt worden, er hatte sie damals für die KPF gemalt.

Seine politischen Aussagen beschränken oder konzentrieren sich auf die Stellungnahme gegen den Krieg und zwar gegen den Krieg der Reaktion. Obwohl er insbesondere die Werke zum spanischen Bürgerkrieg in einen konkreten Verwendungszusammenhang zugunsten der kämpfenden Antifaschisten stellte, ist seine Haltung vorwiegend pazifistisch. Er beklagt Opfer und Leiden des Krieges an sich und schildert idyllische Zustände im Frieden. Zu Kampf und Widerstand gegen die Reaktion ruft er nicht auf, während andere Künstler zu den Internationalen Brigaden gehen. Die Wirkung insbesondere von ,,Guernica" ist offensichtlich über Picassos eigene Ziele hinausgegangen.

1944 tritt er der KPF bei, wird aber politisch nicht aktiv wie seine Freunde Eluard und Aragon. Picasso selbst sieht sich – wie jeden Künstler – in einer allgemeinen Art als politisch. ,,Der Künstler ist immer ein politisches Wesen, immer in Unruhe gegenüber den Ereignissen der Welt, ob sie nun entsetzlich, brennend oder gar angenehm sind, auf sie bezieht er sein ganzes Selbst." In diesem Sinne sind seine deformierten Figuren und Gesichter oft als Ausdruck einer entsprechend gearteten gesellschaftlichen Realität gesehen worden. Genauso wichtig für die Entstehung dieser Deformationen und Verzerrungen ist jedoch sein Bemühen um die formale Gestaltung. ,,Meine Landschaften sind genau das gleiche wie meine Akte, aber die Leute finden, wenn sie meine Gesichter betrachten, daß die Nase ,verdreht' ist, während sie keinen Schock vor einer deformierten Brücke empfinden. Aber ich mache die Nasen absichtlich ,verdreht', weil ich die Leute zwingen will, die Nase endlich zu sehen."

Sein ungeheurer Schaffensdrang ließ ihn eine nahezu unüberschaubare Menge an Gemälden, Zeichnungen, Druckgraphiken, Plastiken und Keramiken produzieren. ,,Ich suche nicht, ich finde." Seine Bilder überfallen ihn offensichtlich geradezu, und oft – besonders im Alter – hat er Angst, nicht die Zeit zu haben, sie alle zu malen.

Literatur:
,,Glanz und Elend des Malers Picasso", rororo
,,die Kunst", 93. Jg./Heft 10, Oktober 81, S. 704 ff.
(1) ,,Pablo Picasso", Hrsg.: Domenico Porzio/Marco Valsecchi, 1973
,,Guernica", Katalog der Ausstellung in Berlin, Defot, Berlin 1975



Picasso erhielt 1937 von der spanischen Regierung den Auftrag, ein Wandgemälde für die im gleichen Jahr stattfindende Weltausstellung in Paris zu malen. Der spanische Pavillon sollte dazu beitragen, die Weltöffentlichkeit gegen den von den Franco-Faschisten initiierten Bürgerkrieg zu mobilisieren. Den Anstoß zur Ausführung des Bildes erhielt Picasso durch die Nachricht über den deutschen Bombenangriff auf die baskische Stadt Guernica, den ersten systematischen Angriff auf eine Zivilbevölkerung. Zunächst benutzte er grelle Farben, aber die Vorstellung einer Bombenexplosion, in deren grellem Licht jede Farbe untergeht, ließ ihn die Farben grau, weiß und schwarz wählen. Er malte das Bild in 6 Wochen und dokumentierte selbst genauestens den

brennende Häuser und geballte Fäuste hinzu. In der ersten Leinwandfassung ist der antifaschistische Widerstand in der geballten Faust des am Boden liegenden Kämpfers zusammengefaßt. Dies Symbol des Kampfes war Picasso offensichtlich zu weitgehend. An die Stelle der Faust setzte er in der Endfassung den aufgerichteten Pferdekopf und das Sonnenauge mit Glühbirne. Damit wurde das Bild hauptsächlich zu einer Darstellung des Entsetzens und Leidens der Opfer des Bombardements. Als schwaches Zeichen des Widerstandes bleibt nur das Kerzenlicht, das bei Picasso für Reinheit und Vernunft steht. Dies ist aber – wie die Symbole Stier und Pferd – nur aus seiner künstlerischen Geschichte zu verstehen.

gen Aussage gegen den faschistischen Krieg. Nicht zuletzt deshalb hat es bis heute eine starke Wirkung gehabt. Insbesondere Teilfiguren wurden oft von Antikriegs-Bewegungen (z.B. in den USA gegen den Vietnam-Krieg) verwendet. Picasso gab das Bild nach dem Sieg der Franco-Faschisten als Leihgabe an das Museum of Modern Art in New York. An die Rückkehr nach Spanien knüpfte der die Bedingung, daß Spanien Republik und die Demokratie wiederhergestellt sei. Nach vielen Versuchen, angefangen bei der faschistischen Regierung, das Bild zu erhalten, wurde es jetzt – anläßlich des 100. Geburtstages dem Madrider Prado übergeben.

Über diese Rückgabe gab es durch-



Picasso erhielt 1937 von der spanischen Regierung den Auftrag, ein Wandgemälde für die im gleichen Jahr stattfindende Weltausstellung in Paris zu malen. Der spanische Pavillon sollte dazu beitragen, die Weltöffentlichkeit gegen den von den Franco-Faschisten initiierten Bürgerkrieg zu mobilisieren. Den Anstoß zur Ausführung des Bildes erhielt Picasso durch die Nachricht über den deutschen Bombenangriff auf die baskische Stadt Guernica, den ersten systematischen Angriff auf eine Zivilbevölkerung. Zunächst benutzte er grelle Farben, aber die Vorstellung einer Bombenexplosion, in deren grellem Licht jede Farbe untergeht, ließ ihn die Farben grau, weiß und schwarz wählen. Er malte das Bild in 6 Wochen und dokumentierte selbst genauestens den Entstehungsprozeß des fertigen Wandbildes, ein Material, das er bewußt als Kommentierung des fertigen Bildes verstand.

Den aus seiner persönlichen künstlerischen Geschichte zu verstehenden Symbolfiguren – Stier, Pferd, Mensch mit Lampe (Vorstudie) – versuchte er eine Bedeutung für das Guernica-Geschehen zu geben. In einer weiteren Zeichnung fügte er klagende Frauen, brennende Häuser und geballte Fäuste hinzu. In der ersten Leinwandfassung ist der antifaschistische Widerstand in der geballten Faust des am Boden liegenden Kämpfers zusammengefaßt. Dies Symbol des Kampfes war Picasso offensichtlich zu weitgehend. An die Stelle der Faust setzte er in der Endfassung den aufgerichteten Pferdekopf und das Sonnenauge mit Glühbirne. Damit wurde das Bild hauptsächlich zu einer Darstellung des Entsetzens und Leidens der Opfer des Bombardements. Als schwaches Zeichen des Widerstandes bleibt nur das Kerzenlicht, das bei Picasso für Reinheit und Vernunft steht. Dies ist aber – wie die Symbole Stier und Pferd – nur aus seiner künstlerischen Geschichte zu verstehen. Der Stier steht für Stärke und Brutalität, das Pferd für Opfer und Schwäche. Die positiven und negativen Aspekte dieser Symbole wechseln bei Picasso, so daß nicht ganz geklärt ist, ob der Stier hier die faschistische Brutalität oder die Stärke des spanischen Volkes verkörpert. Der eher klagende, pazifistische, statt kämpferische Charakter des Bildes wird durch den Titel und den Verwendungszusammenhang des Bildes zu einer eindeutigen Aussage gegen den faschistischen Krieg. Nicht zuletzt deshalb hat es bis heute eine starke Wirkung gehabt. Insbesondere Teilfiguren wurden oft von Antikriegs-Bewegungen (z.B. in den USA gegen den Vietnam-Krieg) verwendet. Picasso gab das Bild nach dem Sieg der Franco-Faschisten als Leihgabe an das Museum of Modern Art in New York. An die Rückkehr nach Spanien knüpfte der die Bedingung, daß Spanien Republik und die Demokratie wiederhergestellt sei. Nach vielen Versuchen, angefangen bei der faschistischen Regierung, das Bild zu erhalten, wurde es jetzt – anläßlich des 100. Geburtstages dem Madrider Prado übergeben.

Über diese Rückgabe gab es durchaus Auseinandersetzungen, zum einen über die Frage der Erfüllung der von Picasso gestellten Bedingung, zum anderen über die Forderung der Basken, das Bild in Guernica auszustellen. Anlaß zu politischen Auseinandersetzungen gibt ,,Guernica" also heute noch, und die Begeisterung der Spanier über das zurückgekehrte Bild ist auch als Kampfansage gegen die Reaktion zu verstehen.

## *Fernsehvorschau*

### Johnny Larsen

Der Film spielt im Jahre 1952, in dem auch in Dänemark große Arbeitslosigkeit herrscht. Er schildert die Schwierigkeiten und Spannungen, unter denen der junge Johnny Larsen zu leben hat als ein Vertreter einer Generation, die während des Zweiten Weltkrieges aufgewachsen ist. Eins hat er schon durch das Verhalten der Erwachsenen im Widerstand gegen die deutschen Besatzer gelernt: sich Autoritäten nicht widerstandslos zu unterwerfen. Der Film schildert insbesondere die Arbeitswelt, in die Johnny nach dem Schulabschluß hineinkommt. Größere Auseinandersetzungen hat er mit dem gehässigen Vorarbeiter und ständig gerät er unter Druck durch die Entlassungsdrohungen. Aber er wehrt sich gegen ungerechte Behandlung. – Die dänische Presse feierte diesen Fernsehfilm von 1979 als ein ,,warmherziges und freundliches Portrait der jüngsten Vergangenheit und eine ausgezeichnete Geschichtslektion".

*Montag, 2.11., 21.20 Uhr im ZDF*

### Der Führerbunker

Ein weiterer Abgesang auf die ,,charismatische Führerfigur", diesmal in französisch-amerikanischer Koproduktion aus diesem Jahr. – Die letzten 45 Tage von Hitler, Situations- und Charakterstudien, nach authentischen Zeugenaussagen, sollen diesen Fernsehfilm mit dem Flair des Dokumentarischen ausstatten. Ob und in wieweit dabei wieder das Bild eines ,,in sich zerrissenen Menschen" oder ,,einer erbarmungswürdigen Kreatur" mit ,,psychopathischen Zügen" entstehen wird, kann an dieser Stelle nicht entschieden werden. Nach den Inhaltsangaben handelt es sich aber ausdrücklich wieder um eine Persönlichkeitsstudie. Welche Bedeutung diesem Fernsehspiel beigemessen wird, sieht man auch daran, daß das Thema das gesamte Abendprogramm beherrscht.

*Sonntag, 8.11., 19.30 Uhr im ZDF und um 21.55 Uhr die Diskussion*